BOCHOLT

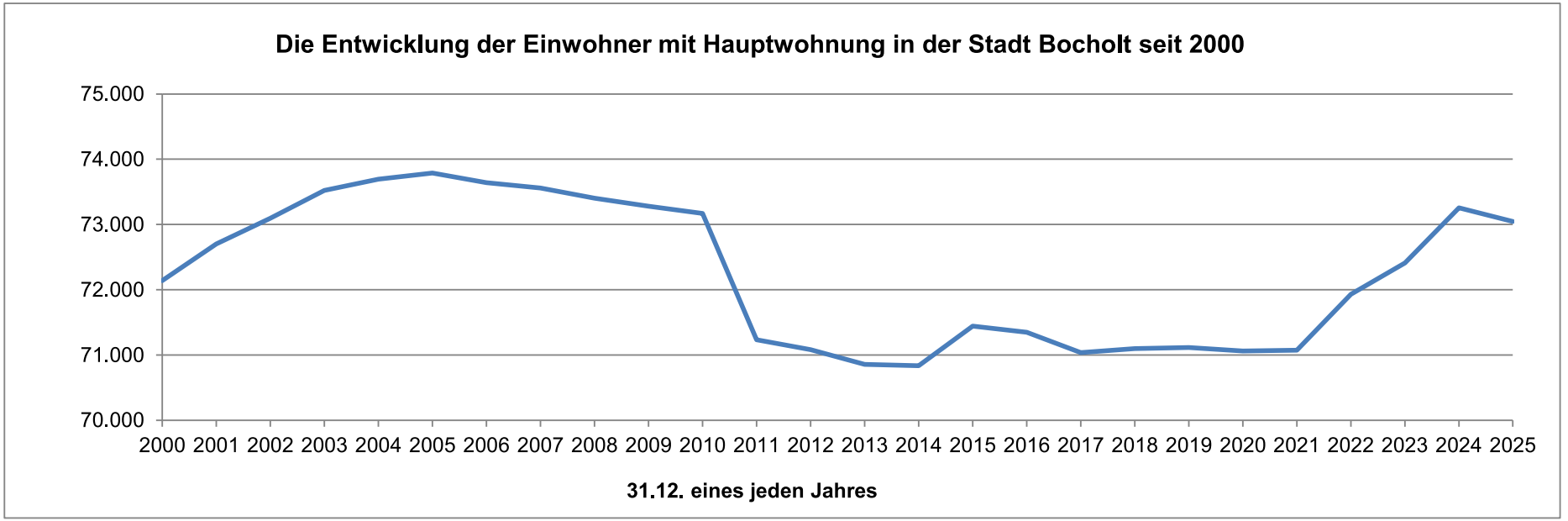
Haushaltsplan 2027

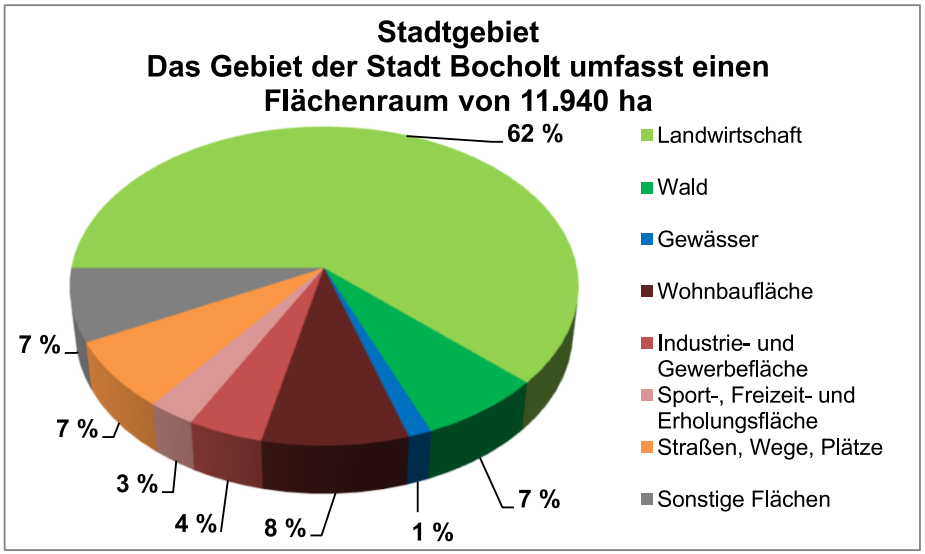
I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

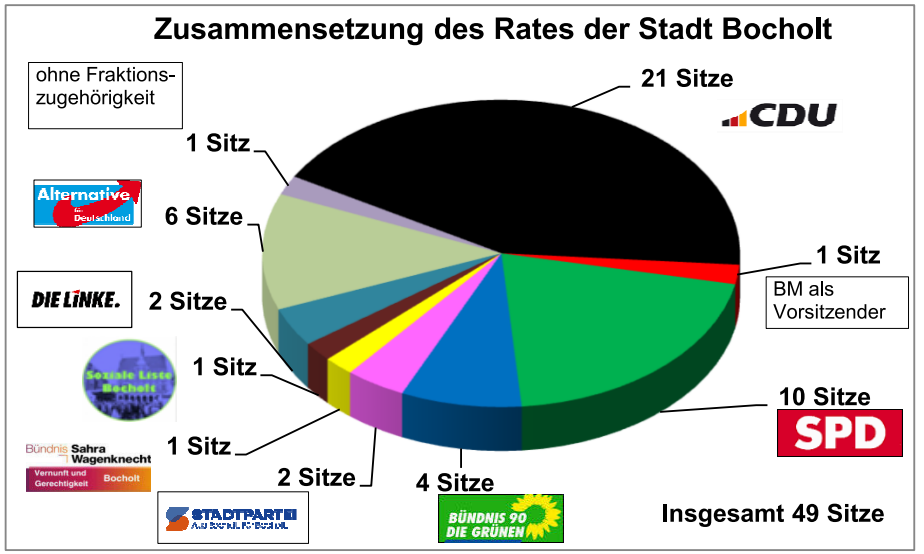
	Seite:
Allgemeine Angaben über Einwohner und Stadtgebiet	1
Haushaltssatzung	2
Produktübersicht	8
Vorbericht	11
Abkürzungsverzeichnis	129
Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzplan	131
Sonderbereich - Zentrale Finanzwirtschaft	136
Teilhaushalte/Budgets	
Budget 00 - Beteiligungsgremien	154
Fachbereich 10 - Organisation und Personal	174
Fachbereich 11 - Digitales und IT	204
Fachbereich 12 - Büro des Bürgermeisters	229
Fachbereich 13 - Recht und Vergabe	262
Fachbereich 14 - Revision	279
Fachbereich 20 - Öffentliche Ordnung	294
Fachbereich 21 - Kultur und Bildung	332
Fachbereich 22 - Soziales	378
Fachbereich 23 - Jugend und Familie	417
Fachbereich 24 - Feuerwehr	457
Fachbereich 25 - Schule und Sport	503
Fachbereich 30 - Stadtplanung und Bauordnung	545
Fachbereich 31 - Grundstücks- und Bodenwirtschaft	575
Fachbereich 32 - Zentrale Liegenschaften	620
Fachbereich 33 - Mobilität und Umwelt	638
Budget 34 - Wasserbau	697
Fachbereich 40 - Finanzen und Compliance	711
Verbindliche Produktbereiche gem. NKF	733

	Seite:
Anlagen:	
Stellenplan, Stellenübersicht	766
Eigenkapitalübersicht	776
Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	777
Übersicht über die Bürgschaften	778
Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben	779
Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Ratsmitglieder	780
Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz 2025	792
Pflichtanlagen gem. § 1 Abs. 2 Ziff. 8 und 9 KomHVO und freiwillige Anlagen	796

Einwohner und Stadtgebiet







STADT BOCHOLT

Entwurf

Haushaltssatzung
und
Haushaltsplan
für
das Haushaltsjahr 2027

aufgestellt:

Bocholt, 14. Oktober 2026



Jennifer Menk
Stadtkämmerin

bestätigt:

Bocholt, 14. Oktober 2026



Christian Mangen
Bürgermeister

A. Haushaltssatzung

Auf Grund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490), hat der Rat der Stadt Bocholt mit Beschluss vom __.__.2026 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2027, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	271.186.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	315.842.300 EUR

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	258.162.300 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	289.487.300 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	16.150.600 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	50.610.800 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	35.169.600 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	10.926.100 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

34.557.700 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

37.442.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

44.656.300 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

56.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 6

Die Angabe der Steuersätze für die Gemeindesteuern hat nur deklatorische Bedeutung, da diese in der Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Realsteuern in der Stadt Bocholt festgelegt sind.

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2027 wie folgt festgesetzt:

1.	**Grundsteuer**	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	461 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	748 v. H.
2.	**Gewerbesteuer** auf	458 v. H.

§ 7

(1) Die Zuständigkeit der Stadtkämmerin für die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 1 Satz 3 GO NRW wird wie folgt festgelegt:

a)	im Einzelfall	bis 100.000 EUR,
b)	bei Aufwendungen und Auszahlungen, die innerhalb des Produktbudgets 022421 (Rettungsdienst/ Krankentransporte), 022431 (Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie) sowie innerhalb des Bodenfonds aus Minderaufwendungen/-auszahlungen bzw. Mehrerträgen/-einzahlungen gedeckt werden können,	in unbegrenzter Höhe,
c)	bei Aufwendungen, die sich auf Interne Leistungsbeziehungen, Abschreibungen, Aufwendungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten beziehen	in unbegrenzter Höhe,
d)	bei Aufwendungen und Auszahlungen aus Kapital- und Kreditmarktgeschäften	in unbegrenzter Höhe,
e)	bei investiven Auszahlungen, die innerhalb der Investitionsbudgets eines Fachbereichs aus investiven Minderauszahlungen bzw. investiven Mehreinzahlungen gedeckt werden können	in unbegrenzter Höhe.

(2) Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gem. § 85 Abs. 1 Satz 2 GO NRW gilt Abs. 1 a) entsprechend.

(3) Die Grenze für nicht meldepflichtige geringfügige über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen wird auf 25.000 EUR festgesetzt.

§ 8

(1) Erträge und Aufwendungen in den einzelnen Produkten bilden Produktbudgets. Von diesen Budgets sind die folgenden Positionen ausgenommen, welche eigene - produktübergreifende - Budgets (Querschnittbudgets) darstellen:

a. Personal und Versorgungsaufwendungen sowie korrespondierende Erträge
b. Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
c. Abschreibungen sowie Auslösungen von Sonderposten
d. Aktivierte Eigenleistungen
e. Budget Förderung ökologischer Maßnahmen
f. Schulbudget

(2) Für die Produktbudgets sowie für die Budgets nach § 8 Abs. 1 a-d (Querschnittsbudgets) gilt die unechte Deckungsfähigkeit. In den Budgets können Mehrerträge/ Mehreinzahlungen für Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen verwendet werden. Die unechte Deckungsfähigkeit gilt ebenfalls für investive Maßnahmen und Budgets der Zentralen Finanzwirtschaft.

(3) Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen innerhalb einzelner Investitionsmaßnahmen bilden Investitionsbudgets.

§ 9

Investitionen mit einer Gesamtinvestitionssumme ab 200.000 EUR werden als Einzelmaßnahmen im Finanzplan ausgewiesen (§ 4 Abs. 4 Satz 2 KomHVO).

§ 10

Die Haushaltssatzung kann nur durch Nachtragssatzung geändert werden. Dafür werden folgende Wertgrenzen bestimmt, die für das Haushaltsjahr 2027 gelten:

1. Im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW gelten negative Veränderungen des Jahresfehlbetrages bis zu 5,0 v. H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes 2027 nach § 1 der Haushaltssatzung als unerheblich.
2. Im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW gelten bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen innerhalb einer Aufwandsart in einem Teilergebnisplan bis zu 5,0 v. H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes 2027 als unerheblich.
3. Im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW gelten bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Auszahlungen innerhalb einer Auszahlungsart in einem Teilfinanzplan bis zu 5,0 v. H. der Gesamtauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit des Finanzplans 2027 als unerheblich.
4. Im Sinne des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NRW gelten nicht veranschlagte Auszahlungen für Investitionen, Instandsetzung an Bauten oder Investitionsfördermaßnahmen bis zu 2,5 v. H. der Bilanzsumme* als geringfügig.
5. Im Sinne des § 10 Abs. 1 KomHVO NRW gelten einzelne Änderungen der Erträge und Aufwendungen sowie der Einzahlungen und Auszahlungen, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes übersehbar sind, in einer Höhe von bis zu 200.000 EUR als unerheblich und können im Nachtragshaushaltsplan unberücksichtigt bleiben.

* Bezogen auf den aktuellsten Jahresabschluss

B. Stellenplan

Gleichzeitig beschließt die Stadtverordnetenversammlung den Stellenplan sowie die nach dem Stellenplan der Beamten/Beamtinnen für das Haushaltsjahr 2027 möglichen Beförderungen für die Fachbereichsleiter / innen entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Bocholt.

Die im Stellenplan als künftig wegfallend (kw) oder künftig umzuwandeln (ku) bezeichneten Stellen werden mit dem Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber aufgehoben bzw. umgewandelt.

Produktübersicht

Produkthaushalt Stadt Bocholt			Produktbereiche nach NKF	
FB	Produkt	Bezeichnung	PB	PB Bezeichnung
00	01.0010	Gleichstellung	01	Innere Verwaltung
00	01.0020	Personalrat u. Schwerbehindertenvertretung	01	Innere Verwaltung
~~02~~	~~01.0210~~	~~Demografie~~	~~01~~	~~Innere Verwaltung~~
10	01.1011	Organisations- u. Veränderungsmanagement	01	Innere Verwaltung
10	01.1012	Zentraler Service	01	Innere Verwaltung
10	01.1021	Personalservice und -controlling	01	Innere Verwaltung
10	01.1032	Personalentwicklung und -marketing	01	Innere Verwaltung
10	01.1041	Digitale Transformation u. Prozessmanagement	01	Innere Verwaltung
11	01.1110	IT-Betrieb Verwaltung	01	Innere Verwaltung
11	01.1130	Digitale Stadtentwicklung	01	Innere Verwaltung
11	03.1120	IT-Betrieb Schulen	03	Schulträgeraufgaben
12	01.1201	Verwaltungsvorstand u. Koordinierung der Arbeit des BM	01	Innere Verwaltung
12	01.1202	Sitzungsdienst ~~und Internationales~~	01	Innere Verwaltung
12	01.1203	Presse- und Informationsdienst	01	Innere Verwaltung
~~12~~	~~01.1204~~	~~Steuerungsunterstützung~~	~~01~~	~~Innere Verwaltung~~
12	01.1205	Internationales	01	Innere Verwaltung
13	01.1301	Rechtsberatung und -vertretung	01	Innere Verwaltung
13	01.1302	Zentrale Vergabestelle	01	Innere Verwaltung
14	01.1411	Revision	01	Innere Verwaltung
20	02.2011	Allgemeine Sicherheit und Ordnung / Wahlen	02	Sicherheit und Ordnung
20	02.2021	Aufenthaltsrecht	02	Sicherheit und Ordnung
20	02.2031	Bürgerbüro	02	Sicherheit und Ordnung
20	02.2041	Gewerbeangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung
20	02.2051	Personenstandswesen	02	Sicherheit und Ordnung
20	02.2061	Verkehrsüberwachung	02	Sicherheit und Ordnung
21	04.2121	Kulturveranstaltungen u. -förderung	04	Kultur u. Wissenschaft
21	04.2122	Stadtmuseum u. Kunsthaus	04	Kultur u. Wissenschaft
21	04.2131	Musikschule	04	Kultur u. Wissenschaft
21	04.2141	VHS ~~und Junge Uni~~	04	Kultur u. Wissenschaft
21	04.2142	Junge Uni	04	Kultur u. Wissenschaft
21	04.2151	Stadtbibliothek	04	Kultur u. Wissenschaft
21	04.2171	Stadtarchiv	04	Kultur u. Wissenschaft
22	05.2211	Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	05	Soziale Leistungen
22	05.2212	Sozialhilfe (SGB XII)	05	Soziale Leistungen
22	05.2213	Sozialraumorientierte Aufgaben*	05	Soziale Leistungen
22	05.2214	Flüchtlingshilfen und Übergangsheime	05	Soziale Leistungen
22	05.2221	Soziale Wohnraumförderung	05	Soziale Leistungen
22	05.2231	Bürgerorientierte Leistungen	05	Soziale Leistungen
22	05.2241	IHK Fildeken-Rosenberg	05	Soziale Leistungen
23	06.2310	Tagesbetreuung von Kindern	06	Kinder-Jugend- u. Familienhilfe
23	06.2320	Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien**	06	Kinder-Jugend- u. Familienhilfe
23	06.2330	Interessenvertretung und Sicherung des Unterhaltes für Kinder**	06	Kinder-Jugend- u. Familienhilfe
23	06.2340	Erziehungshilfen	06	Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Produkthaushalt Stadt Bocholt			Produktbereiche nach NKF	
FB	Produkt	Bezeichnung	PB	PB Bezeichnung
24	02.2411	Gefahrenabwehr u. -vorbeugung	02	Sicherheit und Ordnung
24	02.2421	Rettungsdienst/ Krankentransport	02	Sicherheit und Ordnung
24	02.2431	Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie	02	Sicherheit und Ordnung
25	03.2510	Grundschulen	03	Schulträgeraufgaben
25	03.2520	Hauptschulen	03	Schulträgeraufgaben
25	03.2530	Realschulen	03	Schulträgeraufgaben
25	03.2540	Gymnasien	03	Schulträgeraufgaben
25	03.2550	Gesamtschule	03	Schulträgeraufgaben
25	08.2560	Sportförderung und Spielplätze	08	Sportförderung
30	09.3011	Bauleitplanung, Satzung, Informelle Planung	09	Räumliche Planung u. Entwicklung
30	10.3012	Denkmalschutz und Denkmalpflege	10	Bauen und Wohnen
30	10.3021	Genehmigungen, Prüfungen und Stellungnahmen	10	Bauen und Wohnen
31	01.3131	Grundstücksverkehr-, -entwicklung und -vermarktung	01	Innere Verwaltung
31	01.3132	Grundstücksverwaltung	01	Innere Verwaltung
31	09.3111	Liegenschafts- und Ingenieurvermessungen für städtische Projekte	09	Räumliche Planung u. Entwicklung
31	09.3112	Gewinnung, Transfer und Management von Geodaten	09	Räumliche Planung u. Entwicklung
31	09.3121	Serviceleistungen für die TEB	09	Räumliche Planung u. Entwicklung
31	10.3122	Bodenordnungsverfahren und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	10	Bauen und Wohnen
31	10.3123	Wertermittlung und Immobilienmarktgeschehen	10	Bauen und Wohnen
31	15.3133	Parkhäuser und Tiefgaragen	15	Wirtschaft u. Tourismus
32	01.3210	Zentrale Liegenschaften	01	Innere Verwaltung
33	09.3361	Kulturquartier Bocholter Aa und Industriestraße (KuBAal)	09	Räumliche Planung u. Entwicklung
33	11.3332	Deponie	11	Ver- und Entsorgung
33	12.3311	Flächen des öffentlichen Verkehrs	12	Verkehrsflächen u. - anlagen
33	13.3341	Grün- und Freiflächen	13	Natur- u. Landschaftspflege
33	14.3331	Altlasten und Bodenschutz	14	Umweltschutz
33	14.3333	Umwelt und Klima	14	Umweltschutz
34	13.3422	Wasserbau	13	Natur- u. Landschaftspflege
40	01.4010	Finanzsteuerung der Gesamtverwaltung ~~u. Beteiligungen~~	01	Innere Verwaltung
40	01.4020	Finanzbuchhaltung	01	Innere Verwaltung
~~40~~	~~01.4030~~	~~Forderungsmanagement~~	~~01~~	~~Innere Verwaltung~~
40	07.9999	Gesundheitswesen	07	Gesundheitswesen
40	16.8888	Technisches Produkt	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
40	16.9999	Zentrale Finanzwirtschaft	16	Allgemeine Finanzwirtschaft

* Eingliederung des Produktes "Demografie" und Aufgabenbereich "Entwicklung medizinische Versorgungsfragen"
** Ausgliederung des Aufgabenbereichs "Spielplätze"

Vorbericht

BOCHOLT

Vorbericht zum Haushalt 2027

1. Vorwort zum Haushalt 2027
2. Strategische Ziele und Handlungsfelder der Stadt Bocholt
4. Erläuterungen zum Haushalt 2027
   - 4.1 Wesentliche Eckdaten im Überblick
   - 4.2 Prägende Aspekte der Haushaltsplanung
   - 4.3 Wesentliche Kennzahlen nach dem NKF-Kennzahlenset
   - 4.4 Ergebnisplanung
   - 4.5 Finanzplanung
   - 4.6 Entwicklung des Sachanlagevermögens
   - 4.7 Wesentliche Instandsetzungen und Erhaltungsmaßnahmen
   - 4.8 Finanzierungstätigkeit
   - 4.9 Bürgschaften
   - 4.10 Weitere wesentliche haushaltswirtschaftliche Belastungen
   - 4.11 Entwicklung der Liquidität
   - 4.12 Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung
5. Schuldentragfähigkeit
6. Investitionsliste

1. Vorwort zum Haushalt 2027

Zwischen finanzieller Realität und Zukunftsverantwortung

Bocholt als lebens- und liebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und ihre Zukunftsfähigkeit dauerhaft zu sichern – das ist der Leitgedanke, an dem ich bei Aufnahme meiner Tätigkeit als Kämmerin 2021 meine Arbeit ausgerichtet habe und bis heute ausrichte.

Für mich bedeutet dies, finanzielle Stabilität nicht als Selbstzweck zu verstehen. Vielmehr schafft sie die Voraussetzung dafür, dass unsere Stadt auch künftig handlungsfähig bleibt, notwendige Investitionen tätigen und ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürgerschaft erfüllen kann.

Damit verbindet sich für mich eine besondere Verantwortung: die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen von Entscheidungen sachlich, objektiv und transparent darzustellen – auch und gerade dann, wenn die finanziellen Spielräume enger und die damit verbundenen Entscheidungen schwieriger werden. Transparenz und Sachlichkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen der Stadt Bocholt bilden dabei die Grundlage meines Handelns.

Es gilt, das heute Machbare mit dem morgen Notwendigen in Einklang zu bringen. Genau in diesem Spannungsfeld steht der Haushalt 2027.

Die finanziellen Rahmenbedingungen in Deutschland, insbesondere aber auch für die Stadt Bocholt haben sich deutlich verschärft. Steigende Aufwendungen, wachsende Anforderungen und zusätzliche Aufgaben treffen auf Einnahmen, die nur unterproportional wachsen und mit der Dynamik der Ausgaben nicht mehr Schritt halten können.

Gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, die Stadt Bocholt weiterzuentwickeln und notwendige Investitionen in ihre Zukunft nicht aus dem Blick zu verlieren. Die kommenden Jahre werden uns dabei Entscheidungen abverlangen, die nicht immer einfach sein werden. Dauerhafte finanzielle Stabilität ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass wir unsere Stadt auch morgen noch aktiv gestalten können.

Finanzielle Stabilität kann aber nicht allein durch den Verzicht auf Investitionen oder Projekte erreicht werden. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit haben wir gelernt, dass unterlassene oder zu lange aufgeschobene Investitionen im Laufe der Zeit zu deutlich höheren Belastungen führen können. Gerade in wirtschaftlich und haushalterisch angespannten Zeiten ist es dabei wichtig, Entscheidungen auf einer belastbaren Grundlage und unter Berücksichtigung der Folgekosten und auch ihren nichtfinanziellen Folgewirkungen zu treffen. Nicht jede wünschenswerte Maßnahme wird sich zukünftig umsetzen lassen.

Erstmalig seit 2017 verzeichnete die Stadt Bocholt im Jahr 2025 keinen Jahresüberschuss, sondern ein negatives Ergebnis von fast 30 Mio. Euro. Dieses fiel allerdings noch um mehr als 6 Mio. Euro besser aus als im Haushalt vorgesehen. Dennoch zeichnet sich mit dem Jahresabschluss bereits ab, in welche Richtung sich die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bocholt bewegt. Die ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber 2024 um etwa 27,6 Mio. Euro gestiegen, während sich die Erträge um knapp 10 Mio. Euro reduziert haben. Damit zeigt sich ein strukturelles Defizit, das die Haushaltssituation der Stadt Bocholt auch in den kommenden Jahren prägen wird.

Die infolge der Tarifabschlüsse stark gestiegenen Personalaufwendungen, die allgemeinen Preissteigerungen für Sach- und Dienstleistungen, höhere Umlagekosten und vor allem der Anstieg der Transferaufwendungen (Zahlungen ohne Gegenleistung) belasten den Haushalt der Stadt Bocholt. Gerade bei den Transferaufwendungen ist bereits seit einigen Jahren ein überproportionaler Anstieg zu erkennen (von 2025 auf 2026: +8,12%).

Diese Kostensteigerungen können nicht mehr durch entsprechende Ertragssteigerungen abgefedert werden. Seit der Corona-Krise hat die Stadt Bocholt von überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuererträgen profitiert, durch die die bereits seit einigen Jahren angesprochene und erkennbare Entwicklung teilweise kompensiert werden konnte. Mit Gewerbesteuererträgen in dieser Höhe kann Bocholt jedoch angesichts der gegenwärtigen geo- und handelspolitischen Rahmenbedingungen zunächst nicht mehr verlässlich rechnen.

Im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden verfügt die Stadt Bocholt weiterhin über eine vergleichsweise stabile Einnahmebasis. Dies zeigt sich unter anderem an der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen: Die Orientierungsdaten zu den Schlüsselzuweisungen prognostizieren für 2027 einen Rückgang der Schlüsselzuweisungen um 9,3 Mio. Euro - von 15,3 Mio. Euro auf knapp unter 6 Mio. Euro. Der Rückgang ist ein Ausdruck der im kommunalen Vergleich bestehenden Einnahmekraft der Stadt. Auch wenn es für die Stadt grundsätzlich positiv zu bewerten ist, dass sich die finanzwirtschaftliche Situation in Bocholt im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden als vergleichsweise stabil darstellt, führen rückläufige Gewerbesteuererträge und der deutliche Rückgang der Schlüsselzuweisungen zu einer zusätzlichen Belastung des Haushalts. Die Entwicklung trägt dazu bei, dass sich die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen weiter vergrößert.

Die Stadt Bocholt steht mit dieser finanzwirtschaftlichen Entwicklung nicht allein da. Auch bundesweit sehen sich viele Städte und Gemeinden mit einer zunehmend herausfordernden Haushaltslage konfrontiert. Vor diesem Hintergrund fand am 22.06.2026 der bundesweite Aktionstag „Kommunen am Limit“ statt.

In diesem Zusammenhang hat der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindesbundes die finanzielle Situation der Kommunen prägnant zusammengefasst: „Wenn die Kommunen am Limit sind, gerät auch der Staat insgesamt an seine Grenzen.“

Es wird damit verdeutlicht, dass finanzielle und strukturelle Probleme der Kommunen nicht isoliert betrachtet werden können. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen ist zugleich wesentliche Voraussetzung dafür, dass kommunale Leistungen dauerhaft und verlässlich erbracht werden können.

Die finanzwirtschaftliche Situation der Kommunen und damit auch der Stadt Bocholt ist in wesentlichen Bereichen durch eine Ausgabendynamik geprägt, die auf kommunaler Ebene nur begrenzt beeinflussbar ist. Insbesondere bei gesetzliche Pflichtaufgaben führen gestiegene Leistungsansprüche und Standards zu wachsenden finanziellen Belastungen. Werden neue oder ausgeweitete, aber auch die bereits bestehenden Aufgaben infolge bundes- oder landespolitischer Entscheidungen nicht dauerhaft und auskömmlich gegenfinanziert, wird das strukturelle Ungleichgewicht in den kommunalen Haushalten nicht mehr ausgeglichen werden können.

Dennoch ist auch die Stadt Bocholt gefordert, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Dazu gehört es, Aufgabenkritik durchzuführen, bestehende Strukturen und Standards kritisch zu hinterfragen und klare Prioritäten zu setzen.

Haushaltsplanung bedeutet dabei mehr als die reine Betrachtung von Erträgen und Aufwendungen. Sie muss auch die langfristigen Entwicklungserfordernisse der Stadt berücksichtigen. Gerade unter schwierigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gilt es daher, vorhandene Handlungsspielräume gezielt zu nutzen und notwendige Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

Finanzielle Stabilität und die nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt dürfen dabei nicht als Gegensätze verstanden werden. Denn eine dauerhaft gesicherte finanzielle Handlungsfähigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass auch zukünftig gestaltet und investiert werden kann.

Ziel muss es sein, die Stadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln und ihre Attraktivität sowie ihre vielfältigen Strukturen zu erhalten. Sollte es nämlich dauerhaft zu einer Haushaltssicherung kommen, wären die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Dies könnte sich insbesondere auf die für das Gemeinwesen wichtigen Vereins-, Kultur- und Sozialstrukturen auswirken.

Um vor diesem Hintergrund die finanzwirtschaftliche Entwicklung transparenter abzubilden und bei Veränderungen frühzeitiger reagieren zu können, wurde die Haushaltsplanung von einer zweijährigen wieder auf eine einjährige Planung umgestellt.

Die Realität der finanzwirtschaftlichen Situation und auch die Verantwortung für die Zukunft der Stadt Bocholt können nur gemeinsam betrachtet werden.

Bocholt, im September 2026



Jennifer Menk

Stadtkämmerin

2. Strategische Ziele und Handlungsfelder der Stadt Bocholt

In schwierigen Zeiten ist ein klarer Kompass gefordert. Die Stadt Bocholt steht vor vielfältigen Aufgaben, die trotz enger finanzieller Möglichkeiten zu stemmen sind. Gemeint sind damit anstehende Schulsanierungen, der Rathausbau, die Fortentwicklung der Innenstadt und die Gestaltung des Sozialraumes, kommunale Projekte, die schon in den letzten Jahren als komplex wahrgenommen wurden und an denen vorbildlich gearbeitet worden ist.

Wir müssen auf eine tragfähige Finanzlage achten, auch wenn wir das ohne das Land und den Bund nicht abschließend regeln können. Daher ist der Austausch mit unseren regionalen und überregionalen Mandatsträgern im Landtag und im Bundestag so wichtig. Und ich bin unseren Abgeordneten für den offenen Austausch sehr dankbar. Denn wir wollen und müssen unsere Standards im Sinne der Bürgerinnen und Bürgern so gut als möglich halten. Das muss uns unsere Stadt wert sein. Nur gemeinsam werden wir das gestalten können.

Viel ist vorbereitet worden, nun brauchen wir mutige Entscheidungen um die Pläne auch in die Umsetzung zu bekommen. Die Stadt Bocholt muss ihre Stärken weiter ausbauen können. Wir müssen im Bereich Tourismus vorankommen, dies alles kostet Zeit und Geld. Zu sparen darf kein Selbstzweck werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung brauchen eine Perspektive, damit wir mit klarem Kompass diese Stadt gemeinsam nach vorne bringen.

Nur durch die Verknüpfung des Haushalts mit strategischen Handlungsfeldern kann eine Weiterentwicklung der Ziele zwischen der Haushaltsplanung und deren Umsetzung erreicht werden. Zwar wird dies nicht alle kurzfristigen und überraschenden Themen verhindern, jedoch ermöglicht es im Sinne der Gesamtstrategie fundierte Entscheidungen im Umgang mit solchen Herausforderungen zu treffen.

Lassen Sie uns gemeinsam Bocholt entwickeln. Diese Stadt ist es wert.



Christian Mangen

Bürgermeister Stadt Bocholt

3. Compliance-Bericht

Die Stadt Bocholt verfolgt mit ihrem Compliance-Management-System (CMS) das Ziel, regelkonformes, transparentes und verantwortungsvolles Handeln innerhalb der Stadtverwaltung und im kommunalen Umfeld nachhaltig zu unterstützen. Das CMS bündelt hierzu verschiedene Instrumente und Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Korruptionsprävention, Hinweisgebersystem, Good Governance und Vertragsmanagement.

Bereits im Jahr 2025 wurden wesentliche Grundlagen für die weitere Entwicklung des Compliance-Managements geschaffen. Zum 01.11.2025 wurde der Aufgabenbereich Good Governance und Compliance organisatorisch im Fachbereich Finanzen und Compliance verankert. Damit werden Compliance-Aspekte noch stärker mit den Aufgaben des zentralen Finanzmanagements, des Beteiligungsmanagements und steuerlichen Fragestellungen verbunden. Darüber hinaus wurde die überarbeitete Dienstanweisung „Zentrales Vertragsmanagement“ zum 01.03.2025 umgesetzt. Das zentrale Vertragsmanagement unterstützt einen einheitlichen und nachvollziehbaren Umgang mit städtischen Verträgen.

Mit dem in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.11.2025 beschlossenen Verhaltenskodex für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte, wurde ein weiterer Baustein zur Stärkung der Compliance geschaffen. Im Januar 2026 erfolgte hierzu eine entsprechende Korruptionsschulung für die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Beschäftigtenschulungen sind ebenfalls vorgesehen und sollen künftig schrittweise durchgeführt werden.

Das Hinweisgeberportal wird kontinuierlich betreut. Eingegangene Hinweise werden vertraulich geprüft und ordnungsgemäß bearbeitet. Soweit Hinweise Sachverhalte betreffen, für die andere Stellen zuständig sind, werden diese entsprechend weitergeleitet bzw. als Irrläufer behandelt. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Hinweisgebersystem zeigen, dass die eingerichteten Prozesse grundsätzlich greifen und eingehende Hinweise entsprechend der vorgesehenen Zuständigkeiten bearbeitet werden können.

Im Bereich des Vertragsmanagements erfolgt die weitere Umsetzung auf Grundlage der Dienstanweisung „Zentrales Vertragsmanagement“ vom 01.03.2025. Eine weitere turnusmäßige Evaluation des Vertragsmanagements ist vorgesehen. Dabei sollen insbesondere die bisherigen Erfahrungen aus der praktischen Anwendung berücksichtigt und mögliche Weiterentwicklungsbedarfe identifiziert werden.

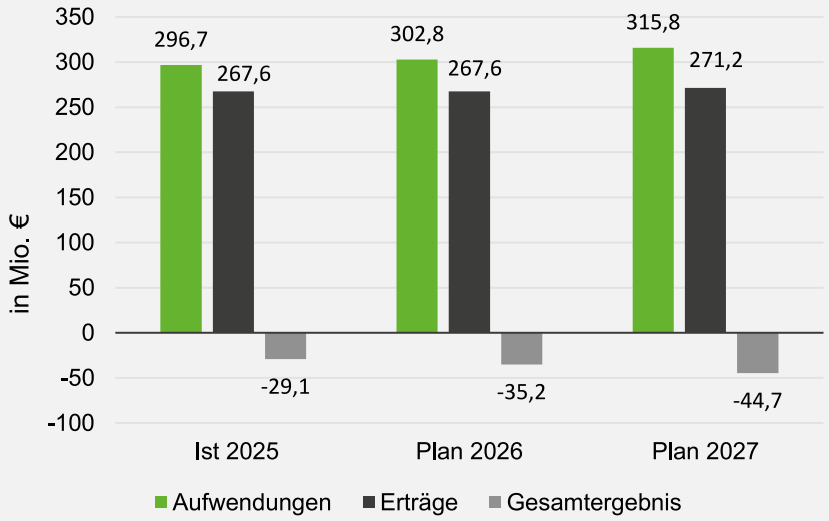
Die Dienstanweisung Compliance befindet sich weiterhin in der Erarbeitung. Aufgrund personeller Veränderungen und Stellenvakanzen konnten die Beteiligungsrichtlinie und der kommunale Public Corporate Governance Kodex (PCGK) im Jahr 2026 noch nicht weiter evaluiert bzw. fortentwickelt werden. Für die weitere Entwicklung des Compliance-Managements stehen damit insbesondere die Fertigstellung der Dienstanweisung Compliance sowie die schrittweise Umsetzung der noch ausstehenden Schulungs- und Evaluationsmaßnahmen im Vordergrund.

Insgesamt wurden damit im Bereich Compliance bereits wesentliche Grundlagen geschaffen und erste Maßnahmen umgesetzt. Gleichzeitig bestehen in einzelnen Bereichen noch offene Aufgaben, die im weiteren Verlauf schrittweise bearbeitet und fortentwickelt werden sollen. Die weitere Umsetzung soll dabei dazu beitragen, Compliance als festen Bestandteil des Verwaltungshandelns zu verankern und die bestehenden Strukturen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

4. Erläuterungen zum Haushalt 2027

4.1 Wesentliche Eckdaten im Überblick

Entwicklung des Ergebnisplans



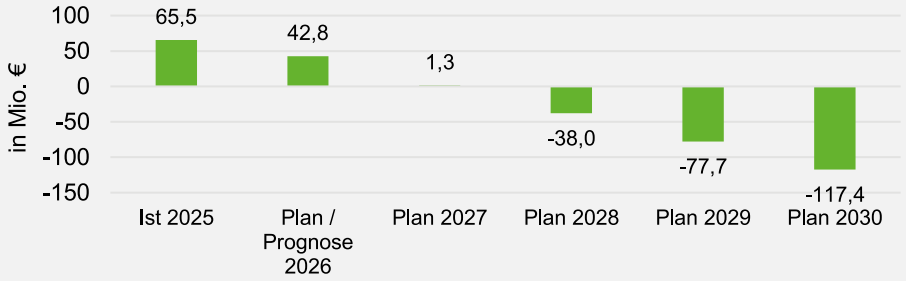
Übersicht über die Steuerhebesätze

Grundsteuer B (Wohnen): 748 %

Grundsteuer B (Nicht-Wohnen): 748 %

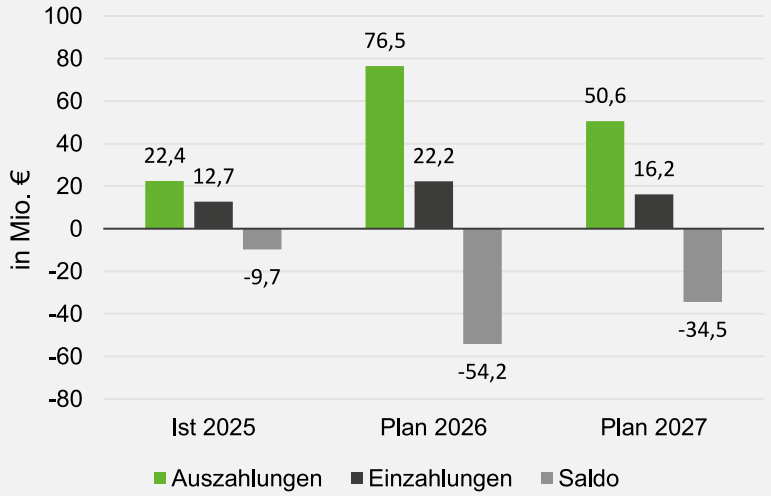
Gewerbesteuer: 458 %

Entwicklung des Bestandes der städt. Finanzausstattung



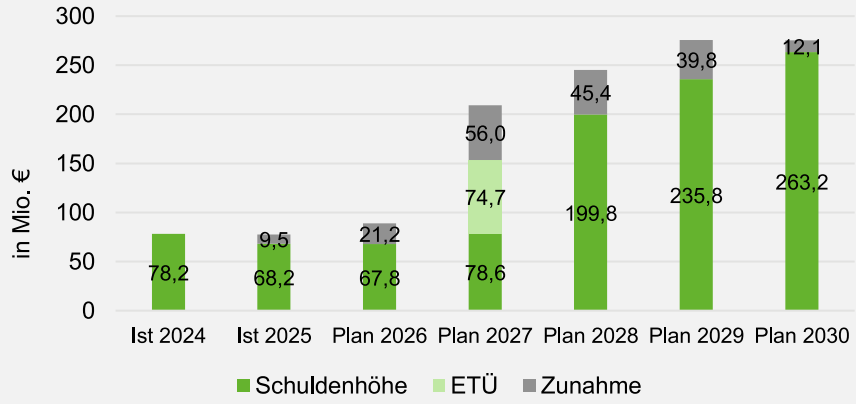
(Liquide Mittel inkl. Prognose zum 31.12.26 und kurz- und mittelfristige

Entwicklung des investiven Finanzplans



Schuldenstand Kernhaushalt je zum 31.12.*

*ohne Weiterleitungsdarlehen



Ist- Schuldenstand 77,7 Mio. € (31.12.2025) / Maximalstand 142 Mio. €

4.2 Prägende Aspekte der Haushaltsplanung

Der Haushaltsplan der Stadt Bocholt für das Haushaltsjahr 2027 ist weiterhin durch angespannte finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen geprägt. Der Ergebnishaushalt weist Gesamterträge von 271,2 Mio. EUR und Gesamtaufwendungen von 315,8 Mio. EUR aus. Daraus ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 44,7 Mio. EUR, der sich gegenüber dem Vorjahr um rund 9,5Mio. EUR erhöht.

Auf der Ertragsseite bilden die Steuern und steuerähnlichen Abgaben mit 166,3 Mio. EUR die wesentliche Finanzierungsgrundlage. Auf der Aufwandsseite entfallen wesentliche Anteile auf die Transferaufwendungen von 147,5 Mio. EUR, die Personal- und Versorgungsaufwendungen von rund 73,4 Mio. EUR sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von rund 45,2 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorjahr steigen die ordentlichen Aufwendungen insgesamt um rund 13,0 Mio. EUR.

Der Finanzplan sieht für 2027 Investitionsauszahlungen von rund 50,6 Mio. EUR vor. Einen Schwerpunkt bilden die Baumaßnahmen mit rund 25,7 Mio. EUR. Weitere Investitionen betreffen insbesondere die Bereiche Bildung und Betreuung, Kultur, Bäder, Feuerwehr und Rettungsdienst, Digitalisierung und IT sowie die Entwicklung kommunaler Grundstücke.

Auch die Liquiditätsentwicklung ist weiterhin angespannt. Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von rund 258,2 Mio. EUR stehen Auszahlungen von rund 289,5 Mio. EUR gegenüber. Für 2027 wird eine Verminderung der liquiden Mittel um rund 41,5 Mio. EUR erwartet. Auch in den Folgejahren werden negative Liquiditätssalden prognostiziert. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit wird daher voraussichtlich die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten erforderlich.

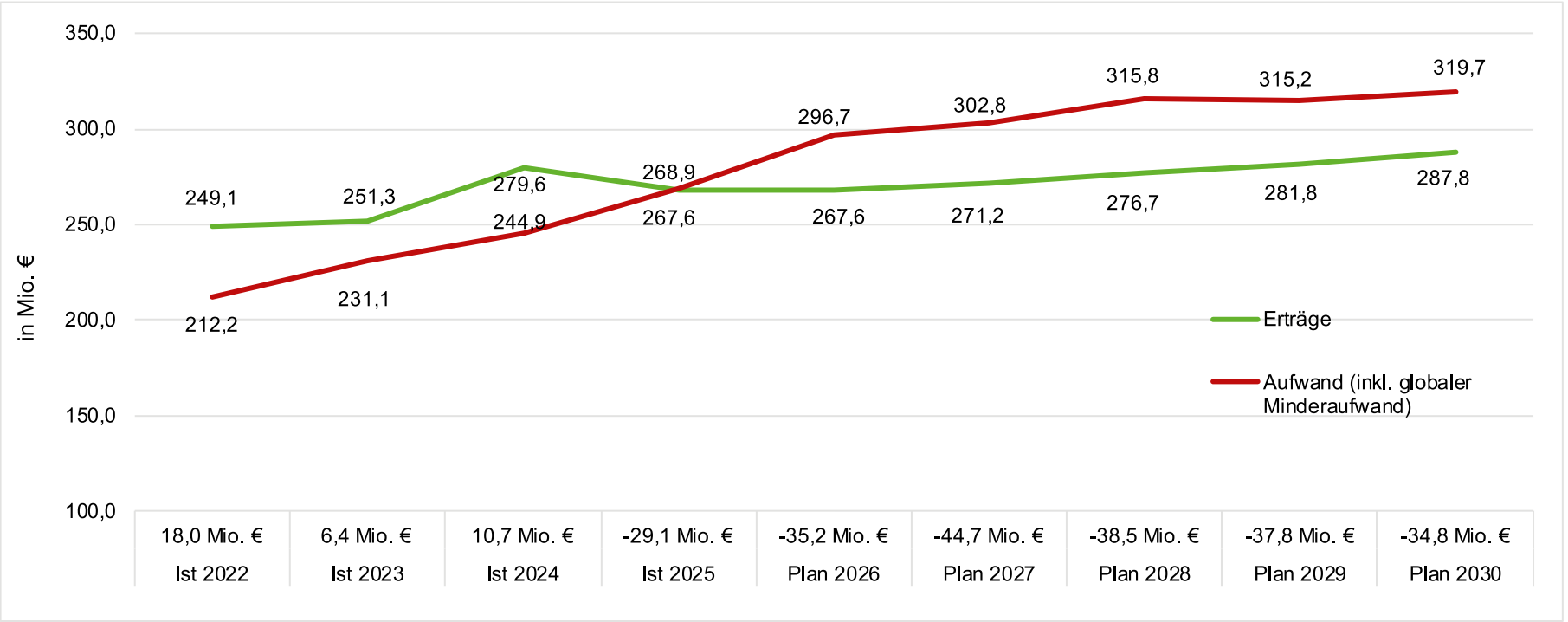
Die mittelfristige Finanzplanung verdeutlicht, dass die strukturelle Unterdeckung fortbesteht. Der Sicherung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit kommt daher weiterhin eine besondere Bedeutung zu. Dies erfordert eine kontinuierliche Überprüfung der Ertrags- und Aufwandsentwicklung, eine Priorisierung der Investitionen sowie die fortlaufende Beobachtung der Ergebnis- und Liquiditätsentwicklung.

Die weiteren Einzelheiten zur Entwicklung der Erträge und Aufwendungen, zu den Investitionsmaßnahmen, zur Finanz- und Liquiditätslage sowie zur Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung werden in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert.

Übersicht zum Ergebnisplan

Ergebnisplan	2026	2027	2028	2029	2030
Gesamtübersicht:					
Gesamterträge	267.639.000	**271.186.000**	276.650.800	281.825.400	287.789.600
Gesamtaufwendungen	302.794.300	**315.842.300**	321.467.700	326.042.100	328.961.300
Globaler Minderaufwand	0	**0**	6.305.900	6.370.000	6.421.000
Jahresergebnis	-35.155.300	**-44.656.300**	-38.511.000	-37.846.700	-34.750.700
Ausgleichsrücklage zum 31.12	115.777.092	**80.621.792**	35.965.492	0	0
Allgemeine Rücklage zum 31.12.	232.432.815	**232.294.415**	232.156.015	229.472.107	191.487.007
Eigenkapitalreichweite in Jahren	8,9	**6,0**	6,0	5,1	4,5
Auszug aus den Erträgen:					
Steuern und ähnliche Abgaben	161.446.000	**166.337.000**	171.379.000	176.870.000	182.188.000
davon:					
Gewerbesteuer (Hebesatz: 458 v.H)	84.400.000	**83.640.000**	85.313.000	90.176.000	95.767.000
Grundsteuer A (Hebesatz: 461 v.H.)	190.000	**190.000**	190.000	190.000	190.000
Grundsteuer B (Hebesatz: 748 v.H.)	17.660.000	**17.660.000**	17.660.000	17.660.000	17.660.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	45.000.000	**45.757.000**	47.679.000	50.159.000	52.867.000
Zuwendungen und allg. Umlagen	52.008.600	**52.464.400**	52.600.000	53.375.400	54.272.900
davon:					
Schlüsselzuweisungen	6.345.000	**5.990.000**	5.990.000	5.990.000	5.990.000
Auszug aus den Aufwendungen:					
Personal- und Versorgungsaufwand	66.586.600	**73.420.500**	73.450.500	73.450.500	73.450.500
davon:					
Personalaufwendungen	51.828.200	**54.860.500**	54.890.500	54.890.500	54.890.500
Versorgungsaufwendungen	9.089.400	**9.978.500**	9.978.500	9.978.500	9.978.500
Zuführungen Pensions- /Beihilferückstellungen	5.669.000	**8.581.500**	8.581.500	8.581.500	8.581.500
Transferaufwendungen	143.697.200	**147.526.400**	147.708.800	149.997.000	152.205.500

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen



Das Planergebnis für das Jahr 2027 liegt bei -44,7 Mio. EUR und verschlechtert sich damit gegenüber dem Ansatz des Jahres 2026 um 9,5 Mio. EUR. Maßgeblich für die Entwicklung sind insbesondere die weiterhin steigenden Aufwendungen. Während die ordentlichen Erträge im mittelfristigen Planungszeitraum von 267,6 Mio. EUR im Jahr 2027 auf 284,2 Mio. EUR im Jahr 2030 ansteigen, erhöhen sich die ordentlichen Aufwendungen im gleichen Zeitraum von 312,1 Mio. EUR auf 321,1 Mio. EUR. Eine vollständige Kompensation der Aufwandsentwicklung durch steigende Erträge wird damit im Planungszeitraum nicht erreicht.

Für die Jahre 2028 bis 2030 wurde von der Möglichkeit des § 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW Gebrauch gemacht, einen globaler Minderaufwand in Höhe von jeweils 2 % einzuplanen. Dieser beläuft sich auf 6,3 Mio. EUR im Jahr 2028, 6,4 Mio. EUR im Jahr 2029 und 6,4 Mio. EUR im Jahr 2030.

Nachfolgend werden wesentliche Veränderungen bei den Ertrags- und Aufwandsansätzen dargestellt. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll insbesondere solche Veränderungen hervorheben, die für die Entwicklung des Ergebnisses von besonderer Bedeutung sind. Detaillierte Erläuterungen zu den einzelnen Fachbereichsbudgets finden sich in den Beiheften der Fachbereiche.

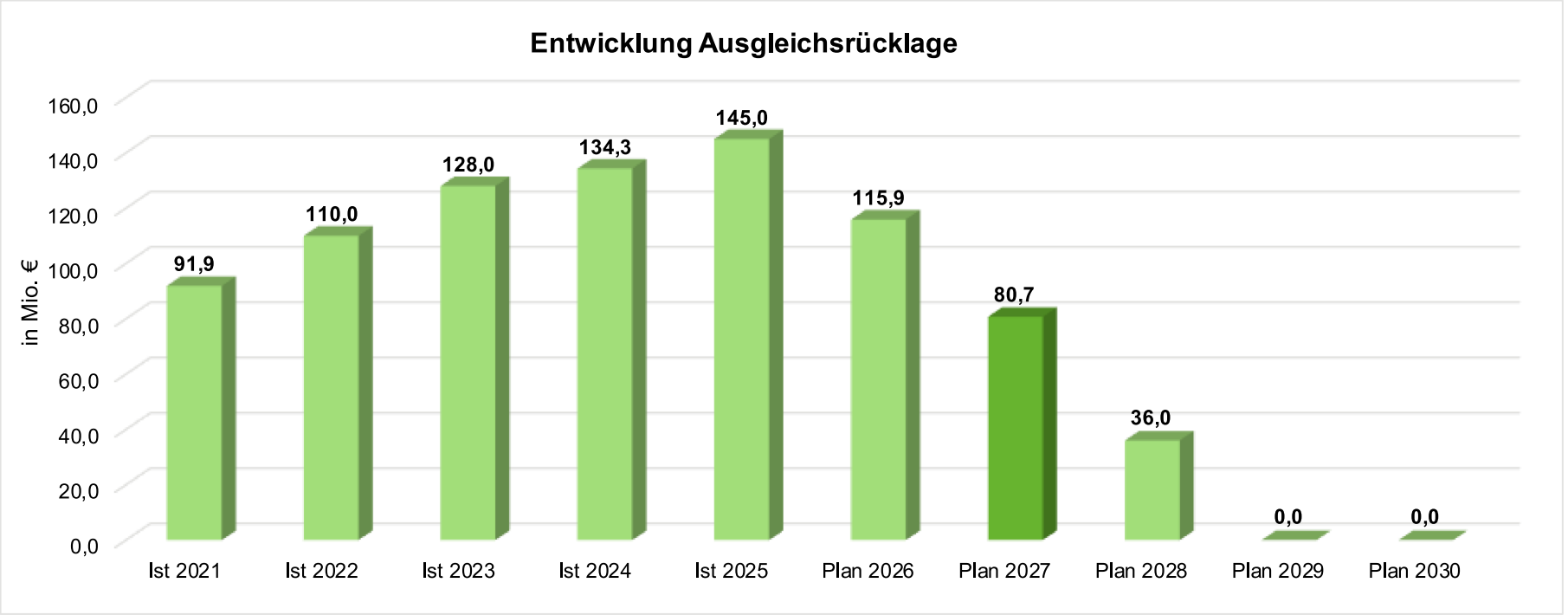
	2026/2027
Erträge	
• Gewerbesteuer	- 0,8 Mio. €
• Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 0,8 Mio. €
• Schlüsselzuweisungen vom Land	- 0,4 Mio. €
• Landeszuweisungen zu Betriebskosten TEK	+ 0,6 Mio. €
Aufwendungen	
• Personal- und Versorgungsaufwendungen	+ 6,8 Mio. €
• Miete und Bewirtschaftungskosten GWB	- 0,6 Mio. €
• Kreisumlage	+ 5,1 Mio. €
• Zuschüsse Kita/TEK	+ 1,2 Mio. €

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll nur im ersten Vorjahresvergleich größere Abweichungen aufzeigen. Besonders unter den Aufwendungen sind in den einzelnen Fachbereichen noch viele Positionen enthalten, die sich dann zur Gesamtabweichung summieren. Die Abweichungen der Fachbereichsbudgets können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Detaillierte Erläuterungen finden sich dazu in den Beiheften der Fachbereiche.

Entwicklung der Teilergebnispläne 2026 – 2027

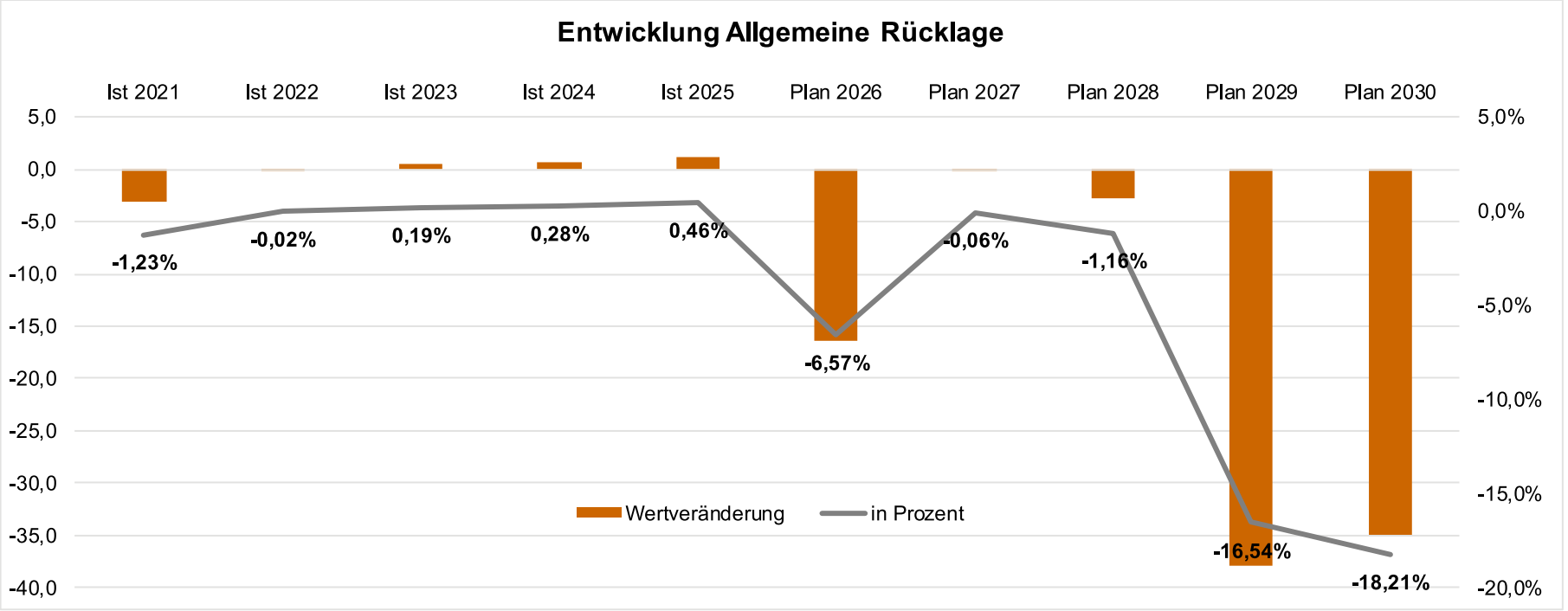
Teilhaushalt	Saldo Plan 2026	Saldo Plan 2027	Veränderung in € - Verschlechterung +Verbesserung	prozentuale Veränderung	*davon Veränderung Miete u. Bewirtschaftung*	*davon Veränderung Personal- und Versorgungs-aufwand*
-00- Beteilgungsgremien	-350.200	-396.800	-46.600	-13,31%	*0*	*-45.100*
-10- Organisation und Personal	-5.677.300	-5.676.800	+500	0,01%	*0*	*-272.300*
-11- Digitales und IT	-7.759.000	-7.259.700	+499.300	6,4%	*24.300*	*+101.400*
-12- Büro des Bürgermeisters	-4.182.500	-4.092.500	+90.000	2,2%	*0*	*+14.500*
-13- Recht und Vergabe	-339.500	-137.200	+202.300	59,6%	*0*	*+134.000*
-14- Revision	-708.100	-944.500	-236.400	-33,4%	*0*	*-231.500*
-20- Öffentliche Ordnung	-4.151.700	-4.339.000	-187.300	-4,5%	*22.700*	*-251.700*
-21- Kultur und Bildung	-6.459.500	-7.146.400	-686.900	-10,6%	*-59.400*	*-457.500*
-22- Soziales	-15.853.200	-17.674.400	-1.821.200	-11,5%	*1.991.000*	*-1.740.600*
-23- Jugend und Familie	-47.620.200	-49.493.000	-1.872.800	-3,9%	*-31.400*	*-798.100*
-24- Feuerwehr	-9.164.600	-11.947.500	-2.782.900	-30,4%	*-87.700*	*-2.447.200*
-25- Schule und Sport	-27.822.100	-29.435.200	-1.613.100	-5,8%	*-1.201.900*	*-244.700*
-30- Stadtplanung und Bauordnung	-2.501.100	-3.762.100	-1.261.000	-50,4%	*0*	*-251.400*
-31- Grundstücks- und Bodenwirtschaft	-2.100.100	-2.603.100	-503.000	-24,0%	*0*	*-262.500*
-32- Zentrale Liegenschaften	5.700	113.400	+107.700	-	*-14.000*	0
-33- Mobilität und Umwelt	-18.240.500	-19.153.400	-912.900	-5,0%	*0*	*-113.700*
-34- ESB/Wasserbau	-909.500	-796.900	+112.600	12,4%	*0*	0
-40- Finanzen und Compliance	-5.262.500	-5.281.300	-18.800	-0,4%	*0*	*+32.500*
Ergebnis FB	**-159.095.900**	**-170.026.400**	**-10.930.500**	**-6,9%**	***643.600***	***-6.833.900***
Zentrale Finanzwirtschaft	123.940.600	125.370.100	+1.429.500	1,2%	*0*	*0*
Gesamtergebnis gesamt	**-35.155.300**	**-44.656.300**	**-9.501.000**	**-27,0%**	***643.600***	***-6.833.900***

Entwicklung des Eigenkapitals



Die Entwicklung der Jahresergebnisse wirkt sich zunehmend auf die Eigenkapitalausstattung der Stadt Bocholt aus. Während die in den vergangenen Jahren erzielten positiven Jahresergebnisse zu einem deutlichen Aufbau der Ausgleichsrücklage geführt haben, wird diese durch die seit 2025 entstehenden Fehlbeträge zunehmend in Anspruch genommen.

Im Jahr 2028 reicht die verbleibende Ausgleichsrücklage von 36,0 Mio. EUR nicht mehr aus, um den geplanten Jahresfehlbetrag von 38,5 Mio. EUR vollständig zu decken. Damit ist bereits im Jahr 2028 eine Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage erforderlich. Für den Jahresabschluss 2026 ist darüber hinaus nach derzeitiger Planung vorgesehen, die Bilanzierungshilfe nach dem NKF-CUIG in Höhe von 16,2 Mio. EUR einmalig erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.



Die weitere Entwicklung der Allgemeinen Rücklage ist insbesondere mit Blick auf die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes von Bedeutung. Nach der derzeitigen Planung würde sich die Allgemeine Rücklage im Jahr 2029 um 16,54 % und im Jahr 2030 um 18,21 % verringern. Damit würde die nach § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW maßgebliche Grenze von 5 % in zwei aufeinanderfolgenden Jahren überschritten und grundsätzlich die Voraussetzungen für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erfüllt.

Um die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu vermeiden, sollen die bestehenden haushaltsrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden. Hierzu zählen insbesondere die Berücksichtigung des prognostizierten Jahresergebnisses 2026, die Einplanung eines globalen Minderaufwands für die Jahre 2028 bis 2030 sowie die Nutzung des Verlustvortrags im Jahr 2030. Insbesondere durch den Verlustvortrag soll verhindert werden, dass der für 2030 erwartete Jahresfehlbetrag in voller Höhe zu einer weiteren Verringerung der Allgemeinen Rücklage führt und dadurch die Voraussetzungen für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes eintreten.

Die vorgesehenen Maßnahmen ermöglichen es, die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach der derzeitigen Planung zu vermeiden. Sie lösen jedoch nicht das zugrunde liegende strukturelle Defizit. Die Entwicklung der Jahresergebnisse und der Eigenkapitalausstattung verdeutlicht daher weiterhin einen erheblichen Handlungs- und Konsolidierungsbedarf.

4.3 Wesentliche Kennzahlen nach dem NKF-Kennzahlenset

Kennzahlen zur geplanten Finanzlage

Kennzahl	Messgröße	2025	2026	2027
Zinslastquote	$\frac{\text{Finanzaufwendungen}}{\text{ordentlichen Aufwendungen}} \times 100$	0,56 %	1,44 % ↑	**1,22 %** ↓

Kennzahlen zur geplanten Ertragslage

Kennzahl	Messgröße	2025	2026	2027
Netto-Steuerquote	$\frac{\text{Netto-Steuererträge}}{\text{ordentlichen Erträgen}} \times 100$	59,17 %	60,31 % ↑	**60,23 %** ↓
Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen}}{\text{ordentlichen Erträgen}} \times 100$	19,94 %	19,74 % ↓	**19,61 %** ↓
Personalintensität	$\frac{\text{Personalaufwendungen}}{\text{ordentlichen Aufwendungen}} \times 100$	19,46 %	19,09 % ↓	**19,68 %** ↑
Sach- und Dienstleistungsintensität	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen}}{\text{ordentlichen Aufwendungen}} \times 100$	14,45 %	14,10 % ↓	**14,50 %** ↑
Transferaufwandsquote	$\frac{\text{Transferaufwendungen}}{\text{ordentlichen Aufwendungen}} \times 100$	45,13 %	48,14 % ↑	**47,28 %** ↓

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich bei den Ertragskennzahlen insgesamt eine weitgehend stabile Ertragsstruktur. Die leicht rückläufige Netto-Steuerquote und Zuwendungsquote verdeutlichen, dass sich die Zusammensetzung der Erträge nur geringfügig verändert. Die Steuererträge bleiben dabei die wesentliche Grundlage der Ertragsseite.

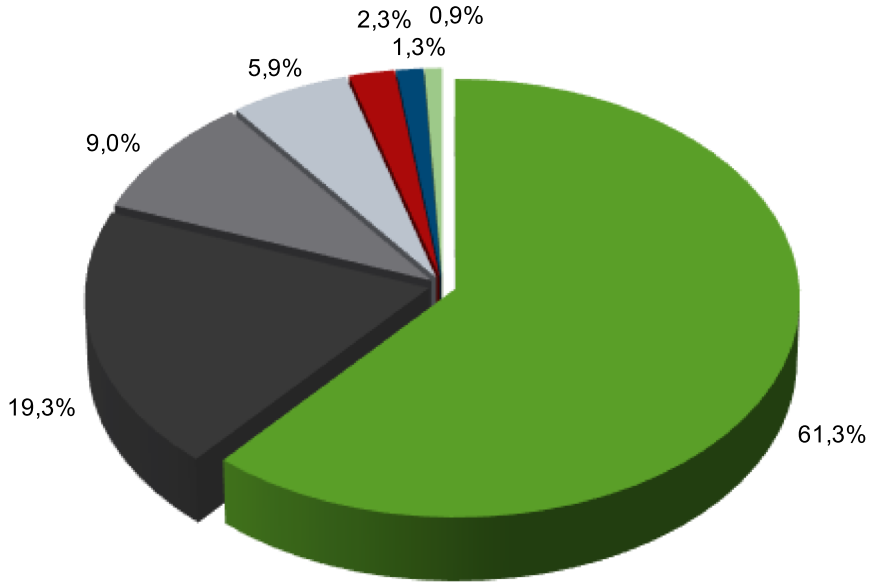
Auf der Aufwandsseite zeigt sich insbesondere eine zunehmende Bedeutung der Personalaufwendungen. Damit gewinnt der Personalaufwand innerhalb der Aufwandsstruktur weiter an Gewicht. Auch die Sach- und Dienstleistungsintensität steigt und unterstreicht die zunehmende Belastung durch laufende Aufwendungen. Die Transferaufwendungen bleiben trotz der gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Transferaufwandsquote ein wesentlicher Bestandteil der Aufwandsstruktur. Die rückläufige Transferaufwandsquote ist dabei nicht mit einer Entlastung bei den Transferaufwendungen gleichzusetzen. Vielmehr wächst der Gesamtumfang der ordentlichen Aufwendungen stärker als die Transferaufwendungen, sodass deren relativer Anteil zurückgeht.

Insgesamt verdeutlichen die Kennzahlen damit, dass insbesondere die Personal- und Sachaufwendungen zunehmend auf die laufende Aufwandsstruktur einwirken, während sich die Ertragsstruktur nur begrenzt verändert. Dies trägt zur weiterhin angespannten Ergebnissituation bei und bestätigt die bereits dargestellte strukturelle Unterdeckung des Ergebnishaushalts.

4.4 Ergebnisplanung

4.4.1 Erträge

4.4.1.1 Ertragsstruktur



- Steuern u. ähnliche Abgaben 166,3 Mio. €
- Zuwendungen u. allg. Umlagen 52,5 Mio. €
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 24,4 Mio. €
- Kostenerstattungen 15,9 Mio. €
- Sonstige ordentliche Erträge 6,1 Mio. €
- Finanzerträge 3,6 Mio. €
- Sonstige 2,4 Mio. €

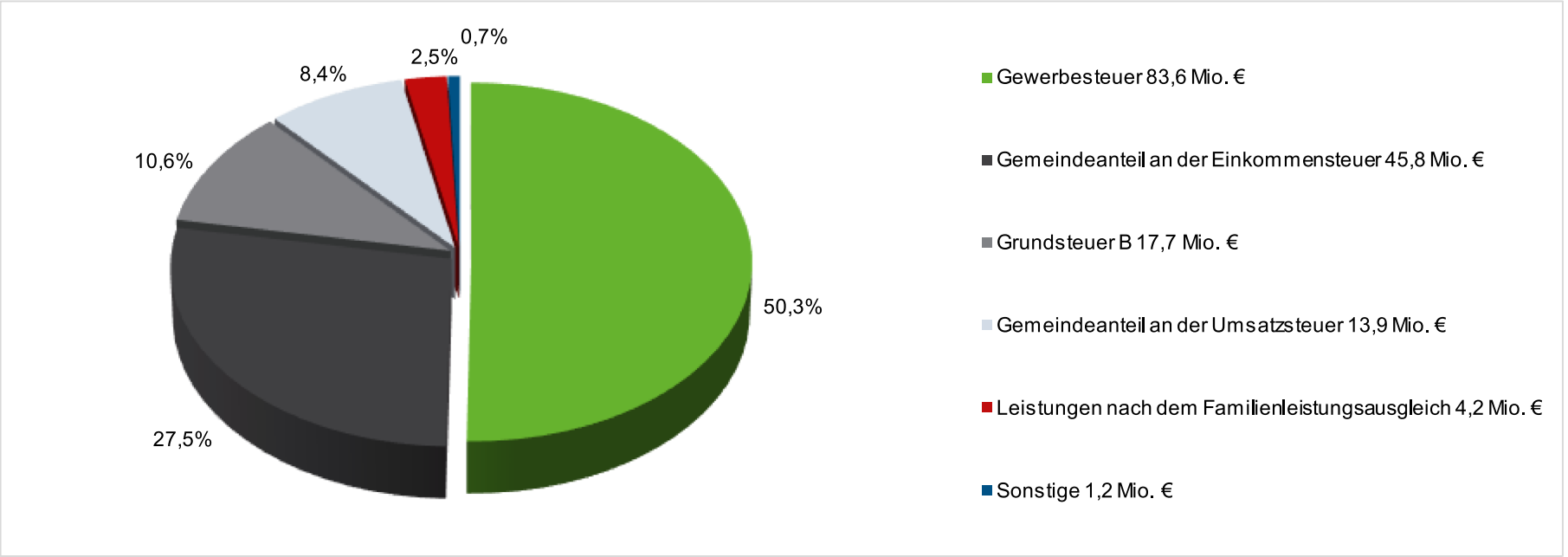
Entwicklung der Erträge

Ergebnis 2025	Plan 2026	Plan 2027	Abw. 2026- 2027
267.634.090,99 €	267.639.000,00 €	271.186.000,00 €	+3.547.000 €

Im Folgenden werden die wesentlichen Ertragspositionen detailliert erläutert.

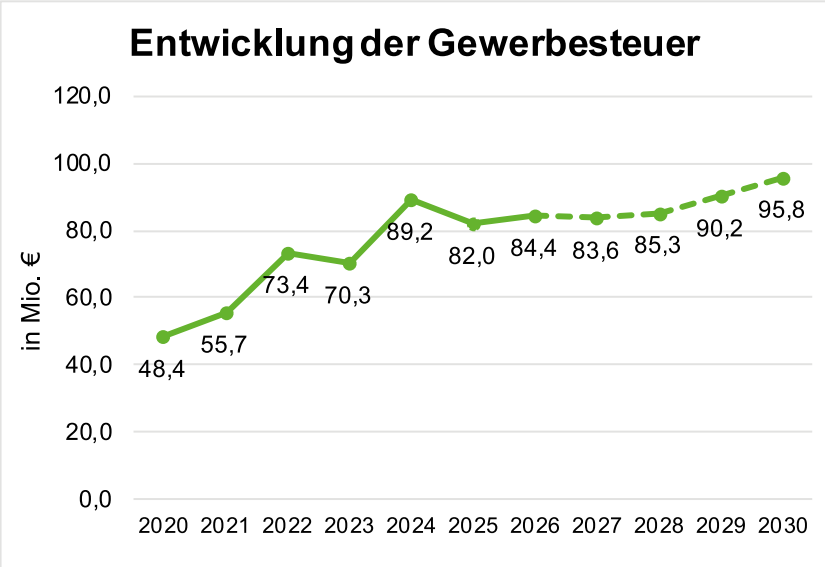
4.4.1.2 Erläuterung der wesentlichen Erträge

4.4.1.2.1 Steuern und ähnliche Abgaben 166.337.000 € (161.446.000 €)



Die wesentlichen Steuererträge werden im Folgenden erläutert.

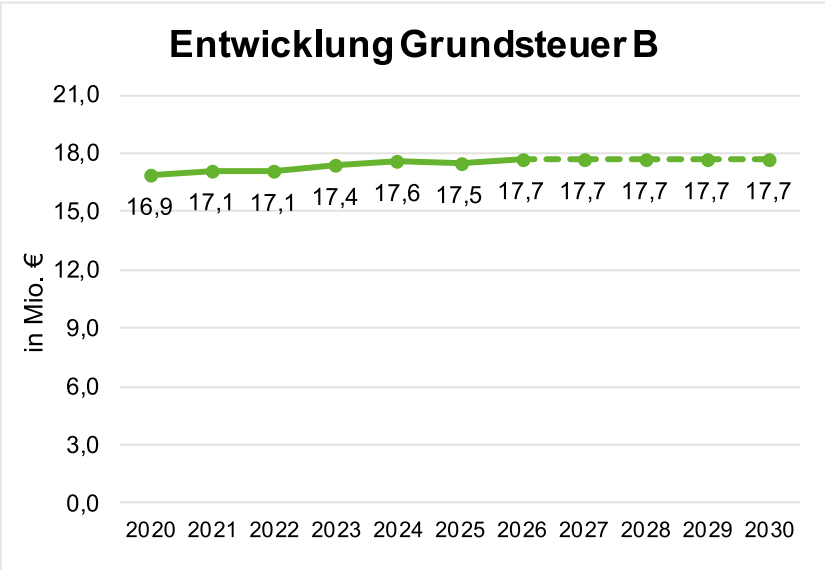
Gewerbesteuer **83.640.000 €**



Die Gewerbesteuer stellt weiterhin eine wesentliche Säule der Ertragsseite der Stadt Bocholt dar. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt jedoch Schwankungen und damit eine nur eingeschränkt verlässliche Prognose. Nach dem hohen Gewerbesteueraufkommen im Jahr 2024 ist 2025 zunächst ein Rückgang zu verzeichnen. Für die Folgejahre wird wieder eine positive Entwicklung erwartet, die sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung fortsetzt.

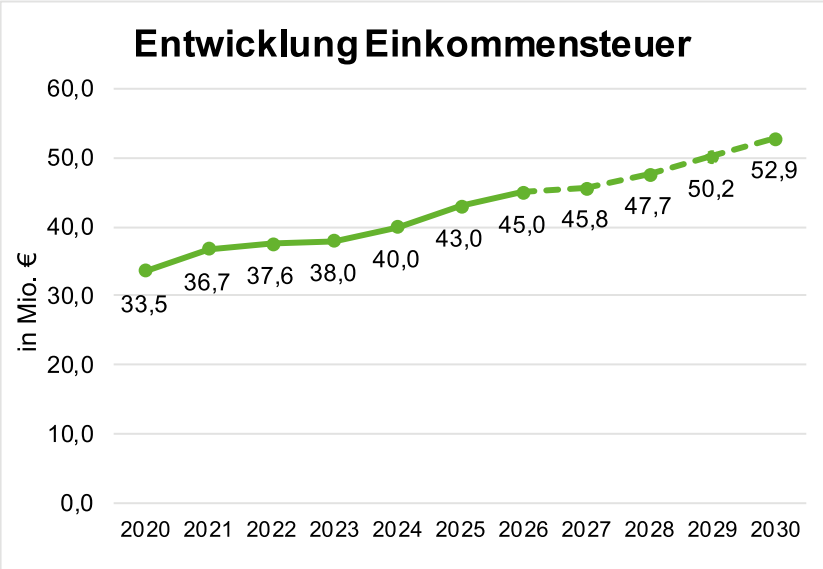
Die Planung der Gewerbesteuererträge berücksichtigt die bisherigen Entwicklungen, die aktuelle Steuerschätzung sowie die örtlichen Rahmenbedingungen. Aufgrund ihrer Bedeutung für den städtischen Haushalt bleibt die Gewerbesteuer ein wesentlicher Einflussfaktor für die Ertrags- und Finanzlage der Stadt. Veränderungen gegenüber den Planannahmen können sich entsprechend auf die Haushaltsentwicklung auswirken.

Grundsteuer B **7.660.000 €**



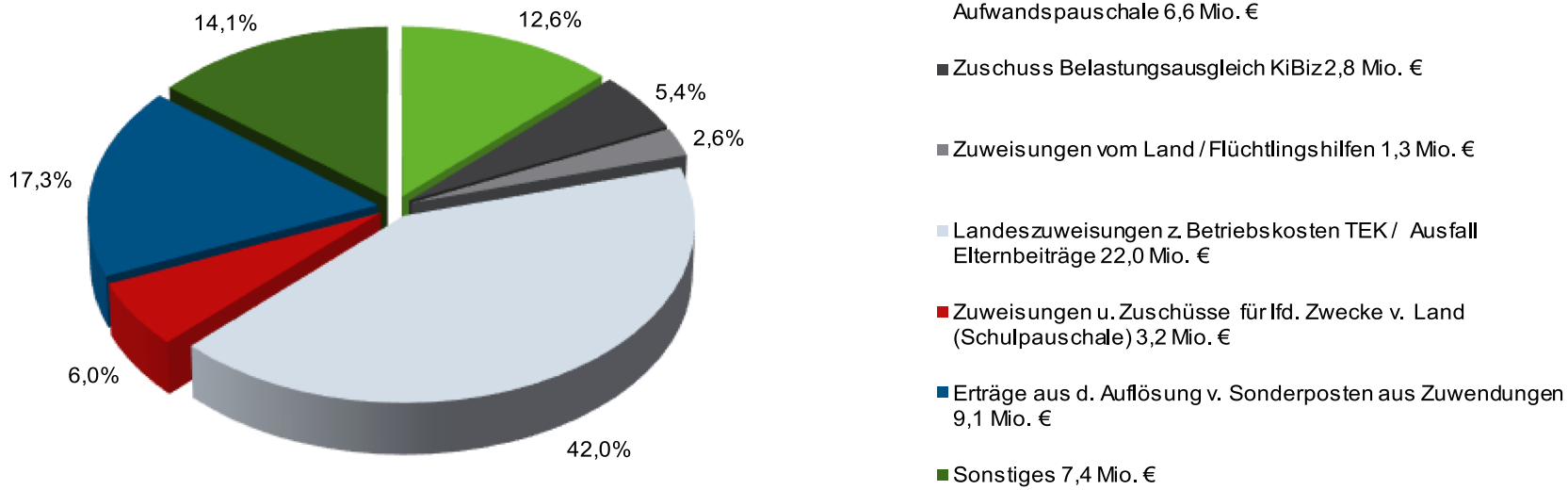
Die Grundsteuer B weist im Planungszeitraum eine weitgehend konstante Entwicklung auf und stellt damit eine verlässlich planbare Ertragsquelle dar. Im Zuge der Grundsteuerreform wurden für die Jahre 2025 und 2026 zunächst unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke festgesetzt. Mit Ratsbeschluss vom 10.06.2026 ist die Stadt Bocholt rückwirkend zum 01.01.2026 zu einem einheitlichen Hebesatz von jetzt 748 % zurückgekehrt. Die Grundsteuerreform soll grundsätzlich aufkommensneutral umgesetzt werden. Für die Folgejahre wird daher von einer weitgehend konstanten Ertragsentwicklung ausgegangen. Änderungen des Aufkommens ergeben sich im Wesentlichen aus der Entwicklung der Bemessungsgrundlagen.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer **45.757.000 €**



Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer weist über den gesamten Planungszeitraum eine kontinuierlich positive Entwicklung auf. Als wichtige und vergleichsweise stetige Ertragsquelle trägt er zur Stabilität der laufenden Erträge bei. Die Planung orientiert sich an den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung und den örtlichen Rahmenbedingungen. Anders als bei der Gewerbesteuer unterliegt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer weniger starken jährlichen Schwankungen und ist damit grundsätzlich besser prognostizierbar. Die positive Entwicklung der Folgejahre stellt einen wichtigen Beitrag zur Ertragsentwicklung dar. Gleichzeitig bleibt die Ertragsposition von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen abhängig, sodass Abweichungen von den Planannahmen Auswirkungen auf die Haushaltsentwicklung haben können.

4.4.1.2.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen 52.464.400 € (52.008.600 €)

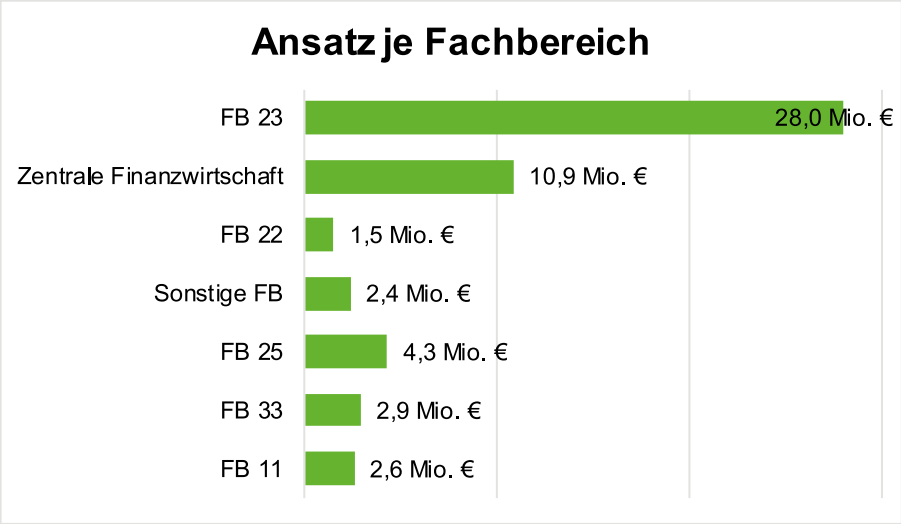


Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen bleiben eine wichtige Ertragsquelle des städtischen Haushalts. Einen wesentlichen Anteil bilden dabei die Landeszuwendungen für die Kindertageseinrichtungen. Der damit verbundene Anstieg der Erträge steht zugleich im Zusammenhang mit den steigenden Betriebskostenzuschüssen für die Kindertageseinrichtungen von 46,38 Mio. EUR auf der Aufwandsseite. Die Zuwendungen sind damit zu einem erheblichen Teil aufgabenbezogen und stehen nicht uneingeschränkt zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zur Verfügung.

Die Schlüsselzuweisungen werden für 2027 auf Grundlage der Arbeitskreisrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 veranschlagt. Für die mittelfristige Finanzplanung wird der Ansatz 2027 fortgeschrieben, da die Entwicklung aufgrund verschiedener, von der Stadt nicht beeinflussbarer Parameter nur schwer verlässlich prognostiziert werden kann.

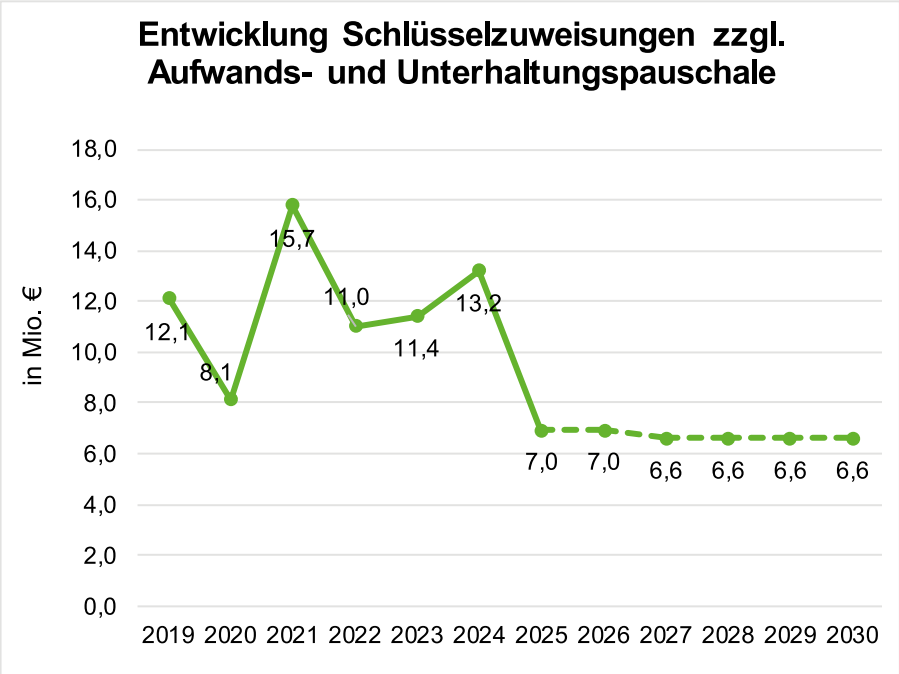
Bei den Zuwendungen für Flüchtlingshilfen wird aufgrund der erwarteten rückläufigen Flüchtlingszahlen und damit verbundener geringerer Zuweisungen von einer niedrigeren Entwicklung ausgegangen. Einen weiteren wesentlichen Bestandteil bilden die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen. Diese sind nicht zahlungswirksam und wirken sich daher zwar auf das Jahresergebnis, nicht jedoch unmittelbar auf die Liquidität aus.

Insgesamt zeigt sich damit, dass die Entwicklung der Zuwendungen wesentlich durch gesetzliche bzw. externe Rahmenbedingungen und die Aufgabenentwicklung bestimmt wird und nur begrenzt durch die Stadt selbst gesteuert werden kann.



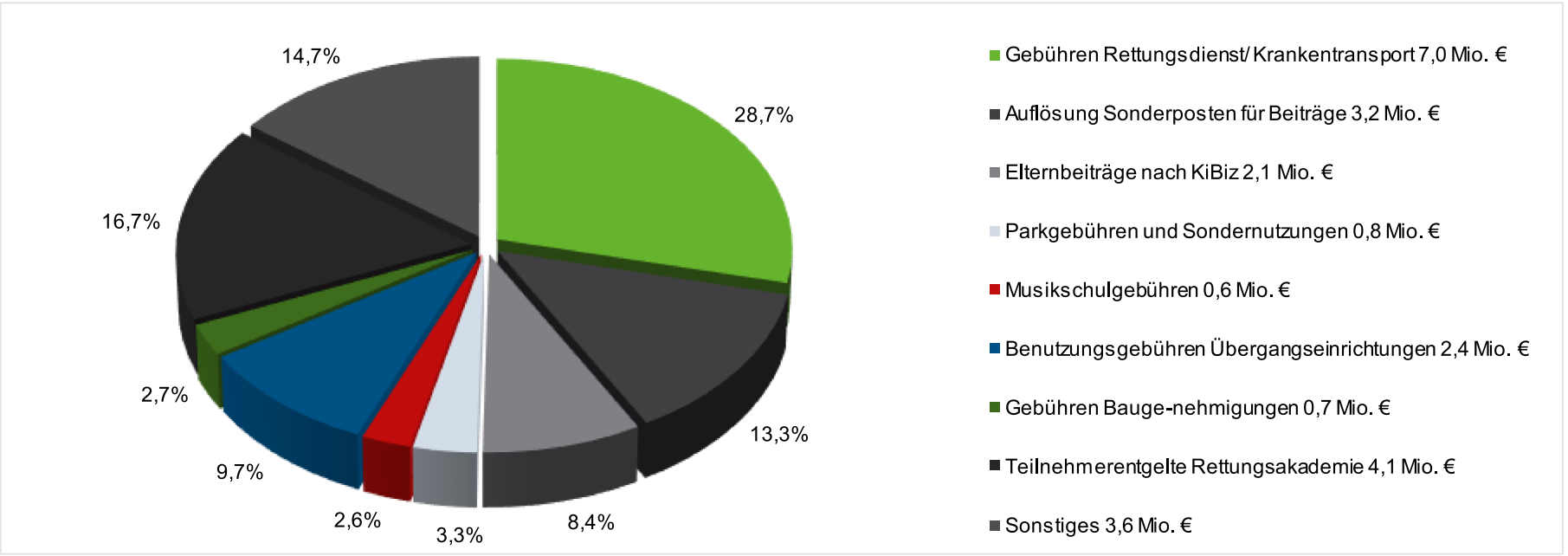
Die Verteilung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen auf die Fachbereiche zeigt einen deutlichen Schwerpunkt im Fachbereich 23. Dies steht insbesondere im Zusammenhang mit den Landeszuweisungen für die Kindertageseinrichtungen und den damit verbundenen aufgabenbezogenen Erträgen. Weitere wesentliche Anteile entfallen auf die Zentrale Finanzwirtschaft sowie weitere Fachbereiche. Die Darstellung verdeutlicht damit, dass ein erheblicher Teil der Zuwendungen unmittelbar mit der Finanzierung bestimmter kommunaler Aufgaben verbunden ist und nicht uneingeschränkt zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zur Verfügung steht.

Schlüsselzuweisungen zzgl. Aufwands- u. Unterhaltungspauschale 6.632.000 €



Die Schlüsselzuweisungen stellen eine wesentliche, jedoch nur begrenzt beeinflussbare Ertragsposition des städtischen Haushalts dar. Für das Haushaltsjahr 2027 wird der Ansatz auf Grundlage der Arbeitskreisrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 veranschlagt. Für die mittelfristige Finanzplanung wird dieser Ansatz fortgeschrieben. Eine weitergehende Prognose ist nur eingeschränkt möglich, da die Höhe der Schlüsselzuweisungen von verschiedenen Parametern des kommunalen Finanzausgleichs abhängt, die von der Stadt nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen ist daher mit entsprechenden Unsicherheiten verbunden und kann sich bei Veränderungen der zugrunde liegenden Rahmenbedingungen auf die Ertragslage der Stadt auswirken.

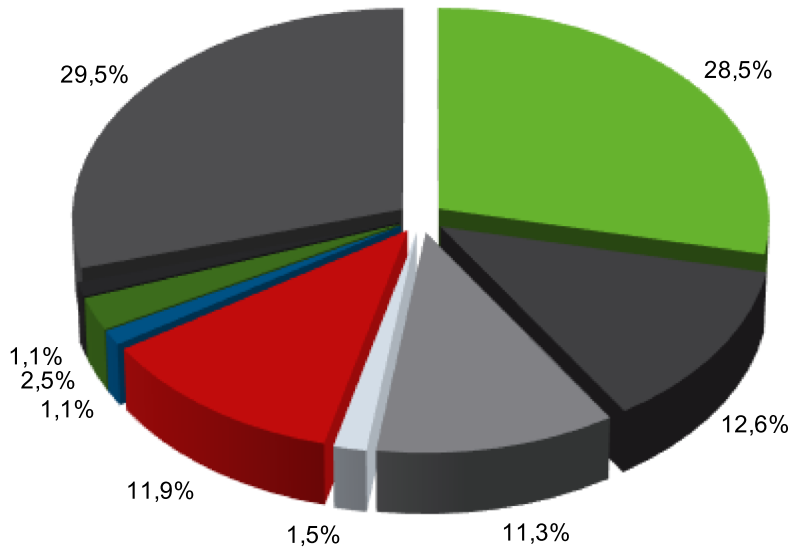
4.4.1.2.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 24.407.500 € (24.648.400 €)



Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte stellen eine wichtige Ertragsposition des städtischen Haushalts dar. Einen wesentlichen Anteil bilden die Gebühren für den Rettungsdienst und Krankentransport. Mit der Neukalkulation der Gebühren für 2026 wurden die Gebühren für die Rettungsmittel angehoben. Aufgrund der derzeit noch nicht abschließend geklärten Finanzierungsrisiken im Zusammenhang mit Fehlfahrten wurde der Planansatz für die Gebührenerträge im Rettungsdienst für 2027 vorsichtig veranschlagt. Die weitere Entwicklung hängt insbesondere von den derzeit laufenden Abstimmungen mit den Krankenkassen zur Gebührenkalkulation und der Finanzierung der Leerfahrten ab.

Daneben bilden die Teilnehmerentgelte der Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie sowie weitere Benutzungsgebühren wesentliche Bestandteile der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte. Für die Übergangseinrichtungen wird aufgrund der prognostizierten geringeren Belegungszahlen von rückläufigen Erträgen ausgegangen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge bleiben demgegenüber weitgehend konstant. Diese sind nicht zahlungswirksam und haben daher keinen unmittelbaren Einfluss auf die Liquidität.

4.4.1.2.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen 15.931.100 € (13.717.400 €)



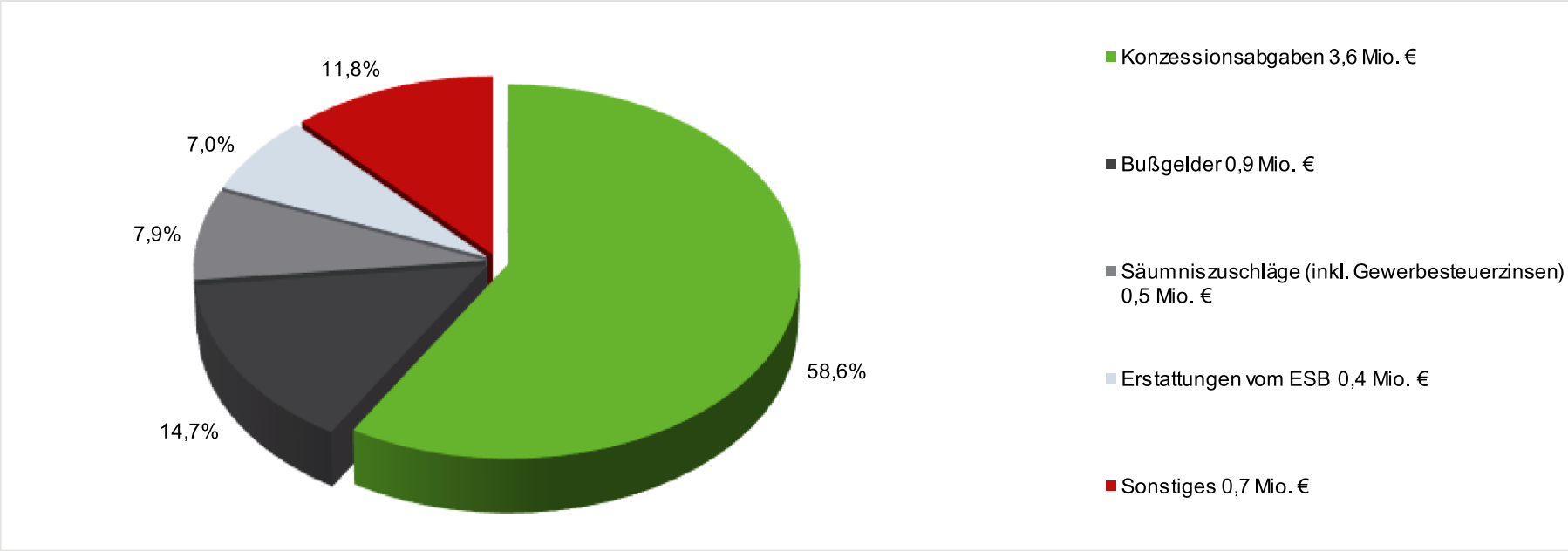
- Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II 4,5 Mio. €
- Erstattung von Gemeinden für UMA 2,0 Mio. €
- Erstattungen für Vollzeitpflege 1,8 Mio. €
- Belastungsausgleich Landeskinderschutzgesetz 0,2 Mio. €
- Unterhaltserstattungen vom Land 1,9 Mio. €
- Kostenerstattungen von der TEB 0,2 Mio. €
- Erstattungen von Gemeinden für Hilfen zur Erziehung 0,4 Mio. €
- Erstattungen Isselburg für Musikschule 0,2 Mio. €
- Sonstige 4,7 Mio. €

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen umfassen insbesondere Erstattungen für kommunale Leistungen im sozialen Bereich. Einen wesentlichen Anteil bilden die Erstattungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Die Entwicklung des Ansatzes für 2027 steht insbesondere im Zusammenhang mit zusätzlichen Projektstellen im Jobcenter. Darüber hinaus wirkt sich eine veränderte Buchungssystematik auf die Veranschlagung aus.

Die Erstattungen von Gemeinden für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) sowie für die Vollzeitpflege werden an die aktuelle Fallzahlentwicklung und die erhöhten Leistungsentgelte angepasst, die der Stadt Bocholt zu erstatten sind. Auch bei den Unterhaltserstattungen vom Land werden die aktuelle Fallzahlentwicklung sowie die erhöhten UVG-Sätze berücksichtigt.

Insgesamt wird die Entwicklung der Kostenerstattungen damit insbesondere durch die Aufgaben- und Fallzahlentwicklung im sozialen Bereich sowie die Höhe der jeweils zugrunde liegenden Leistungsentgelte und Erstattungssätze bestimmt.

4.4.1.2.5 Sonstige ordentliche Erträge 6.105.000 € (9.476.300 €)

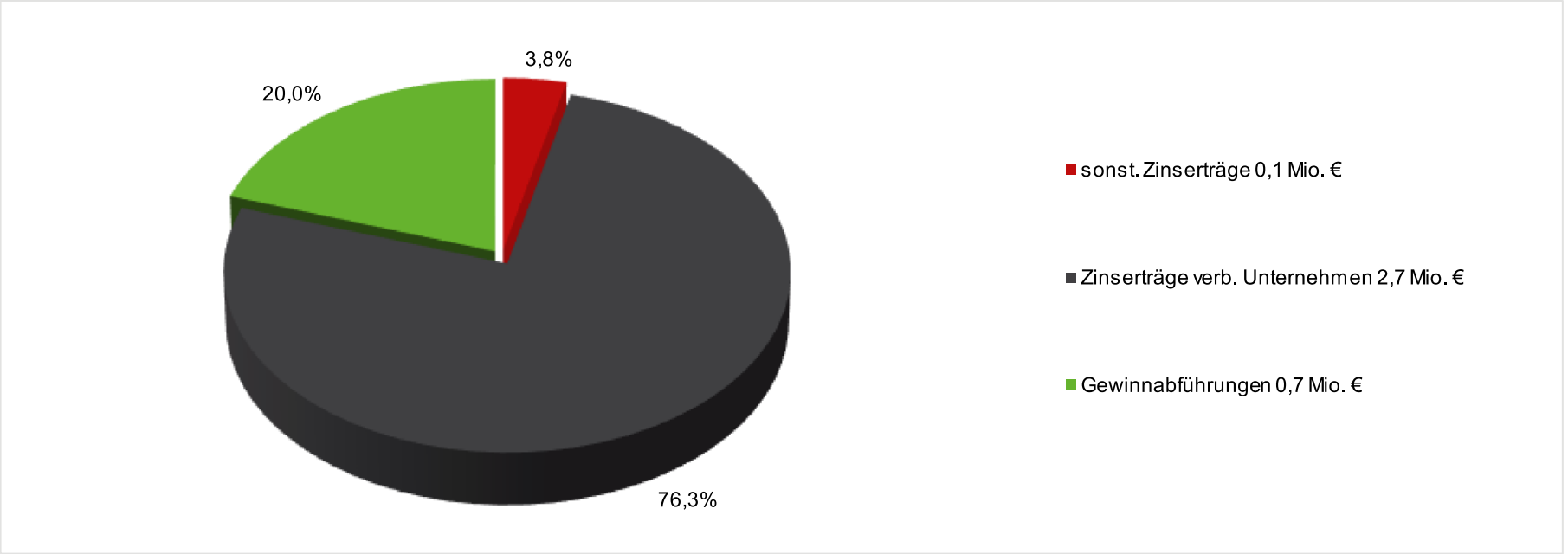


Die Konzessionsabgaben stellen weiterhin die bedeutendste Position innerhalb der sonstigen ordentlichen Erträge dar. Die Veranschlagung für 2027 erfolgt auf Grundlage der Ist-Zahlen des Vorjahres und berücksichtigt damit die bisherige Entwicklung dieser Ertragsposition.

Eine wesentliche Veränderung ergibt sich bei den Erträgen aus der Pensionsrückdeckungsversicherung. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 10.06.2026 zur Neuausrichtung des Zielkonzeptes zur Vorsorge der zukünftigen Pensionslasten nach dem Drei-Säulen-Modell wird die bisherige Pensionsrückdeckungsversicherung aufgelöst. Die daraus in den Vorjahren resultierenden Erträge sind daher für 2027 nicht mehr veranschlagt. Dies trägt wesentlich zum Rückgang der sonstigen ordentlichen Erträge gegenüber den Vorjahren bei.

Die weiteren Ertragspositionen, insbesondere Bußgelder, Säumniszuschläge und Gewerbesteuerzinsen sowie Erstattungen, werden auf Grundlage der bisherigen Entwicklung beziehungsweise der erwarteten Erträge veranschlagt.

4.4.1.2.6 Finanzerträge **3.588.300 € (4.169.700 €)**



Die Finanzerträge werden im Wesentlichen durch Zinserträge aus verbundenen Unternehmen und Gewinnabführungen geprägt. Bei den Zinserträgen handelt es sich insbesondere um Zinsen aus Weiterleitungsdarlehen. Da im Jahr 2026 ein Teil dieser Darlehen ausgelaufen ist und für diese keine Weiterführung als Weiterleitungsdarlehen prognostiziert wurde, fallen die erwarteten Zinserträge im Haushaltsjahr 2027 entsprechend geringer aus.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts ist seitens der stadtwerker Unternehmensgruppe GmbH zunächst keine Gewinnausschüttung eingeplant. Nach ersten Gesprächen soll im weiteren Verfahren jedoch noch eine Gewinnausschüttung berücksichtigt werden. Eine entsprechende Anpassung der Haushaltsansätze soll auf Grundlage der Wirtschaftsplanung der stadtwerker Unternehmensgruppe GmbH nach der Einbringung des Haushalts über die Änderungsliste erfolgen.

Die sonstigen Zinserträge werden insbesondere durch Zinsen aus Weiterleitungsdarlehen bestimmt. Insgesamt ist die Entwicklung der Finanzerträge damit insbesondere von den Ergebnissen der verbundenen Unternehmen sowie der Entwicklung des Darlehensbestands abhängig.

4.4.1.2.7 Sonstige 2.352.700 € (2.172.600 €)

Die übrigen „sonstigen Erträge“ setzen sich aus drei Positionen zusammen.

- **Sonstige Transfererträge** **960.000 €**

  Der Hauptteil der sonstigen Transfererträge in Höhe von 862.000 EUR betrifft den Fachbereich 23 mit Ansätzen u.a. für die Leistungen von Sozialleistungsträgern (380.000 EUR) und übergeleiteten Unterhaltsansprüchen (265.000 EUR).

- **Privatrechtliche Leistungsentgelte** **937.700 €**

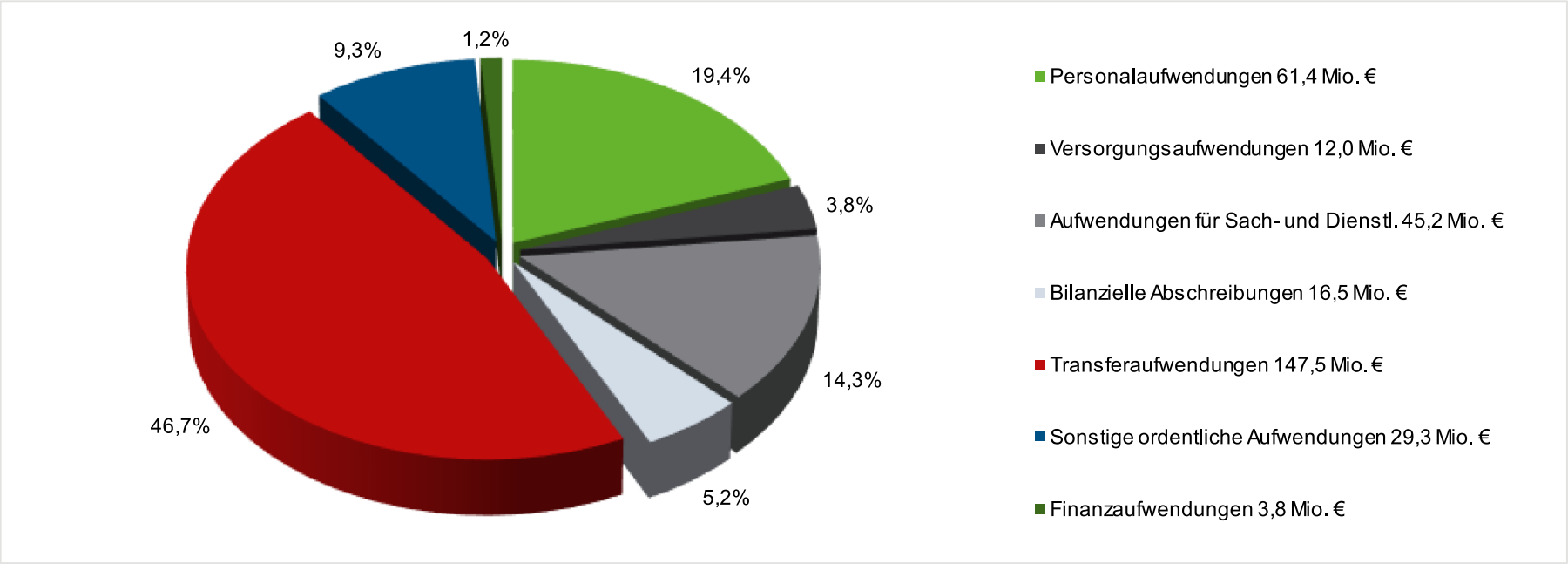
  Die privatrechtlichen Leistungsentgelte setzen sich hauptsächlich aus Mieten und Pachten von Dritten zusammen, die grundsätzlich beim Fachbereich 31 und 32 veranschlagt werden. Hierfür werden 506.500 EUR beim Fachbereich 31 und 295.600 EUR beim Fachbereich 32 eingeplant.

- **Aktivierte Eigenleistungen** **455.000 €**

  Aktivierte Eigenleistungen stellen Herstellungskosten für Vermögensgegenstände dar, die die Gemeinde selbst erbracht hat. In der Hauptsache handelt es sich hier um Planungsleistungen im Fachbereich 33 für den Neubau von Straßen oder anderen Verkehrseinrichtungen. Sie werden als Ertrag gebucht und unter dieser Position separat ausgewiesen. Sie erhöhen den Wert der Vermögensgegenstände der Bilanz. Über die jährliche Abschreibung entstehen anschließend entsprechend hohe Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

4.4.2 Aufwendungen

4.4.2.1 Aufwandsstruktur



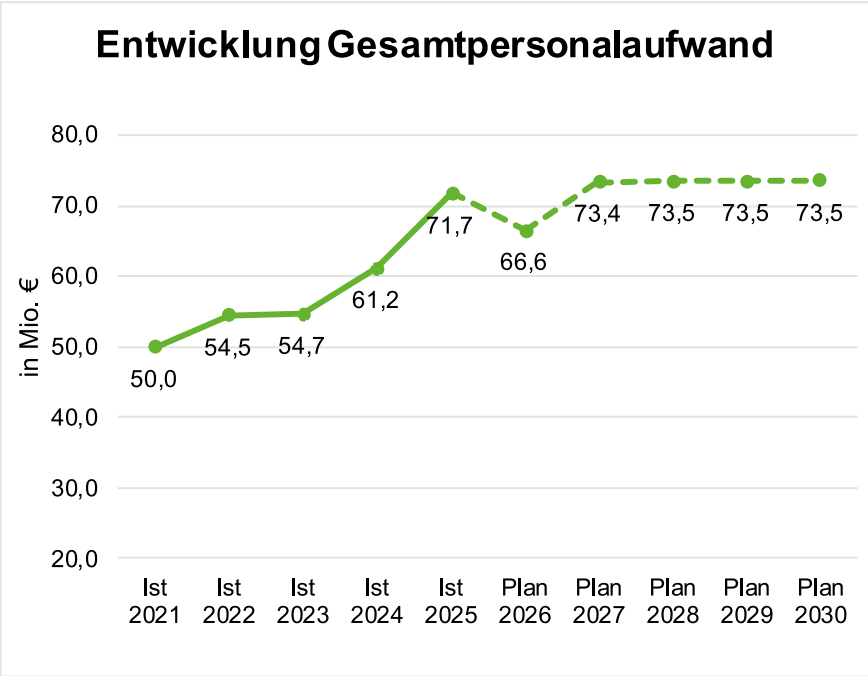
Entwicklung der Aufwendungen

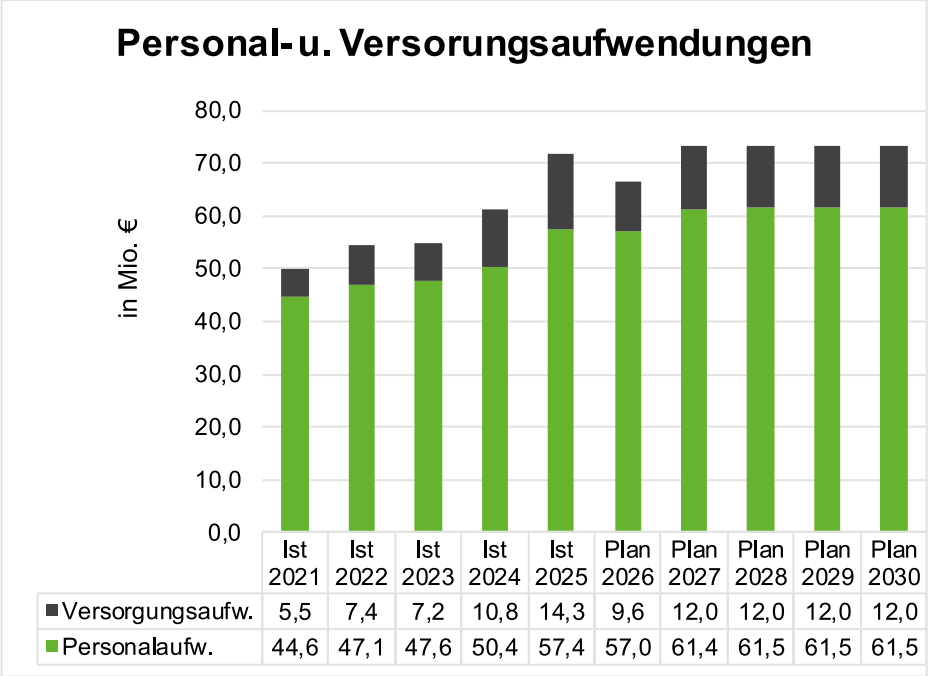
Ergebnis 2025	Plan 2026	Plan 2027	Abw. 2026-2027
267.634.090,99 €	302.794.300,00 €	**315.842.300,00 €**	+13.048.000,00 €

Im Folgenden werden die wesentlichen Aufwandspositionen detailliert erläutert.

4.4.2.2 Erläuterungen der wesentlichen Aufwendungen

4.4.2.2.1 Personal- und Versorgungsaufwendungen 61.421.700 € (56.984.600 €) / 11.998.800 € (9.602.000 €)





	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023	Ist 2024	Ist 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030
Versorgungsaufw.	5,5	7,4	7,2	10,8	14,3	9,6	12,0	12,0	12,0	12,0
Personalaufw.	44,6	47,1	47,6	50,4	57,4	57,0	61,4	61,5	61,5	61,5

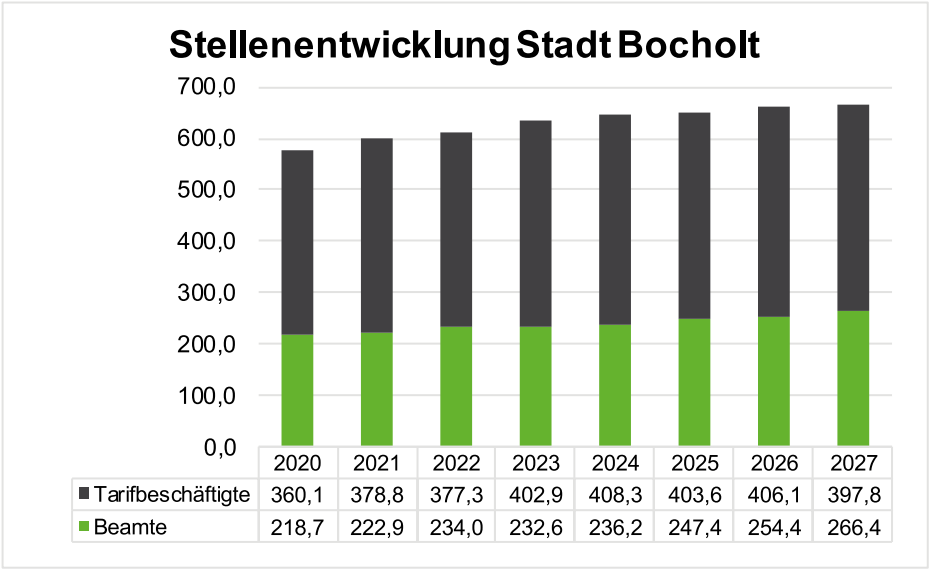
Die Personal- und Versorgungsaufwendungen stellen einen wesentlichen Bestandteil der laufenden Aufwendungen der Stadt Bocholt dar. Ihre Entwicklung wird neben der Stellenentwicklung insbesondere durch tarifliche und gesetzliche Besoldungs- und Entgeltanpassungen sowie die Aufwendungen für Versorgung und Beihilfe bestimmt.

Für das Haushaltsjahr 2027 wird bei den Beamtinnen und Beamten die von der Landesregierung in Aussicht gestellte Besoldungs- und Versorgungserhöhung von 3,36 % ab dem 01.01.2027 sowie eine weitere Erhöhung um 2 % ab dem 01.03.2027 berücksichtigt. Für die Tarifbeschäftigten wird eine Entgeltsteigerung von 3 % ab dem 01.04.2027 eingeplant.

Die Planung der Pensions- und Beihilferückstellungen basiert auf dem Heubeck-Gutachten aus dem letzten Jahresabschluss. Die dort berücksichtigten Besoldungserhöhungen werden auch der Haushaltsplanung zugrunde gelegt.

Veränderungen wesentlicher Positionen im Personalbereich			
Aufwandsposition	**2026**	**2027**	**Veränderung**
Beamtenbesoldung	15.427.200 €	16.442.400 €	+1.015.200 €
Entgelte Tarifbeschäftigte	27.467.300 €	28.892.400 €	+1.425.100 €
Tatsächliche Pensionszahlungen	7.725.400 €	8.145.200 €	+419.800 €
Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen für Beschäftigte	5.156.400 €	6.561.200 €	+1.404.800 €

Ursächlich für die Steigerungen der Beamtenbesoldungen und Tarifentgelte sind die gesetzlichen bzw. tariflichen Entgelt- und Besoldungserhöhungen sowie Stellenmehrungen. Bei den Versorgungsaufwendungen wirken sich insbesondere die Entwicklung der tatsächlichen Pensionszahlungen und der Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen aus. Die nebenstehende Grafik zeigt mit der Stellenplanentwicklung für die letzten Jahre und der Jahre 2025/2026, dass seit dem Jahr 2019 kontinuierliche Stellensteigerungen zu verzeichnen sind.

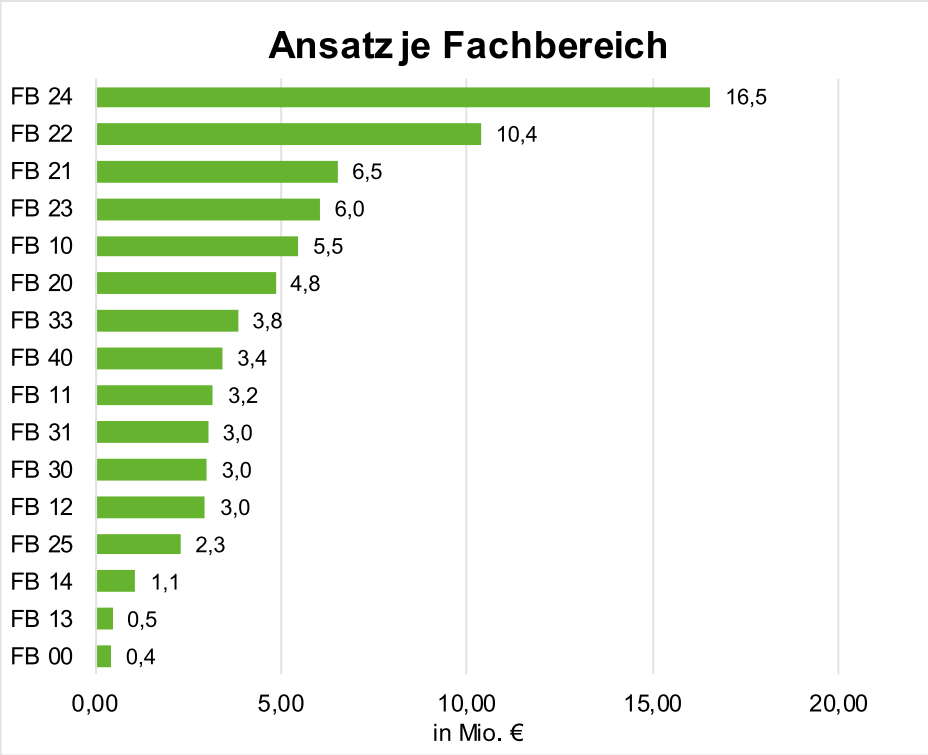


	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Tarifbeschäftigte	360,1	378,8	377,3	402,9	408,3	403,6	406,1	397,8
Beamte	218,7	222,9	234,0	232,6	236,2	247,4	254,4	266,4

Die nebenstehende Grafik zeigt mit der Stellenplanentwicklung für die letzten Jahre und für das Jahr 2027, dass seit dem Jahr 2020 kontinuierliche Stellensteigerungen zu verzeichnen sind

Stellenplan 2026 inkl. Nachtrag	**660,4 Stellen**
Zusätzliche Stellen 2027	**2,0 Stellen**
Stellenverschiebung	**1,7 Stellen**
Stellenplan 2027	**664,2 Stellen**

In der Gesamtbetrachtung wird die Stellenanzahl in 2027 um 2 Stellen erhöht und bei weiteren 1,7 Stellen findet eine Stellenverschiebung statt. Insgesamt ergibt sich eine Verschiebung zwischen den Beamtenstellen (+12,0) und den Tarifbeschäftigtenstellen (-8,3).



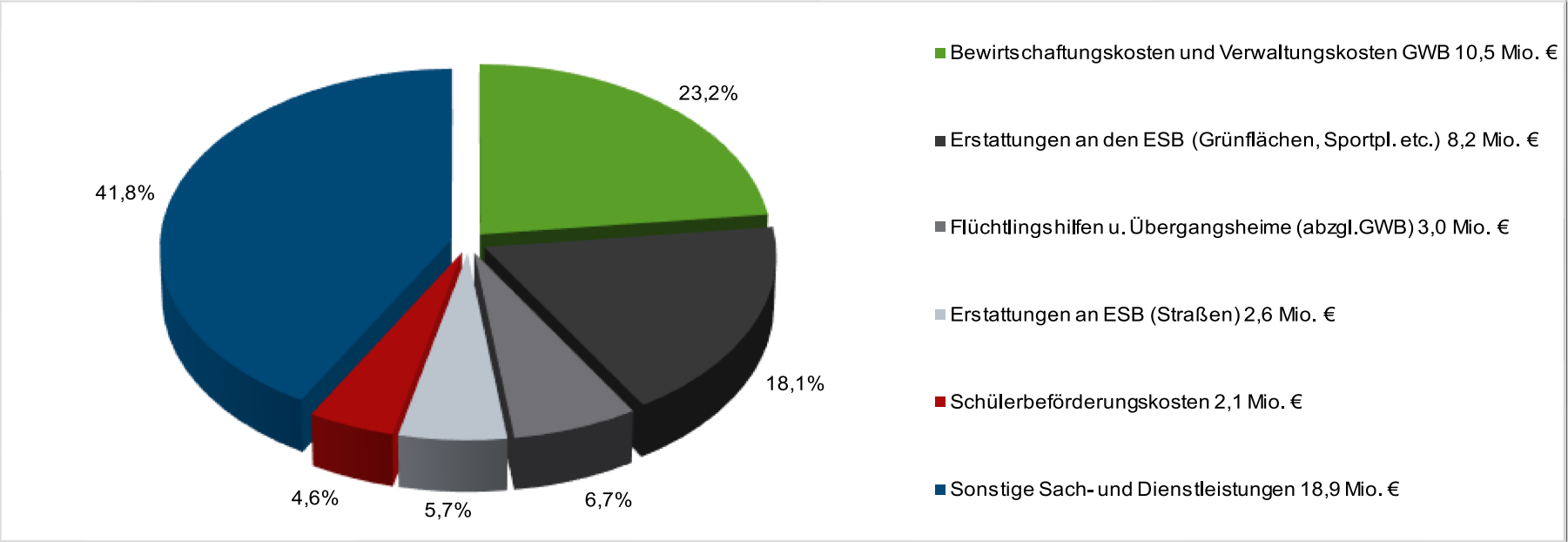
Die Verteilung der Personal- und Versorgungsaufwendungen auf die Fachbereiche verdeutlicht, dass insbesondere personalintensive Aufgabenbereiche einen wesentlichen Anteil an den Gesamtaufwendungen ausmachen. Die höchsten Aufwendungen entfallen weiterhin auf den Fachbereich Feuerwehr.

Auch in den weiteren Fachbereichen stellen Personal- und Versorgungsaufwendungen einen wesentlichen Kostenfaktor dar.

Für die mittelfristige Finanzplanung wird davon ausgegangen, dass die Personalaufwendungen auf einem weitgehend stabilen Niveau gehalten werden können. Grundlage hierfür sind insbesondere die fortschreitende Digitalisierung und Prozessoptimierung sowie eine strategische Nachbesetzung frei werdender Stellen. Frei werdende Stellen sollen zunächst hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs geprüft werden.

Darüber hinaus sollen weiterhin insbesondere Stellenbedarfsmessungen, mögliche Aufgabenverlagerungen sowie Potenziale zur Optimierung von Verwaltungsprozessen berücksichtigt werden. Ziel ist es, den Personalbedarf bedarfsgerecht zu entwickeln und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

4.4.2.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 45.235.000 € (42.102.200 €)

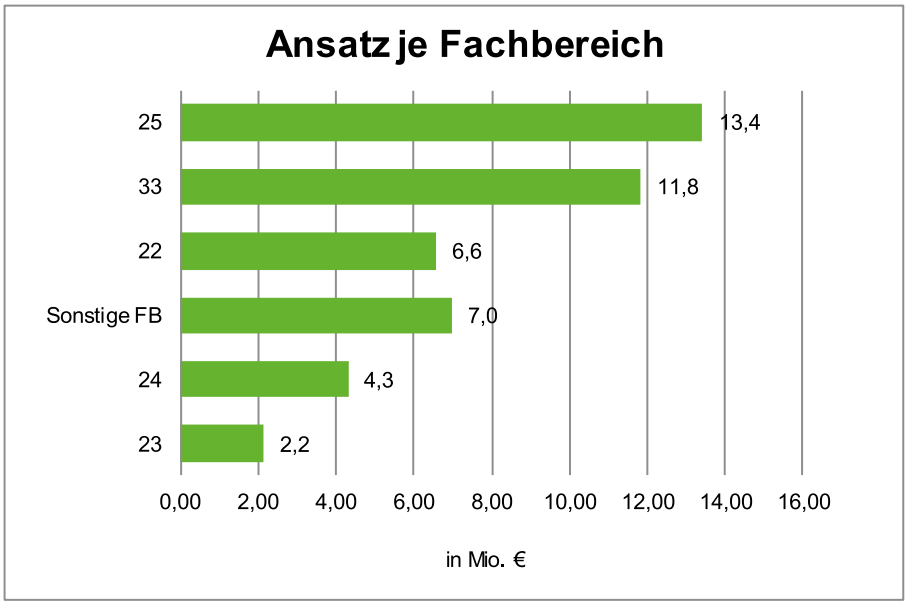


Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen setzen sich aus einer Vielzahl von Positionen zusammen, die sich über alle städtischen Produkte verteilen. Dazu gehören unter anderem Bewirtschaftungs- und Verwaltungskosten, Kosten für die Unterhaltung von Vermögen, die Schülerbeförderung sowie Erstattungen an Dritte für erbrachte Leistungen. Eine genaue Trennung der einzelnen Positionen ist schwierig, da unter dieser Kategorie unterschiedliche Sachverhalte veranschlagt und gebucht werden.

Der Planansatz für das Haushaltsjahr 2027 beträgt 45,2 Mio. EUR und liegt damit rund 3,1 Mio. EUR über dem Ansatz des Vorjahres. Maßgeblich hierfür sind insbesondere die gestiegenen Bewirtschaftungs- und Verwaltungskosten der GWB, die mit 10,5 Mio. EUR den größten Einzelposten darstellen. Die Erstattungen an den ESB für die Unterhaltung von Grünflächen, Sportplätzen und weiteren Bereichen belaufen sich auf 8,2 Mio. EUR. Für die Straßenunterhaltung sind weitere 2,6 Mio. EUR vorgesehen.

Die Aufwendungen für Flüchtlingshilfen und Übergangsheime sinken gegenüber dem Vorjahr auf 3,0 Mio. EUR. Ursächlich hierfür sind insbesondere die rückläufigen Flüchtlingszahlen sowie eine geringere Dynamik bei der Entwicklung der Aufwendungen. Die Schülerbeförderungskosten sind mit 2,1 Mio. EUR veranschlagt.

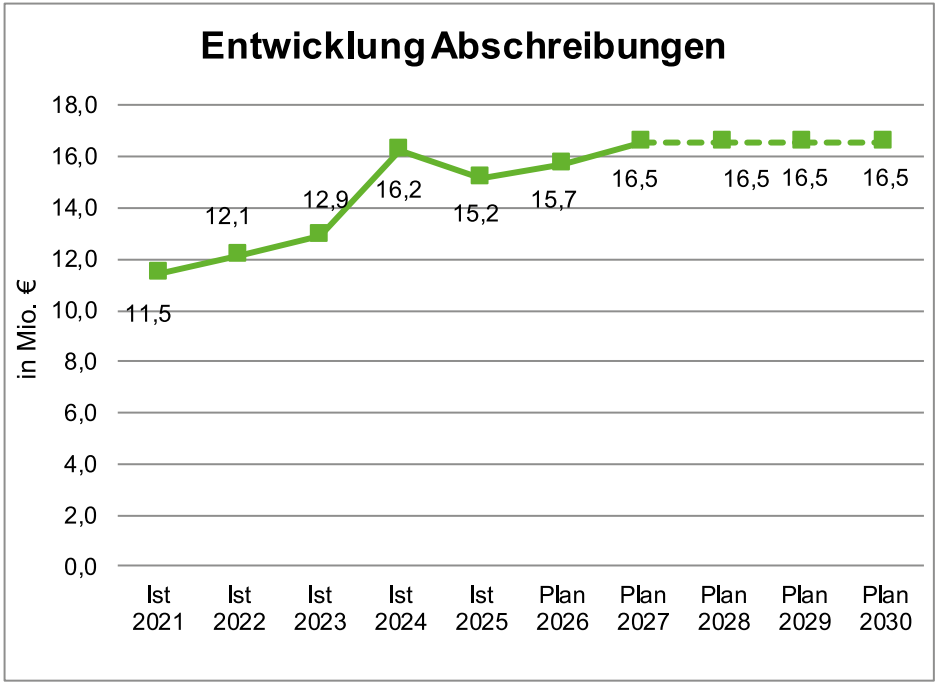
Mit 18,9 Mio. EUR entfällt weiterhin ein erheblicher Anteil auf die „Sonstigen Sach- und Dienstleistungen“. Hierunter werden verschiedene Aufwendungen zusammengefasst, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Inhalte nicht den vorgenannten Einzelpositionen zugeordnet werden können.



Den größten Anteil an den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verzeichnet der Fachbereich 25 (Schule und Sport) mit rund 13,4 Mio. EUR. Hierin enthalten sind insbesondere Bewirtschaftungskosten für die von der GWB bewirtschafteten Gebäude, vor allem für Sporthallen, sowie Aufwendungen für die Schülerbeförderung und Erstattungen an den ESB.

Der Fachbereich 33 (Mobilität und Umwelt) folgt mit einem Ansatz von rund 11,8 Mio. EUR. Dieser setzt sich insbesondere aus Erstattungen an den ESB für die Straßenunterhaltung sowie für Grünflächen und die Instandhaltung von Infrastrukturvermögen zusammen.

4.4.2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen 16.539.000 € (15.729.800 €)



Bei den bilanziellen Abschreibungen handelt es sich um die buchhalterische Erfassung des Werteverzehrs der im städtischen Eigentum befindlichen Vermögensgegenstände. Hierdurch wird der Werteverzehr des Anlagevermögens über die Nutzungsdauer im Ergebnishaushalt abgebildet.

Für das Haushaltsjahr 2027 sind bilanzielle Abschreibungen in Höhe von 16,5 Mio. EUR veranschlagt. Damit liegen die Abschreibungen über dem Ansatz des Vorjahres. In der mittelfristigen Finanzplanung wird von einer weiterhin hohen, zugleich weitgehend konstanten Abschreibungsbelastung ausgegangen.

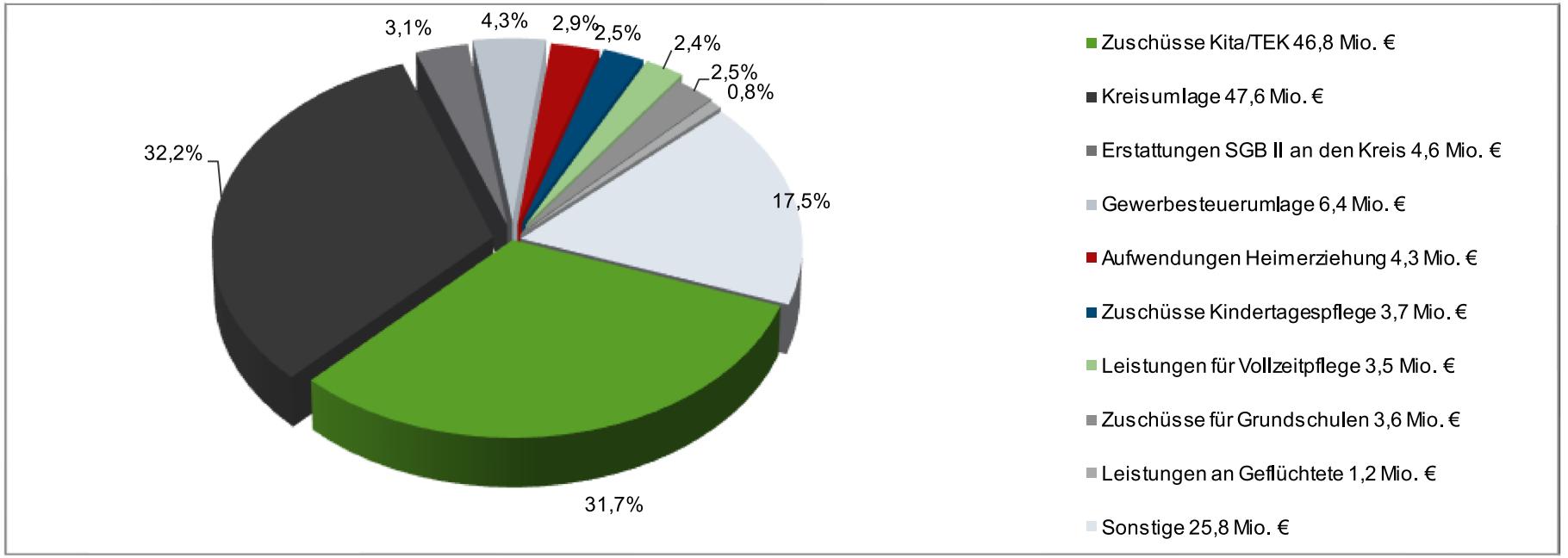
Die Entwicklung steht insbesondere im Zusammenhang mit dem vorhandenen Anlagevermögen sowie den getätigten und geplanten Investitionen. Neue Investitionen führen nach ihrer Aktivierung und über die jeweilige Nutzungsdauer zu zusätzlichen Abschreibungen und wirken sich damit auf die zukünftigen Jahresergebnisse aus.

Die bilanziellen Abschreibungen sind nicht zahlungswirksam und belasten daher nicht unmittelbar die Liquidität der Stadt. Sie stellen jedoch einen Aufwand im Ergebnishaushalt dar und sind bei der Beurteilung der dauerhaften Ertragslage und des Ressourcenverbrauchs zu berücksichtigen.

Die bilanziellen Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungen auf Sachanlagen:	14,7 Mio. EUR
Abschreibungen auf Finanzanlagen:	1,8 Mio. EUR

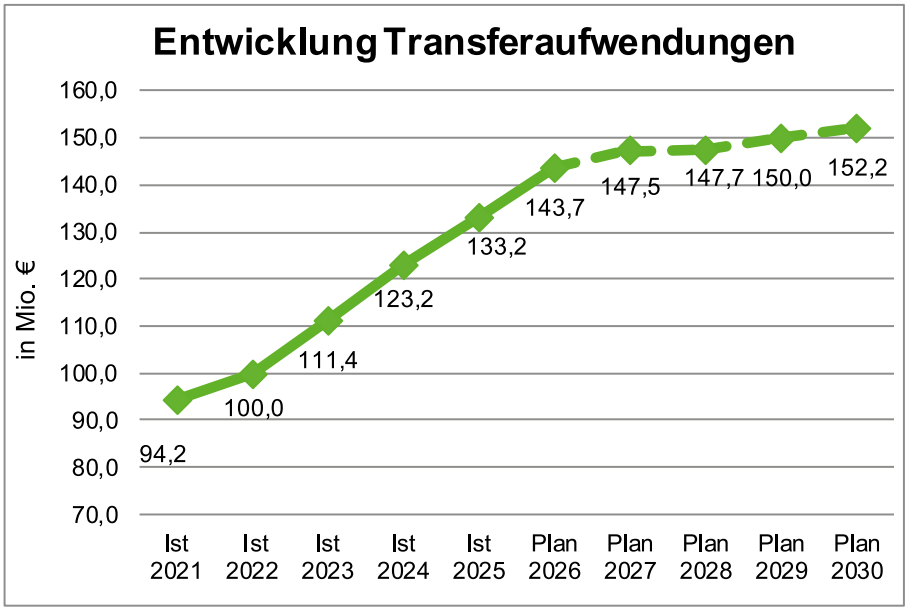
4.4.2.2.4 Transferaufwendungen 147.526.400€ (143.697.200 €)

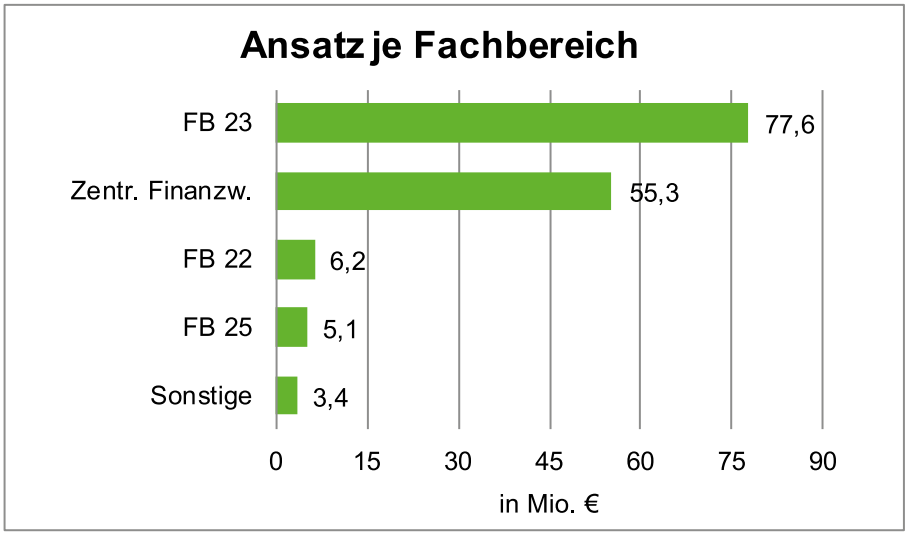


Die Transferaufwendungen stellen mit einem Ansatz von 147,5 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2027 die größte Aufwandsposition des städtischen Haushalts dar. Dies entspricht rund 47 % der gesamten Aufwendungen. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2026 mit 143,7 Mio. EUR erhöhen sich die Transferaufwendungen um rund 3,8 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Transferaufwendungen wird insbesondere durch die Kreisumlage und die Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen geprägt. Für die Kreisumlage sind im Haushaltsjahr 2027 47,6 Mio. EUR veranschlagt. Die Planung basiert auf der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung vorliegenden Arbeitskreisrechnung. Da bei der Einbringung des Haushaltsplans noch keine Plandaten des Kreises Borken vorliegen, kann sich der Ansatz im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren noch verändern. Eine entsprechende Anpassung ist gegebenenfalls im Rahmen der Änderungsliste vorzunehmen.

Mit 46,8 Mio. EUR entfällt ein weiterer wesentlicher Anteil der Transferaufwendungen auf die Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr steht insbesondere im Zusammenhang mit den steigenden Betriebskosten der Einrichtungen. Die Entwicklung der Zuschüsse folgt dabei im Wesentlichen der entsprechenden Entwicklung auf der Ertragsseite.





Weitere wesentliche Transferaufwendungen entfallen auf die Bereiche Soziales sowie Schule und Sport. Hierzu zählen in erster Linie die Erstattungen im Bereich des SGB II, Aufwendungen für Heimunterbringungen und Pflegeleistungen sowie Zuschüsse für laufende Zwecke der Grundschulen.

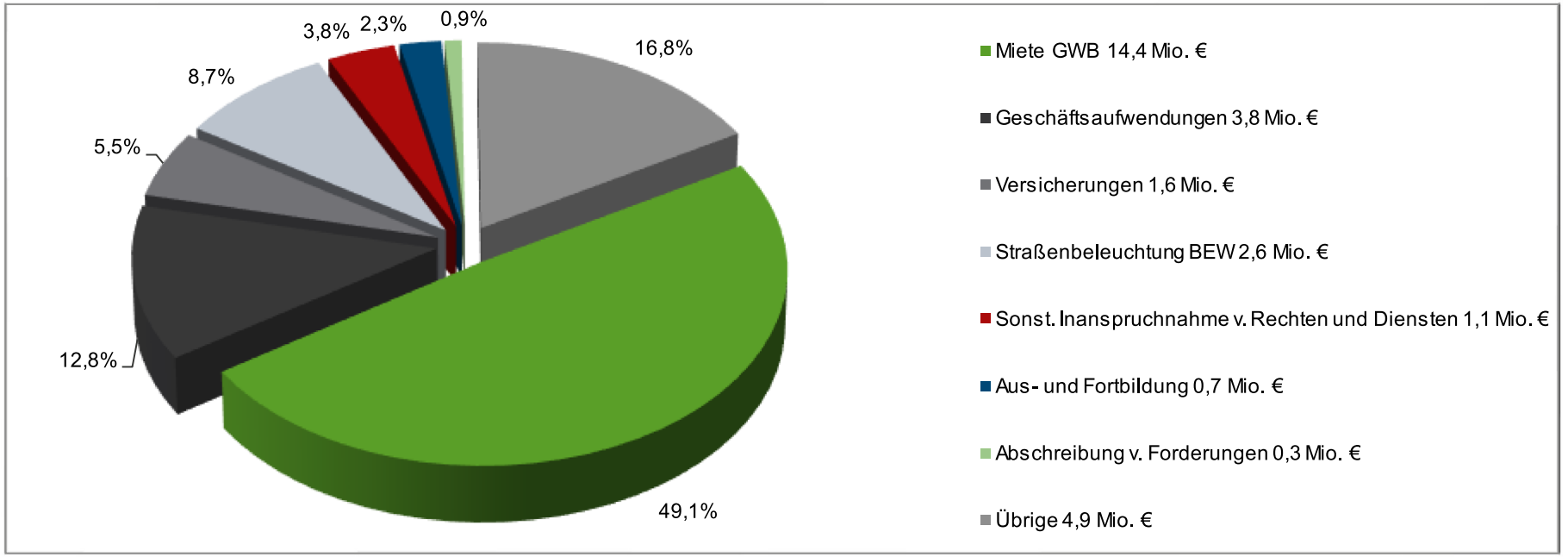
Die nebenstehende Grafik zeigt die Entwicklung der Transferaufwendungen. Nach dem deutlichen Anstieg in den vergangenen Jahren wird für 2027 ein weiterer Anstieg auf 147,5 Mio. EUR erwartet. Für die Jahre 2028 bis 2030 wird eine insgesamt weiterhin steigende Entwicklung auf 152,2 Mio. EUR prognostiziert.

2026/2027

Kreisumlage	+3,5 Mio. €
Zuschüsse Kita/TEK	+1,2 Mio. €
Soziale Leistungen an nat. Personen (Produkt Flüchtlingshilfen u. Übergangsheime)	-2,0 Mio. €
Zuschüsse für lfd. Zwecke Grundschulen	-0,2 Mio. €

Die Transferaufwendungen verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Jugend und Familie sowie die Zentrale Finanzwirtschaft. Im Bereich Jugend und Familie stehen die Finanzierung der Kindertagesbetreuung, der Kindertagespflege sowie weitere Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Vordergrund. Die Transferaufwendungen der Zentralen Finanzwirtschaft werden vor allem durch die Kreisumlage geprägt. Weitere wesentliche Aufwendungen entfallen auf die Bereiche Soziales sowie Schule und Sport.

4.4.2.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen 29.329.400 € (30.393.200 €)

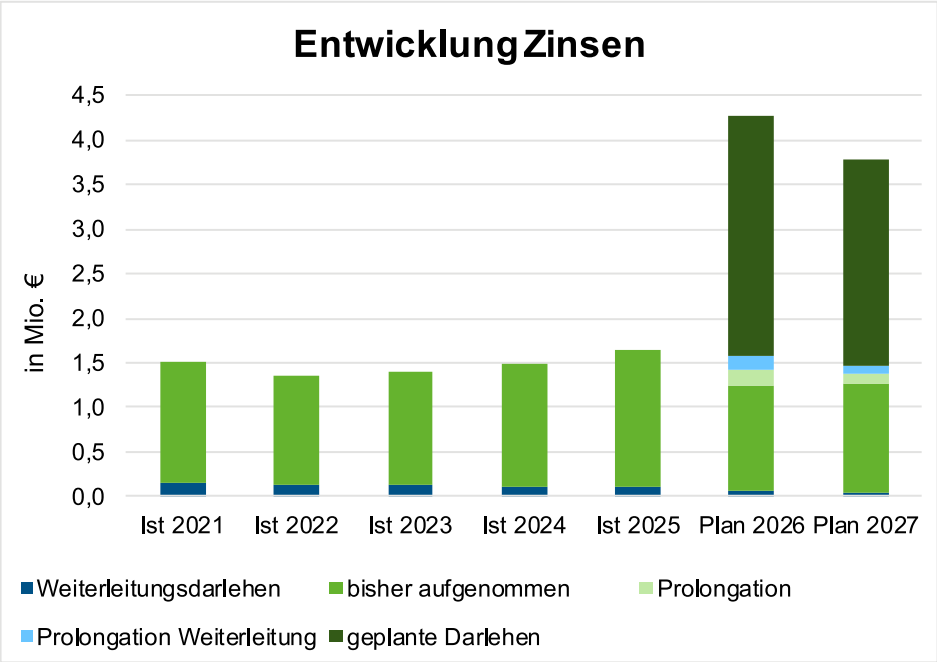


Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen umfassen eine Vielzahl unterschiedlicher Aufwandspositionen. Der Ansatz für das Haushaltsjahr 2027 beträgt rund 29,3 Mio. EUR und liegt damit rund 1,1 Mio. EUR unter dem Ansatz des Jahres 2026 (30,4 Mio. EUR).

Die größte Position entfällt mit 14,4 Mio. EUR weiterhin auf die Mietzahlungen an die GWB. Diese umfassen insbesondere die Mietkosten für Schulgebäude und Sporthallen und stellen damit einen wesentlichen Anteil der Aufwendungen im Bereich Schule und Sport dar. Weitere wesentliche Aufwendungen entstehen für Geschäftsaufwendungen, Versicherungsbeiträge sowie die Straßenbeleuchtung durch die BEW. Daneben umfasst die Position unter anderem Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Aus- und Fortbildung sowie Abschreibungen auf Forderungen.

Der Rückgang der Versicherungsbeiträge um rund 3,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Kündigung der Pensionsrückdeckungsversicherung im Jahr 2026 zurückzuführen. Die Kündigung erfolgte auf Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Neuausrichtung der Vorsorge für zukünftige Pensionslasten. Dies wirkt sich entsprechend auf die für 2027 veranschlagten sonstigen ordentlichen Aufwendungen aus.

4.4.2.2.6 Zinsen und Finanzaufwendungen 3.792.000 € (4.285.300 €)



Die Zinsaufwendungen werden auf Grundlage der bestehenden Darlehensverpflichtungen, der geplanten Neuaufnahmen von Krediten sowie der für die jeweiligen Darlehen erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Für das Haushaltsjahr 2027 sind Zinsaufwendungen in Höhe von 3,8 Mio. EUR vorgesehen. Damit liegen diese zunächst unter dem Ansatz des Vorjahres von 4,3 Mio. EUR, was primär darauf zurückzuführen ist, dass im Jahr 2026 noch Zinsaufwendungen für Darlehen und einen Teil der Weiterleitungsdarlehen eingeplant waren, die im Laufe des Jahres 2026 ausgelaufen bzw. abgelöst wurden.

Die mittelfristige Entwicklung der Zinsaufwendungen wird jedoch maßgeblich durch die geplanten Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit beeinflusst. Während für 2027 zunächst ein Rückgang der Zinsaufwendungen erwartet wird, steigen diese in den Folgejahren aufgrund des zunehmenden Kreditbestandes wieder deutlich an. Für 2028 bis 2030 sind entsprechend steigende Zinsaufwendungen eingeplant.

Die Entwicklung verdeutlicht damit, dass die Zinsbelastung des städtischen Haushalts zunehmend von der Finanzierung der vorgesehenen Investitionen und der damit verbundenen Kreditaufnahme abhängt. Die Auswirkungen der geplanten Kreditaufnahmen auf die zukünftige Zinsbelastung werden insbesondere in der Entwicklung der Schuldentragfähigkeit berücksichtigt.

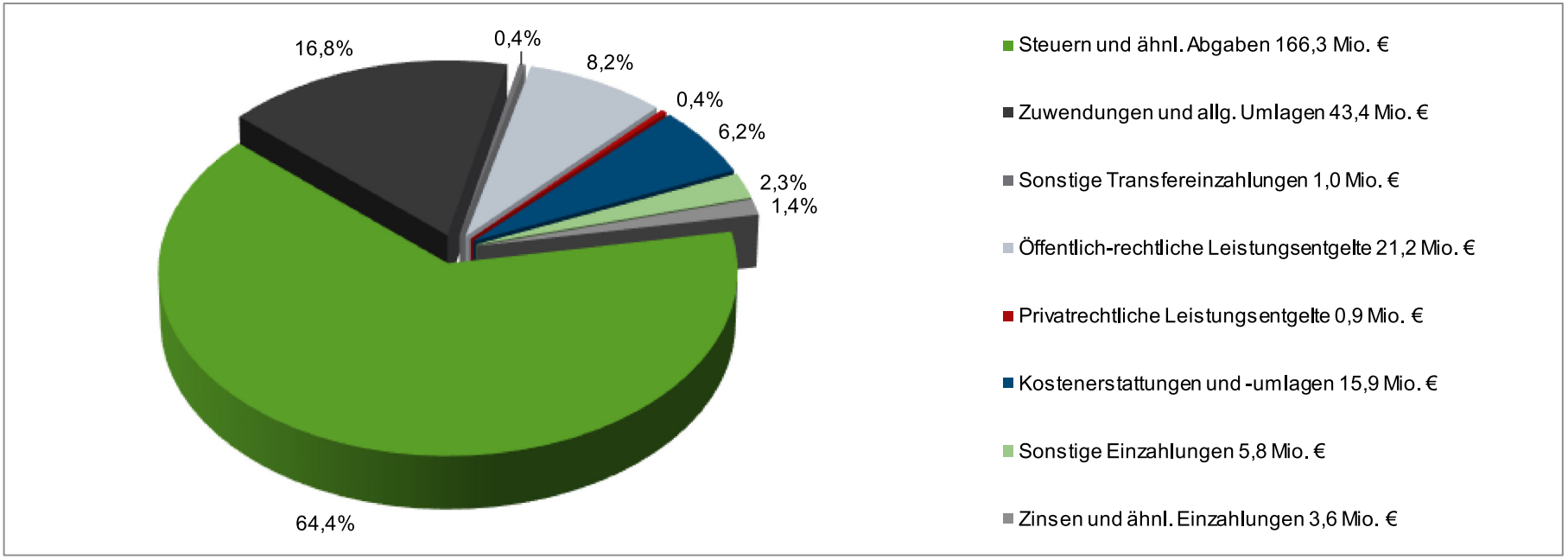
4.5 Finanzplanung

Eckdaten des Finanzplans

Finanzplan	2026	2027	2028	2029	2030
laufende Verwaltungstätigkeit					
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	253.375.800	**258.162.300**	263.652.100	268.851.700	274.815.900
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	281.332.400	**289.487.300**	295.330.200	299.357.700	302.273.400
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-27.956.600	**-31.325.000**	-31.678.100	-30.506.000	-27.457.500
Investitionstätigkeit					
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22.240.100	**16.150.600**	20.648.900	21.080.200	19.903.100
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	76.450.500	**50.610.800**	86.487.100	41.609.200	28.115.300
Saldo aus Investitionstätigkeit	-54.210.400	**-34.460.200**	-65.838.200	-20.529.000	-8.212.200
Finanzierung					
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	57.450.900	**35.169.600**	68.488.100	21.269.500	8.941.500
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	11.927.800	**10.926.100**	10.224.700	9.947.800	13.010.200
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	45.523.100	**24.243.500**	58.263.400	11.321.700	-4.068.700
Änderung Bestand an Finanzierungsmitteln	-36.643.900	**-41.541.700**	-39.252.900	-39.713.300	-39.738.400

Die einzelnen Positionen werden im Folgenden detailliert erläutert.

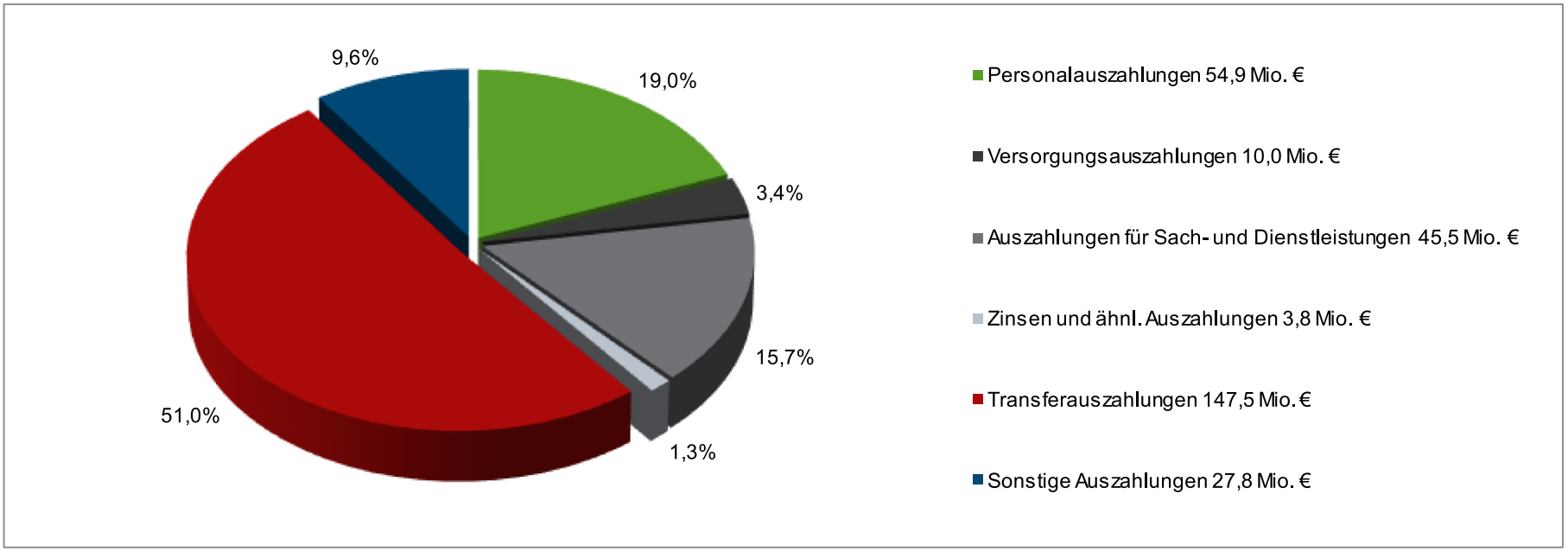
4.5.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 258.162.300 € (253.375.800 €)



Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit spiegeln zu großen Teilen die ordentlichen Erträge wider, da die meisten Positionen der Ergebnisrechnung ebenfalls zahlungswirksam sind und somit im Finanzplan dargestellt werden. Im Wesentlichen unterscheiden sich nur die Planansätze für die Einzahlungen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sowie die Einzahlungen aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten deutlich von den gleichnamigen Positionen des Ergebnisplans.

Die Einzahlungen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind in 2027 um 9,1 Mio. EUR geringer als die gleichnamigen Erträge, da Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen sowie Erträge aus der Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten nur ergebniswirksam gebucht werden und sich nicht auf die Liquidität auswirken.-Gleiches gilt für die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Erschließungsbeiträgen, sowie für die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenausgleich im Bereich Rettungsdienst, die unter der Position „öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ ausgewiesen werden. Die Einzahlungen aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten fallen um 3,2 Mio. EUR geringer aus, als die korrespondierenden Erträge.

4.5.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 289.487.300 € (281.332.400 €)



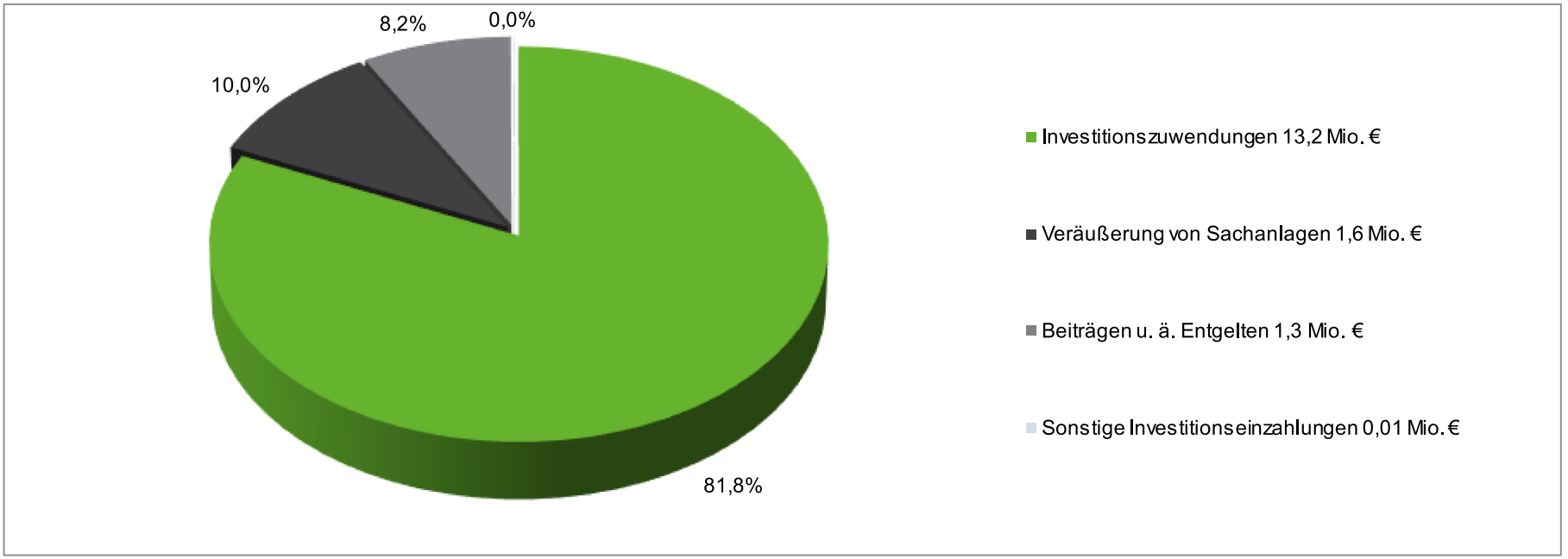
Die Planansätze für die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind von 281,3 Mio. EUR in 2026 auf 289,5 Mio. EUR in 2027 gestiegen. Diese Erhöhungen spiegeln sich in den Veränderungen der verschiedenen Aufwandskonten wider. Die Transferauszahlungen bilden mit 54% den größten Anteil an Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ab, ähnlich den Transferaufwendungen. Dabei steigen die Transferauszahlungen von143,7 Mio. EUR in 2026 auf 147,5 Mio. EUR in 2027 an.

Die Personal- und Versorgungsauszahlungen machen einen Anteil von 22,42 % der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Anteilmäßig liegt das Auszahlungsvolumen im Verhältnis zum Aufwand bei 64,8 Mio. EUR, was in absoluten Zahlen 8,6 Mio. EUR ausmacht. Dies resultiert aus der Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen, die lediglich ergebniswirksam erfasst werden und keine Auswirkungen auf die Liquidität haben.

Die Sach- und Dienstleistungen umfassen 15,7% der Auszahlungen und sind im Vergleich zu 2026 von 42,5 Mio. EUR auf 45,5 Mio. € in 2027 gestiegen.

Die übrigen Positionen bewegen sich im Wesentlichen in der gleichen Höhe, wie auch im Ergebnisplan vermerkt. Eine Ausnahme bilden lediglich die bilanziellen Abschreibungen, die keine direkten Zahlungen verursachen, sondern lediglich den Aufwand beeinflussen. Ausführliche Details zu den einzelnen Positionen des Ergebnisplans finden sich in den Erläuterungen unter den Punkten 4.2.2.3.1 bis 4.2.2.3.6.

4.5.3 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 16.150.600 € (22.240.100 €)



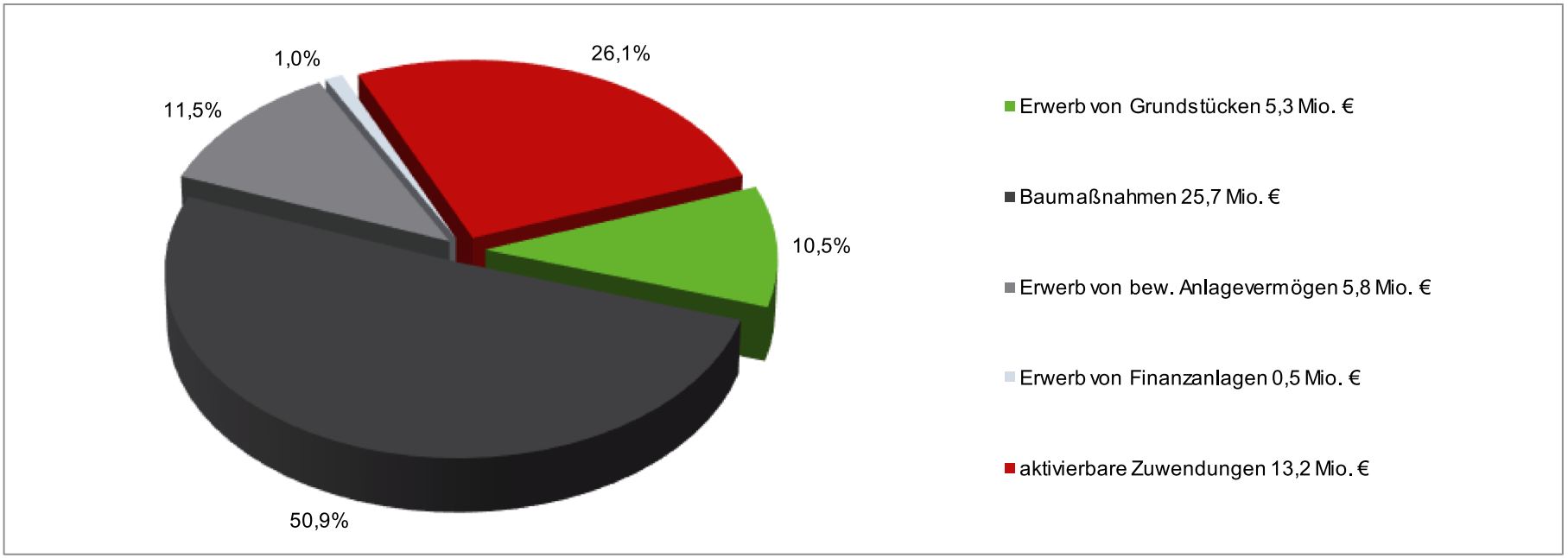
Für das Haushaltsjahr 2027 machen die Zuwendungen und Zuschüsse für die Beschaffung und Herstellung von investiven Vermögensgegenständen mit 81,8% den größten Anteil der gesamten Einzahlungen aus Investitionstätigkeit aus. Die folgende Aufzählung gibt einen Überblick über die wesentlichen Investitionszuwendungen für das Haushaltsjahr 2027:

- Allgemeine Investitionspauschale vom Land 4,91 Mio €
- Landesförderung Mobilitätskonzept 2,29 Mio. €
- ISEK 2,35 Mio. €
- Zuwendung Investiver Zuschüsse Kindertageseinrichtungen 1,62 Mio. €

Die Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen betreffen hauptsächlich Grundstücksverkäufe durch den Fachbereich Grundstücks- und Bodenwirtschaft.

Der Ansatz der Einzahlungen für Beiträge und ähnliche Entgelte hat sich im Vergleich zu 2025 um 0,5 Mio. EUR erhöht und im Vergleich zu 2026 um 1 Mio. EUR verringert.

4.5.4 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 50.610.800 € (76.450.500 €)



Den größten Anteil an den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bilden die Baumaßnahmen mit rd. 25,7 Mio. EUR in 2027. Eine Aufstellung der größten Auszahlungen für Baumaßnahmen kann der folgenden Seite entnommen werden.

Die Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen machen in 2027 26,1 % der gesamten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit aus. In dem Planansatz von 13,2 Mio. EUR sind u.a. Auszahlungen für den Zuschusses an die Stadtsparkasse Bocholt, zur Umsetzung des Stadtmuseums und Stadtarchiv in Höhe von 7,5 Mio. EUR und Baukostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen in Höhe von 2,7 Mio. EUR enthalten. Zudem sind für 1,7 Mio. EUR. Auszahlungen im Rahmen eines Zuschusses an die Bocholter Bäder Gesellschaft für die Sanierung des Fildekenbad berücksichtigt. Diese stehen jedoch unter dem Vorbehalt einer Förderzusage des Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“.

Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen mit 5,8 Mio. EUR setzen sich aus vielen Planansätzen verteilt über alle Produkte zusammen. Der Hauptteil ist jedoch im Fachbereich 24 (Feuerwehr) für die Anschaffungen von Fahrzeugen, feuerwehr- und rettungsdiensttechnischer Ausstattung sowie Ausstattungen für die FRB mit insgesamt rd. 2,5 Mio. EUR. geplant. Der FB Digitales und IT plant für die Beschaffung von EDV-Geräten, Software und IT-Infrastruktur rd. 2,4 Mio. EUR ein.

Die Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken sind im Vergleich zum Vorjahr um knapp 3,7 Mio. EUR gestiegen, da weitere Grundstücke für die Gewerbeentwicklung gekauft werden sollen.

Den größten Anteil an den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bilden die Baumaßnahmen mit rd. 25,7 Mio. EUR in 2027. Die Auszahlungen für Baumaßnahmen werden überwiegend im Fachbereich 33 (10,2 Mio. EUR), im Fachbereich 30 (7,6 Mio. EUR) sowie im Produkt 01.3210 (7,5 Mio. EUR) veranschlagt. Die folgende Liste gibt einen Überblick über die größten investiven Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2027 und der mittelfristigen Finanzplanung. Ausführliche Erläuterungen zu allen Investitionsmaßnahmen finden sich in den Beiheften der Fachbereiche.

Bezeichnung	FB	Produkt/ Maßnahme	investive Auszahlung					
			Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Ansatz 2028	Ansatz 2029	Ansatz 2030
ISEK	30	093011/004	1.573.600	2.520.000	5.750.000	4.130.000	2.290.000	1.060.000
OKE Suderwick	30	093011/007	0	1.000.000	1.000.000	900.000	0	0
Schulneubau Maria-Montessorie-Schule	32	013210/003	180.000	10.300.300	2.500.000	10.000.000	2.960.400	0
Schulneubau Euregio Gymnasium	32	013210/007	300.000	25.104.500	5.000.000	32.666.800	0	0
Ausbau Ortsumgehung (Nordring, Westring)	33	123311/011	1.425.000	4.190.000	2.520.000	3.000.000	13.700.000	10.980.000
Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen	33	123311/014	1.540.000	2.615.000	0	1.520.000	500.000	500.000
Erweiterung Industriepark	33	123311/054	1.900.000	0	470.000	1.400.000	1.030.000	0
Baugebiet Fischerweg B-Plan NW 31 und B-Plan 4-15	33	123311/079	0	1.180.000	900.000	1.630.000	0	0
B-Plangebiet "Phönix"	33	123311/155	0	0	0	0	0	1.180.000
Wohnbauentwicklung Sportplatz Barlo	33	123311/190	0		310.000	0	0	1.145.000
Kreuzkamp Mussum	33	123311/200	0	0	0	0	0	1.375.000
Mobilitätskonzept	33	123311/205	4.670.000	4.940.000	3.860.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000
Durchgängigkeit Stadtschleuse	34	133422/010	1.700.000	0	0	2.100.000	0	0
Gesamt			**13.288.600**	**51.849.800**	**22.310.000**	**61.146.800**	**24.280.400**	**20.040.000**

4.6 Entwicklung des Sachanlagevermögens

Die Investitionsmaßnahmen beeinflussen naturgemäß die Entwicklung des Sachanlagevermögens. Durch die planmäßigen bilanziellen Abschreibungen in Höhe von ca. 16,5 Mio. EUR verringert sich das Vermögen, jedoch stehen dem Werteverzehr neue Investitionen gegenüber. Die Stadt Bocholt investiert in den Jahren 2026 bis 2030 jährlich Beträge von 34,5 Mio. EUR bis hin zu 86,5 Mio. EUR. In der Bilanz 2024 lag das Sachanlagevermögen bei 345,7 Mio. EUR und in der Bilanz 2025 bei 351,4 Mio. EUR und hat sich somit um rd. 5,7 Mio. EUR erhöht.

Auch unter Berücksichtigung des finanziellen Handlungsspielraums wird das Sachanlagevermögen langfristig gesehen auf dem hohen Stand von über 340 Mio. EUR bleiben.

Aus der Tabelle der folgenden Seite kann entnommen werden, wie sich das Investive Saldo der einzelnen Fachbereiche von 2026 nach 2027 verändert.

Entwicklung der Teilfinanzpläne (investiv) 2026-2027

Teilhaushalt	Saldo Plan 2026	Saldo Plan 2027	Veränderung in € - Verschlechterung +Verbesserung	Veränderung in %
-00- Beteiligungsgremien	-600	-600	0,00	0,0%
-10- Organisation und Personal	-6.400	-3.000	+3.400	53,1%
-11- Digitales und IT	-2.361.700	-2.420.500	-58.800	-2,5%
-12- Büro des Bürgermeisters	-404.800	-7.000	+397.800	-98,3%
-13- Recht und Vergabe	0	0	0,00	0,0%
-14- Revision	-300	-300	0,00	0,0%
-20- Öffentliche Ordnung	-6.500	-87.000	-80.500	-1238,5%
-21- Kultur und Bildung	-246.900	-211.900	+35.000	14,2%
-22- Soziales	-14.000	-11.500	+2.500	-17,9%
-23- Jugend und Familie	-811.000	-1.263.300	-452.300	-55,8%
-24- Feuerwehr	-1.621.000	-2.296.300	-675.300	-41,7%
-25- Schule und Sport	-580.500	-1.930.000	-1.349.500	-232,5%
-30- Stadtplanung und Bauordnung	-2.672.900	-4.748.900	-2.076.000	-77,7%
-31- Grundstücks- und Bodenwirtschaft	-181.000	-3.894.000	-3.713.000	-2051,4%
-32- Zentrale Liegenschaften	-42.929.800	-15.010.000	+27.919.800	65,0%
-33- Mobilität und Umwelt	-8.122.000	-6.017.000	+2.105.000	25,9%
-34- ESB/Wasserbau	-120.000	0	+120.000	100,0%
-40- Finanzen und Compliance	0	-952.900	-952.900	-
Ergebnis	**-60.079.400**	**-38.854.200**	**+21.225.200**	**35,3%**
169999 Zentrale Finanzwirtschaft	5.869.000	4.394.000	-1.475.000	-25,1%
Gesamtergebnis	**-54.210.400**	**-34.460.200**	**+19.750.200**	36,4%

Die investiven Budgets bzw. einzelnen Maßnahmen werden in den jeweiligen Beiheften der Fachbereiche erläutert.

4.7 Wesentliche Instandsetzungen und Erhaltungsmaßnahmen

Im Folgenden werden die wesentlichen Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen dargestellt. Die Ausführungen beschränkt sich dabei auf die im Haushaltsjahr 2027 veranschlagten Auszahlungen. Ziel ist es, einen Überblick über die wesentlichen Maßnahmen und die damit verbundenen finanziellen Belastungen zu geben.

<table>
<tr><th>Bezeichnung</th><th>Planansatz 2027</th></tr>
<tr><td>Austausch Kunstrasenoberboden</td><td>350.000 EUR</td></tr>
<tr><td>Neu- und Ersatzbeschaffung von Turn- und Sportgeräten</td><td>50.000 EUR</td></tr>
<tr><td>Pauschalansatz für die Instandhaltung von Spielgeräten auf Spielplätzen</td><td>170.000 EUR</td></tr>
<tr><td>Ökologische Aufwertung der Aaseeinsel mit Uferbereich der Festlandseite/Promenade</td><td>421.200 EUR</td></tr>
<tr><td>Erneuerung von Signalanlagen</td><td>65.000 EUR</td></tr>
<tr><td>Instandsetzung der Wirtschaftswege
<table>
<tr><td></td><td colspan="2">Abschnitt</td></tr>
<tr><td>Bürdemannsweg</td><td>Pannemannstraße</td><td>Mussumer Höfgraben</td></tr>
<tr><td>Volmeringsweg</td><td>Übbingsesch</td><td>Werther Straße</td></tr>
<tr><td>Schlossallee</td><td>Winterswijker Straße</td><td>Vardingholter Straße</td></tr>
<tr><td>Hohenhorster Straße</td><td>Töppingsesch</td><td>Robert-Bosch-Straße</td></tr>
<tr><td>Vennweg</td><td>Loikumer Weg</td><td>Ausbauende</td></tr>
</table></td><td>350.000 EUR</td></tr>
<tr><td>Revitalisierung des Stadtwaldes</td><td>150.000 EUR</td></tr>
</table>

Die einzelnen investiven Maßnahmen werden im Beiheft des jeweiligen Fachbereichs erläutert.

4.8 Finanzierungstätigkeit

Für das Jahr 2027 sind im Rahmen der Finanzierungstätigkeit folgende Beträge ausgewiesen:

- **Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen** **35.169.600 €**
  - Davon Kreditaufnahme Kernverwaltung 34.557.700 €
  - Davon Erstattung Tilgung Weiterleitungsdarlehen 611.900 €
- **Tilgung und Gewährung von Darlehen** **10.926.100 €**
  - Davon Tilgungsleistungen Kernhaushalt 9.088.800 €
  - Davon Tilgungsleistungen Weiterleitungsdarlehen 1.837.300 €

4.9 Bürgschaften

Zum Jahresende 2025 bestanden noch verbürgte Restschulden in Höhe von insgesamt 151.054,91 EUR (2024: 192.809,61 EUR).

Dieser Betrag wurde für gemeinnützige Vereine verbürgt. Die noch valutierende Darlehensbürgschaft stammt aus dem Jahr 2009.

Es ist nicht absehbar, ob künftig weitere Bürgschaften aufgenommen werden. Aktuell liegen aber keine hinreichend konkreten Sachverhalte/Anträge für neue Bürgschaftsübernahmen vor.

Die Bürgschaft des Vereins „Freizeitanlage Aa-See e.V.“ wurde vom Verein „Jugendhilfe und soziale Integration (Jusina) e.V.“ als direkter Rechtsnachfolger übernommen.

Bei der Ausfallbürgschaft aus dem Jahr 1971 wird kein Eintritt des Ausfalls erwartet. Es handelt sich um einen Erbbaurechtsvertrag der BEW, für den die Stadt ggf. einstehen müsste.

Darlehensnehmer:	Darlehensgeber:	Bürgschaft der Stadt Bocholt:	Darlehenshöhe:	Restschuld des verbürgten Kreditbetrages per 31.12.2025	voraussichtliche Restschuld des verbürgten Kreditbetrages per 31.12.2026	voraussichtliche Restschuld des verbürgten Kreditbetrages per 31.12.2027	Ratsbeschluss vom:
BEW GmbH, Bocholt	Fürst Salm-Salm, Rhede Erbbaurechtsvertrag		Ausfallbürgschaft				20.10.1971
Jugendhilfe uns soziale Integration (Jusina) e.V. Benzstraße 16 46395 Bocholt (In Rechtsnachfolge des Freizeitanlage Aa-See e.V.)	Stadtsparkasse Bocholt Markt 8 46399 Bocholt	640.000,00	672.000,00	151.054,91	*107.382,02*	*61.702,80*	16.09.2009

4.10 Weitere wesentliche haushaltswirtschaftliche Belastungen

Weitere wesentliche haushaltswirtschaftliche Belastungen ergeben sich aus den folgenden Sachverhalten bzw. könnten sich hieraus künftig ergeben:

4.10.1 stadtwerker Unternehmensgruppe GmbH

Mit Beschluss vom 30.04.2025 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bocholt vor dem Hintergrund der aktuellen energiepolitischen Herausforderungen der Fusion der Stadtwerke Bocholt GmbH und der Stadtwerke Rhede GmbH zugestimmt. Die Stadt Bocholt ist mit 70% und die Stadt Rhede mit 30 % an der fusionierten Gesellschaft beteiligt.

Die finale Struktur der Fusion wird über mehrere Transaktionsschritte innerhalb eines Fusionszeitraums von etwa 5 Jahren erreicht. Ziel der Fusion ist es insbesondere, Synergieeffekte zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig zu stärken. Die disquotale Ergebnisverteilung erfolgt dabei über einen sogenannten Tracking Stock.

Die fusionierte Gesellschaft hat sich den gleichen marktwirtschaftlichen, geopolitischen und energiepolitischen Herausforderungen zu stellen wie die Energiebranche insgesamt.

Der Energiemarkt befindet sich derzeit in einer volatilen und strukturell veränderten Phase. Prägend sind insbesondere geopolitische Spannungen und die anstehenden fundamentalen Transformationsprozesse im Energiesektor.

Die stadtwerker GmbH ist durch diese Entwicklungen stark gefordert. Aufgrund ihrer vorausschauenden Beschaffungsstrategie werden Energiekontingente bereits Jahre im Voraus eingekauft, um die Auswirkungen von Preisanstiegen und kurzfristigen Preisschwankungen abzufedern.

Diese Beschaffungsstrategie bietet einerseits Planungssicherheit und reduziert die unmittelbaren Auswirkungen stark schwankender Energiepreise. Andererseits können längerfristig fallende Marktpreise dazu führen, dass günstigere Beschaffungskonditionen erst zeitversetzt weitergegeben werden können. Daraus kann sich ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Energieanbietern ergeben, die ihre Mengen kurzfristiger beschaffen.

Damit verbunden ist das Risiko von Kundenverlusten. Bereits beschaffte Energiemengen müssten in diesem Fall gegebenenfalls zu ungünstigeren Konditionen am Markt veräußert werden. Um die Kundenbindung zu stärken und zugleich eine höhere Planungssicherheit zu erhalten, werden daher regelmäßig Vertragsaktionen durchgeführt, die bislang auf eine hohe Resonanz stoßen.

Neben diesen marktbedingten Herausforderungen stehen in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen an. Hierzu zählen insbesondere der eigenwirtschaftliche Glasfaserausbau, der Bau eines Umspannwerkes in Bocholt, die Sanierung der Bäder in

Bocholt und Rhede, die sukzessive Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung sowie vor allem die Transformation der Strom- und Gasnetze in Bocholt und Rhede.

Die Umsetzung dieses Investitionsprogramms wird mit einem erheblichen Finanzierungsbedarf verbunden sein. Neben der Innenfinanzierung wird hierfür voraussichtlich auch Fremdkapital in erheblichem Umfang erforderlich sein. Dies führt zu steigenden Zins- und Tilgungsbelastungen und stellt entsprechende Anforderungen an Liquidität, Verschuldungskapazität und Eigenkapitalausstattung der Unternehmensgruppe.

Eine angemessene Eigenkapitalausstattung ist daher von wesentlicher Bedeutung, um die Investitions- und Finanzierungsfähigkeit der stadtwerker Unternehmensgruppe langfristig sicherzustellen. Sollte diese aus eigener Kraft nicht in ausreichendem Umfang gewährleistet werden können, könnte perspektivisch eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung durch die Gesellschafterinnen erforderlich werden und damit auch zu einer Belastung der Stadt Bocholt führen.

4.10.2 EWIBO - Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft der Stadt Bocholt mbH

Aus der Beteiligung an der EWIBO GmbH bestehen weiterhin finanzwirtschaftliche Risiken für die Stadt Bocholt. Die seit dem Jahr 2020 andauernden staatsanwaltlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit Geschäften der EWIBO GmbH sind noch nicht abgeschlossen. Die möglichen finanziellen Auswirkungen können daher weiterhin nicht abschließend bewertet werden.

Im Jahr 2022 wurde der EWIBO GmbH ein von der Staatsanwaltschaft erwirkter Arrestbeschluss des Amtsgerichts Bielefeld zugestellt, mit dem ein Vermögensarrest in Höhe von 7,09 Mio. EUR in das bewegliche und unbewegliche Vermögen der EWIBO GmbH zur Sicherung angeordnet wurde. Im Jahresabschluss der EWIBO GmbH wurde unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen Bilanzierungsgrundsätze entsprechende Risikovorsorge durch die Bildung einer Rückstellung getroffen.

Vor diesem Hintergrund und zur Absicherung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft hat die Stadt Bocholt nach eingehender rechtlicher und steuerlicher Beratung eine harte interne Patronatserklärung einschließlich einer Stundungsvereinbarung zugunsten der EWIBO GmbH abgegeben. Die Patronatserklärung ist auf einen Höchstbetrag von 7,05 Mio. EUR begrenzt.

Im Jahr 2023 hat Landgericht Bielefeld den Arrestbeschluss des Amtsgerichts Bielefeld und die in Vollziehung des Arrestes erfolgten Sicherungsmaßnahmen wieder aufgehoben. Die Aufhebung des Vermögensarrestes führt jedoch nicht zu einem Wegfall sämtlicher zugrunde liegender finanzwirtschaftlicher Risiken. Die EWIBO GmbH weist weiterhin eine entsprechende Rückstellung aus. Solange die zugrunde liegenden Sachverhalte nicht abschließend geklärt sind und die Voraussetzungen für eine Aufhebung der Patronatserklärung nicht vorliegen, besteht diese fort.

Ob und gegebenenfalls in welcher Höhe sich aus den noch laufenden Verfahren und Prüfungen eine tatsächliche Belastung für die EWIBO GmbH und mittelbar für den Haushalt der Stadt Bocholt ergibt, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden. Die

weitere Entwicklung wird fortlaufend bewertet. Soweit erforderlich, sind geeignete Maßnahmen zur Begrenzung der finanziellen Risiken zu treffen.

Die EWIBO GmbH befindet sich seit dem Jahr 2021 in einem Umstrukturierungsprozess. Ziel der Neuordnung ist insbesondere die organisatorische Trennung der sozialen und immobilienbezogenen Aufgabenbereiche.

Hierzu soll die Innovative Sozialkompetenz GmbH (ISKO GmbH) gegründet werden, die zu 100 % im Eigentum der Stadt Bocholt stehen wird. Sie soll künftig die gemeinnützigen Aufgaben der bisherigen EWIBO GmbH außerhalb des Wohnraumbereichs übernehmen. Die EWIBO GmbH soll sich demgegenüber künftig auf den Immobilienbereich konzentrieren. Beide Gesellschaften sollen als Schwestergesellschaften innerhalb des Beteiligungsportfolios der Stadt Bocholt geführt werden.

Die Gesellschaftsverträge für die ISKO GmbH und die künftig fortzuführende EWIBO GmbH wurden beschlossen. Vor der notariellen Beurkundung sind insbesondere noch steuerrechtliche Auswirkungen sowie die zukünftige Finanzierungs- und Kapitalstruktur der EWIBO GmbH abschließend zu klären.

Aus der Gründung der ISKO GmbH entsteht für die Stadt zunächst ein Finanzierungsbedarf für die Bereitstellung des erforderlichen Stammkapitals. Darüber hinausgehende finanzielle Auswirkungen werden im weiteren Gründungs- und Umstrukturierungsprozess konkretisiert und bei der Haushaltsplanung entsprechend berücksichtigt.

In der Vergangenheit hat die Stadt Bocholt zur Finanzierung verschiedener Investitionsvorhaben Kredite im eigenen Namen aufgenommen und die Mittel im Wege sogenannter Weiterleitungsdarlehen an die EWIBO GmbH weitergereicht. Die entsprechenden Verpflichtungen sind bei der EWIBO GmbH als Darlehensverbindlichkeiten bilanziert.

Mit Ablauf der jeweiligen Zinsbindungsfristen endet auch die Laufzeit der Weiterleitungsdarlehen. Die EWIBO GmbH ist grundsätzlich verpflichtet, die zu diesem Zeitpunkt bestehende Restschuld an die Stadt Bocholt zurückzuzahlen, damit die Stadt ihrerseits die zugrunde liegenden Kredite ablösen kann.

Ziel ist es, die auslaufenden Weiterleitungsdarlehen sukzessive durch eine Finanzierung auf eigene Rechnung der EWIBO GmbH abzulösen. Soweit eine solche Anschlussfinanzierung zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt noch nicht abschließend umgesetzt werden kann, stellt die Stadt Bocholt befristete Gesellschafterdarlehen in entsprechender Höhe zur Zwischenfinanzierung bereit.

Da die bestehenden Weiterleitungsdarlehen zu unterschiedlichen Zeitpunkten auslaufen und gegebenenfalls durch befristete Gesellschafterdarlehen zwischenfinanziert werden, verändert sich das hieraus resultierende Forderungsvolumen der Stadt fortlaufend.

Mit den Weiterleitungs- und Gesellschafterdarlehen verbleibt für die Stadt insbesondere ein Forderungsausfall- und Finanzierungsrisiko. Durch die angestrebte sukzessive Überführung der Finanzierungen auf die EWIBO GmbH soll dieses Risiko reduziert werden. Ein vollständiger Ausschluss finanzieller Belastungen für die Stadt ist bis zum Abschluss dieses Prozesses jedoch nicht möglich. Die Entwicklung der Darlehensbestände und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EWIBO GmbH wird daher fortlaufend überwacht.

4.10.3 Rathaussanierung

Die Sanierung des Rathauses mit Kulturzentrum am Berliner Platz stellt aufgrund ihres erheblichen Investitionsvolumens und der im bisherigen Projektverlauf eingetretenen Kostensteigerungen eine wesentliche haushaltswirtschaftliche Belastung für die Stadt Bocholt dar.

Auf Grundlage einer im August 2021 vorgelegten Kostenkalkulation beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 01.09.2021, das Rathaus mit Kulturzentrum entsprechend der vorgestellten Planung zu sanieren und um ein Vollgeschoss aufzustocken. Die Planung sah darüber hinaus unter anderem eine Erweiterung des bestehenden Ratssaals über die Aa sowie den Anbau einer großen Hinterbühne vor.

Im Mai 2023 wurde für die Gesamtmaßnahme von einem Investitionsvolumen von rund 78,0 Mio. EUR und einer Fertigstellung bis Ende 2025 ausgegangen. Zur Finanzierung der Maßnahme konnten Städtebaufördermittel in Höhe von 8,0 Mio. EUR sowie eine BEG-Förderung der KfW von bis zu 7,05 Mio. EUR gesichert werden.

Im weiteren Projektverlauf führten insbesondere Verzögerungen im Planungs- und Bauablauf, der Wechsel des mit der Objektplanung beauftragten Architekturbüros, planerische Anpassungen sowie zusätzliche technische und gesetzliche Anforderungen zu einer Verlängerung des Projektzeitraums und zusätzlichen finanziellen Belastungen.

Nach dem Wechsel des Architekturbüros wurden verschiedene Optimierungspotenziale zur Reduzierung von Zeit- und Kostenrisiken identifiziert. In diesem Zusammenhang beschloss die Stadtverordnetenversammlung im März 2025 unter anderem Änderungen an der Fassadenkonstruktion, eine angepasste Herstellung der Barrierefreiheit sowie eine Optimierung der

Flächenbelegung. Im Juli 2025 wurden darüber hinaus Änderungen bei der Möblierung und technischen Ausstattung des Ratssaals beschlossen, um eine multifunktionale Nutzung und die Durchführung hybrider Sitzungen zu ermöglichen.

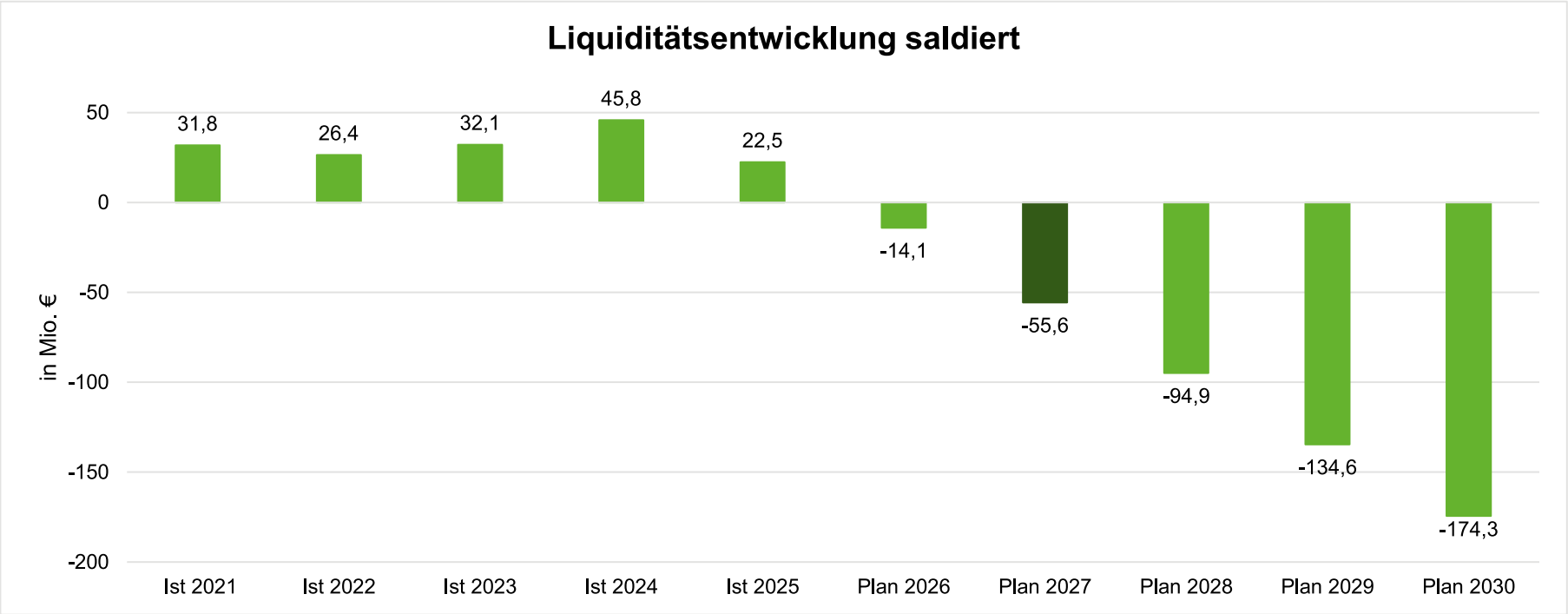
Trotz der vorgenommenen Optimierungen führten weitere Planungsänderungen sowie zusätzliche Anforderungen im Projektverlauf zu einem weiteren Mittelbedarf. Ein Teil der Änderungen war aufgrund des Bauablaufs, veränderter gesetzlicher Vorgaben oder technischer Erfordernisse zwingend umzusetzen. Im Juni 2026 war das bis dahin für die Rathaussanierung vorgesehene Budget ausgeschöpft.

Auf Grundlage aktualisierter Baukostenprognosen und einer Bewertung der bestehenden Projektrisiken beschloss die Stadtverordnetenversammlung daraufhin, das bisherige Gesamtbudget von rund 83,9 Mio. EUR um rund 30,2 Mio. EUR auf insgesamt 114,14 Mio. EUR zu erhöhen.

Neben der weiteren Kostenentwicklung besteht ein wesentliches haushaltswirtschaftliches Risiko hinsichtlich der gesicherten Fördermittel. Von besonderer Bedeutung ist die zeitliche Befristung der BEG-Förderung der KfW von bis zu 7,05 Mio. EUR. Die maßgeblichen Fertigstellungs- und Verwendungsnachweise müssen innerhalb der förderrechtlich vorgegebenen Fristen erbracht werden. Soweit die Fördervoraussetzungen nicht oder nicht fristgerecht erfüllt werden können, besteht das Risiko eines vollständigen oder teilweisen Verlustes dieser Fördermittel und damit einer entsprechenden zusätzlichen Belastung des städtischen Haushalts.

Aufgrund des Gesamtinvestitionsvolumens von 114,14 Mio. EUR, der bisherigen Kostenentwicklung sowie der weiterhin bestehenden terminlichen, baulichen und förderrechtlichen Risiken bedarf die Maßnahme weiterhin einer engmaschigen finanziellen Steuerung. Insbesondere die Entwicklung der prognostizierten Gesamtkosten, der Mittelabfluss, mögliche weitere Kostenrisiken sowie die fristgerechte Erfüllung der Fördervoraussetzungen werden im Rahmen des Projektcontrollings und der Haushaltsbewirtschaftung fortlaufend überwacht und bewertet.

4.11 Entwicklung der Liquidität



4.11.1 Finanzplan

Der oben dargestellten Grafik ist zu entnehmen, dass auf Grundlage der Finanzplanung für das Jahr 2027 sowie für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum ein erheblicher Verzehr von liquiden Mitteln prognostiziert wird.

Zuletzt ist die Liquidität im Jahr 2024 angestiegen und konnte ein deutlich besseres Ergebnis erzielen als ursprünglich geplant. Allerdings war bereits im Jahr 2025 ein erheblicher Rückgang der liquiden Mittel zu verzeichnen. Auch wenn die liquiden Mittel im Jahr 2026 voraussichtlich weniger stark sinken werden als ursprünglich geplant, wird dennoch ein weiterer Verbrauch liquider Mittel erwartet.

Im Haushaltsplan 2027 wird für das Planjahr eine Veränderung der liquiden Mittel in Höhe von rd. -41,5 Mio. EUR berücksichtigt. Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung wird jährlich ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 39 Mio. EUR bis 40 Mio. EUR erwartet. Die Liquiditätsentwicklung wird insbesondere durch die negativen Saldi aus der laufenden Verwaltungstätigkeit belastet. Die geplanten Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit können nicht durch Einzahlungen aus der laufenden

Verwaltungstätigkeit kompensiert werden. Darüber hinaus sind die Auszahlungen für die Tilgung von Darlehen ursächlich für die negative Liquidität. Der geplanten Liquiditätsentwicklung entsprechend des Finanzplanes ist zu entnehmen, dass die Aufnahme von Liquiditätskrediten zu erwarten ist. Bereits im Jahr 2026 war die Aufnahme eines kurzfristigen Liquiditätskredits erforderlich. Hierdurch wird der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt Bocholt erheblich eingeschränkt und erfordert zwingend eine kontinuierliche Überwachung der Liquidität. Bereits an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass infolge der anstehenden Investitionen auch über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus, mit einem weiteren Anstieg der Tilgungsleistungen zu rechnen ist.

4.11.2 Fortgeschriebener Finanzplan inkl. Prognose 31.12.2026 und Kapitalanlagen

Für eine ganzheitliche Betrachtung der voraussichtlichen Liquiditätsentwicklung ist zu beachten, dass der aktuell prognostizierte Liquiditätsbestand zum 31.12.2026 voraussichtlich positiver ausfallen wird als ursprünglich geplant. Darüber hinaus bezieht die oben dargestellte Grafik die vorhandenen Kapitalanlagen nur in Höhe der im Jahr 2026 eingeplanten Einzahlung aus der Auflösung und Liquidation von Finanzanlagen in Höhe von 2,0 Mio. EUR ein.

Für eine wirtschaftliche Verwaltung freier Liquidität wurden in den vergangenen Jahren Finanzmittel mit einer durchschnittlichen Laufzeit von einem bis fünf Jahren (mittelfristig) sowie bis zu einem Jahr (kurzfristig) am Kapitalmarkt angelegt bis diese zur Deckung von Liquiditätsbedarfen benötigt werden.

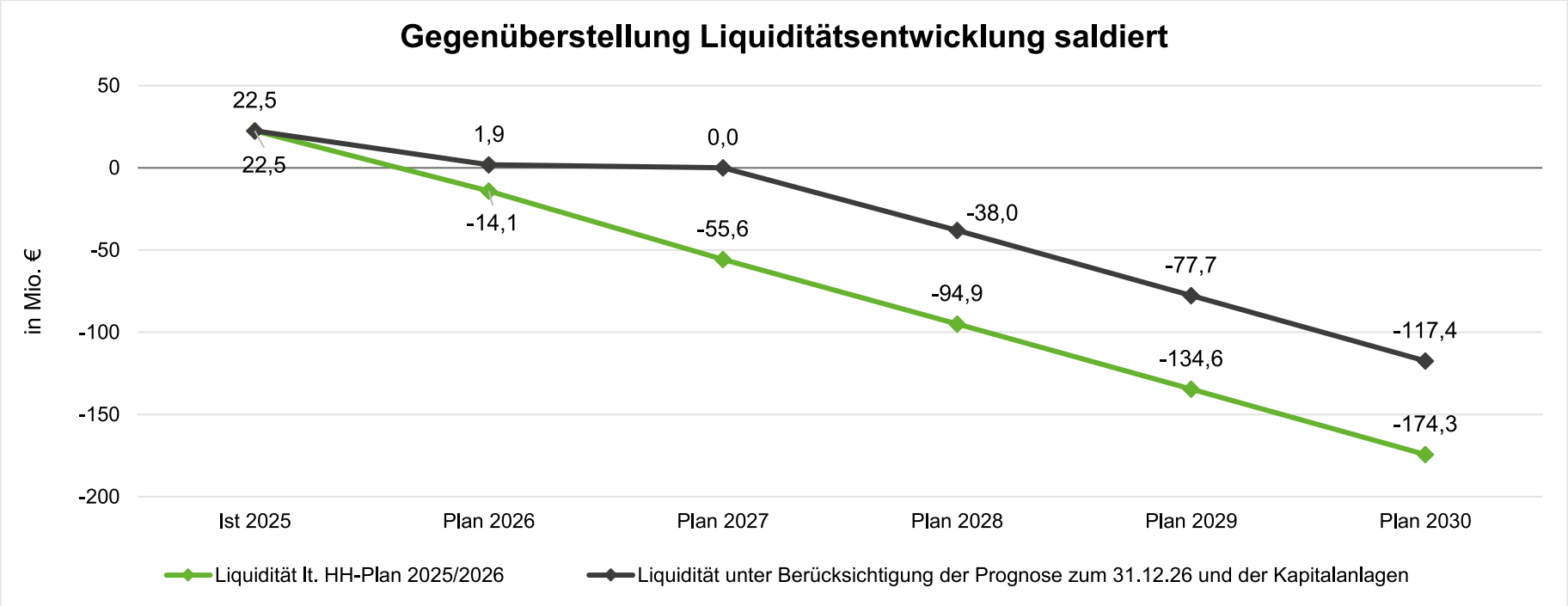
Abzüglich der im Jahr 2026 eingeplanten Einzahlungen aus der Auflösung und Liquidation von Finanzanlagen in Höhe von insgesamt 2,0 Mio. EUR kann auf Grundlage der Bilanzwerte zum 31.12.2025 ein Bestand der kurz- und mittelfristigen Finanzanlagen von rd. 40,9 Mio. EUR in der Gesamtbetrachtung einbezogen werden. Aufgrund einer hohen Volatilität am Kapitalmarkt wäre indes eine Prognose der tatsächlichen Kurswerte der Kapitalanlagen zum Zeitpunkt der Liquidierung nicht valide.

Der Finanzplan und damit die oben dargestellte Liquiditätsentwicklung berücksichtigt zum 31.12.2026 einen geplanten Liquiditätsbestand in Höhe von -14,1 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung des Controllingberichtes zum II. Quartal 2026 und der prognostizierten Kreditaufnahmen im Jahr 2026 wird aktuell ein Liquiditätsbestand zum 31.12.2026 von rd. 1,9 Mio. EUR erwartet. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplans die Daten des Controllingberichtes zum 30.06.2026 den aktuell verfügbaren Datenstand bilden. Demzufolge bestehen noch viele Unwägbarkeiten. Die Prognose wird nach Vorlage des III. Controllingberichtes fortgeschrieben.

Unter Einbeziehung dieser Prognose zeichnet sich zunächst eine (voraussichtlich) positivere Liquiditätsentwicklung für das Haushaltsjahr 2026 ab als ursprünglich geplant. Dennoch kann der nachstehenden Grafik der strukturelle Liquiditätsabbau im städtischen Haushalt entnommen werden.

Im Ergebnis wären die liquiden Mittel nach aktuellen Berechnungen im Jahr 2028 aufgezehrt, obwohl der prognostizierte Liquiditätsbestand zum 31.12.2026 sowie die vollständige Inanspruchnahme aller kurz- und mittelfristig angelegten Kapitalanlagen (Gesamt: 42,9 Mio. EUR) in der folgenden Darstellung berücksichtigt wurden.

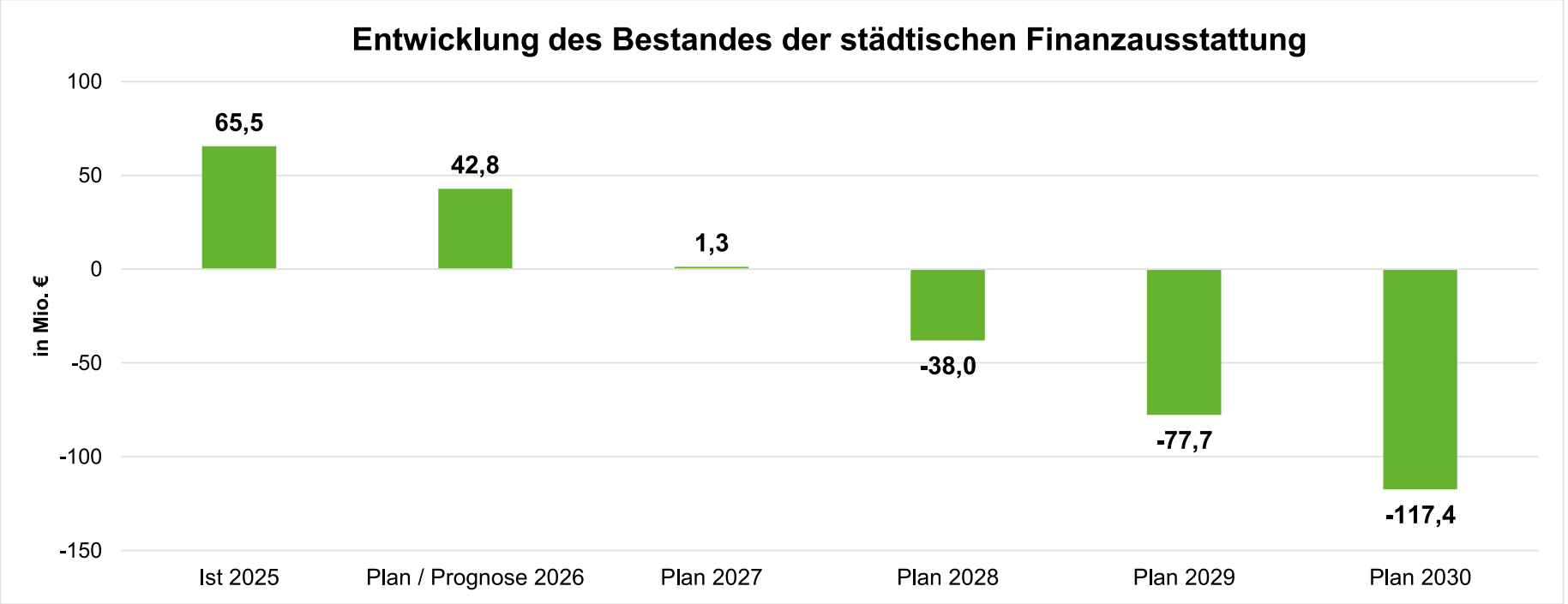
Ob im Jahr 2027 Auflösungen und Liquidationen von Kapitalanlagen erfolgen und gegebenenfalls in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt, ist fortlaufend zu eruieren und unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten zu beurteilen.



Die liquiden Mittel sowie die kurz- und mittelfristigen Kapitalanlagen (Bilanzwerte 31.12.2025) bilden den Bestand der städtischen Finanzausstattung. Der prognostizierte Bestand der städtischen Finanzausstattung unter Einbezug der geplanten Änderungen des Bestandes an Finanzierungsmitteln entsprechend des Finanzplans 2027 können zudem wie folgt dargestellt werden (Werte zum 31.12.).

Der Wert von gerundet 65,5 Mio. EUR für das Jahr **2025** setzt sich wie folgt zusammen:

- Bilanzwert „Liquide Mittel“: 22,5 Mio. €
- Kurz- und mittelfristige Kapitalanlagen 42,9 Mio. €



Der Wert für das Jahr 2026 setzt sich aus dem prognostizierten Liquiditätsbestand zum 31.12.2026 sowie den kurz- und mittelfristigen Kapitalanlagen zusammen.

4.12 Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung

4.12.1 Entwicklung der Jahresergebnisse mit Blick auf die Entwicklung der Ausgleichsrücklage

Entwicklung der Jahresergebnisse

Die Betrachtung der geplanten Jahresergebnisse für das Jahr 2027 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2030 macht deutlich, dass die laufenden Erträge trotz der im kommunalen Vergleich vergleichsweise positiven Erwartungen, insbesondere hinsichtlich der Gewerbesteuererträge, bei Weitem nicht ausreichen, um die laufenden Aufwendungen zu decken.

Insgesamt lässt sich damit ein strukturelles Defizit feststellen. Die steigenden Aufwendungen können nicht durch entsprechende Ertragssteigerungen kompensiert werden. Die bestehenden Fehlbeträge sind damit nicht allein auf einzelne, vorübergehende Belastungen zurückzuführen, sondern spiegeln ein über den gesamten Finanzplanungszeitraum bestehendes Missverhältnis zwischen Erträgen und Aufwendungen wider.

Nutzung haushaltsrechtlicher Möglichkeiten zur Begrenzung der Auswirkungen der Fehlbeträge

Die dargestellte Entwicklung der Jahresergebnisse verdeutlicht, dass im Haushaltsplan 2027 und in der mittelfristigen Finanzplanung erhebliche Fehlbeträge verbleiben. Vor diesem Hintergrund werden die nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften bestehenden Möglichkeiten genutzt, um die Auswirkungen der Fehlbeträge auf die Eigenkapitalentwicklung und die haushaltsrechtliche Situation der Stadt Bocholt zu begrenzen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Instrumente keine Lösung des zugrunde liegenden strukturellen Defizits darstellen. Sie dienen vielmehr dazu, die negativen Auswirkungen der geplanten Jahresfehlbeträge im Rahmen der bestehenden haushaltsrechtlichen Möglichkeiten abzufedern und die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach der derzeitigen Planung zu vermeiden.

Globaler Minderaufwand

Ein Instrument zur Begrenzung der Auswirkungen der negativen Jahresergebnisse ist die Berücksichtigung eines globalen Minderaufwands gemäß § 79 Abs. 3 GO NRW. Dieser wird im vorliegenden Haushaltsplan für die Jahre 2028 bis 2030 berücksichtigt und beträgt jeweils 2 % der ordentlichen Aufwendungen.

Hierdurch werden die geplanten Jahresergebnisse um rund 6,3 Mio. EUR im Jahr 2028, rund 6,4 Mio. EUR im Jahr 2029 und rund 6,4 Mio. EUR im Jahr 2030 verbessert. Nach Berücksichtigung des globalen Minderaufwands verbleiben jedoch weiterhin erhebliche Fehlbeträge. Der globale Minderaufwand trägt damit zur Reduzierung der rechnerischen Fehlbeträge bei, führt jedoch nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der strukturellen Haushaltslage.

Berücksichtigung des prognostizierten Jahresergebnisses 2026

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Ausgangslage für die weitere Haushaltsentwicklung ergibt sich aus den mit dem Dritten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKFWG NRW) geschaffenen Regelungen. Ziel des Gesetzes ist es unter anderem, die tatsächlichen Ist-Ergebnisse stärker als in den Jahren zuvor zur Grundlage der kommunalen Haushaltswirtschaft heranzuziehen, um hierdurch eine realitätsnähere Planung zu ermöglichen.

Für die Haushaltsplanung 2027 kann danach ein belastbares Prognoseergebnis beziehungsweise vorläufiges Ist-Ergebnis des Jahres 2026 berücksichtigt werden. Für das Haushaltsjahr 2026 wurde ein Jahresfehlbetrag von 35,16 Mio. EUR geplant. Nach dem derzeitigen Stand des Controllings zum 30.06.2026 wird eine Verbesserung des Jahresergebnisses um rund 9,6 Mio. EUR prognostiziert. Die wesentlichen Abweichungen der Prognose gegenüber dem Haushaltsansatz ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht:

Budget		Saldo Plan 2026 + ETÜ in €	Saldo Prognose 30.06.26 in €	Abweichung Plan - Prognose	
				in €	in %
00	Beteiligungsgremien	19.600	19.600	0	0,0
02	Demografie	-17.000	-17.000	0	0,0
10	Organisation und Personal	-971.159	-935.130	36.029	+3,7
11	Digitales und IT	-3.875.114	-3.875.114	0	0,0
12	Büro des Bürgermeisters	-1.201.818	-1.332.229	-130.411	-10,9
13	Recht und Vergabe	250.000	260.920	10.920	+4,4
14	Revision	128.885	171.070	42.185	+32,7
20	Öffentliche Ordnung	272.900	280.900	8.000	+2,9
21	Kultur und Bildung	-287.969	-6.630	281.339	+97,7
22	Soziales	-7.632.114	-6.877.871	754.243	+9,9
23	Jugend und Familie	-42.483.994	-41.937.387	546.607	+1,3
24	Feuerwehr	6.143.988	5.121.448	-1.022.540	-16,6
25	Schule und Sport	-25.860.480	-24.996.575	863.905	+3,3
30	Stadtplanung und Bauordnung	212.917	161.717	-51.200	-24,0
31	Grundstücks- und Bodenwirtschaft	459.503	157.021	-302.482	-65,8
32	Zentrale Liegenschaften	-1.295.900	-1.342.700	-46.800	-3,6
33	Mobilität und Umwelt	-13.082.498	-12.794.498	288.000	+2,2
34	Wasserbau	-914.700	-788.755	125.945	+13,8
40	Finanzen und Compliance	-2.056.400	-2.150.380	-93.980	-4,6
	Ergebnis Fachbereiche	**-92.191.353**	**-90.881.593**	**1.309.760**	**+1,4**
	Zentrale Finanzwirtschaft	123.630.600	131.921.200	8.290.600	+6,7
	Personal- und Versorgungsaufwendungen	-64.139.000	-64.139.000	0	0,0
	Abschreibungen etc.	-5.518.400	-5.518.400	0	0,0
	Gesamtergebnis	**-38.218.153**	**-28.617.793**	**9.600.360**	**+25,1**

Die prognostizierte Verbesserung des Jahresergebnisses 2026 wirkt sich positiv auf die Ausgangslage für die weitere Entwicklung des Eigenkapitals aus. Sie führt jedoch nicht dazu, dass die für die Folgejahre geplanten erheblichen Fehlbeträge ausgeglichen werden können.

Entwicklung des Eigenkapitals und Haushaltssicherung

Die Entwicklung der Jahresergebnisse führt im Planungszeitraum zu einer deutlichen Inanspruchnahme des Eigenkapitals. Die nachfolgende Übersicht stellt die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage, der Ausgleichsrücklage und des Eigenkapitals unter Berücksichtigung der aktuellen Prognose für 2026 und der Haushaltsplanung bis 2030 dar.

	Ansatz Haushaltsjahr 2024	Ergebnis Haushaltsjahr 2025	Planwert Haushaltsjahr 2026	Planwert Haushaltsjahr 2027	Planwert Haushaltsjahr 2028	Planwert Haushaltsjahr 2029	Planwert Haushaltsjahr 2030
Allgemeine Rücklage							
Anfangsbestand	246.946.277,62	247.633.381,01	248.765.457,42	232.432.815,42	232.294.415,42	232.156.015,42	198.162.914,25
+/- Verrechnungen aus Sachanlagen	-102.484,48	189.396,48	-138.400,00	-138.400,00	-138.400,00	-138.400,00	-138.400,00
+/- Verrechnungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+/- Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-33.854.701,17	-34.750.700,00
+/- sonstige Korrekturen	789.587,87	942.679,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausbuchung Bilanzierungshilfe NKF CUIG	0,00	0,00	-16.194.242,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Endbestand	**247.633.381,01**	**248.765.457,42**	**232.432.815,42**	**232.294.415,42**	**232.156.015,42**	**198.162.914,25**	**163.273.814,25**
Sonderrücklagen							
Anfangsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+/- Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Endbestand	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Ausgleichsrücklage							
Anfangsbestand	134.266.306,53	144.828.101,52	115.777.091,83	87.159.298,83	42.502.998,83	3.991.998,83	0,00
+/- Jahresergebnis	10.730.760,94	-29.051.009,69	-28.617.793,00	-44.656.300,00	-38.511.000,00	-3.991.998,83	0,00
+/- sonstige Korrekturen	-168.965,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Endbestand (inkl. Jahresergebnis)	**144.828.101,52**	**115.777.091,83**	**87.159.298,83**	**42.502.998,83**	**3.991.998,83**	**0,00**	**0,00**
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**10.730.760,94**	**-29.051.009,69**	**-28.617.793,00**	**-44.656.300,00**	**-38.511.000,00**	**-37.846.700,00**	**-34.750.700,00**
Stand des Eigenkapitals	**392.461.482,53**	**364.542.549,25**	**319.592.114,25**	**274.797.414,25**	**236.148.014,25**	**198.162.914,25**	**163.273.814,25**

Differenz Allg Rücklage	687.103,39	1.132.076,41	-16.332.642,00	-138.400,00	-138.400,00	-33.993.101,17	-34.889.100,00
in Prozent	0,28%	0,46%	-6,57%	-0,06%	-0,06%	-14,64%	-17,61%

Prognose Jahresergebnis 2026

Die Ausgleichsrücklage kann die geplanten Fehlbeträge zunächst auffangen, wird nach der aktuellen Planung jedoch im Jahr 2028 vollständig in Anspruch genommen. Ab dem Jahr 2029 ist daher eine Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage erforderlich. Die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage ist insbesondere vor dem Hintergrund der gesetzlichen Voraussetzungen für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu betrachten.

Nach § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den Bestand der Allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Nach der derzeitigen Planung wird diese Schwelle in den Jahren 2029 und 2030 überschritten. Ohne weitere Maßnahmen würde die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage damit verpflichtend zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes führen.

Um dies nach der derzeitigen Planung zu vermeiden, soll für das Jahr 2030 die Möglichkeit eines Verlustvortrags genutzt werden. Hierdurch soll verhindert werden, dass der für das Jahr 2030 erwartete Jahresfehlbetrag zu einer weiteren entsprechenden Verringerung der Allgemeinen Rücklage führt und damit die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW erfüllt werden.

Bei der Beurteilung der Eigenkapitalentwicklung ist zudem das prognostizierte Ergebnis des Jahres 2026 zu berücksichtigen. Die derzeit erwartete Verbesserung gegenüber dem Planansatz 2026 wirkt sich positiv auf die Ausgangslage der Eigenkapitalentwicklung aus. Gleichwohl bleibt die Entwicklung aufgrund der hohen und über mehrere Jahre anhaltenden Fehlbeträge angespannt.

Für den Jahresabschluss 2026 ist nach derzeitiger Planung und Beschlusslage zudem vorgesehen, die Bilanzierungshilfe nach dem NKF-CUIG in Höhe von 16,2 Mio. EUR einmalig erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.

Zusammenfassend werden damit verschiedene haushaltsrechtliche Möglichkeiten genutzt, um die Auswirkungen der negativen Jahresergebnisse auf die Eigenkapitalentwicklung zu begrenzen und die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach der derzeitigen Planung zu vermeiden. Hierzu zählen insbesondere die Berücksichtigung des prognostizierten Jahresergebnisses 2026, die Einplanung eines globalen Minderaufwands für die Jahre 2028 bis 2030 sowie die vorgesehene Nutzung des Verlustvortrags im Jahr 2030.

Diese Maßnahmen ermöglichen es, die Auswirkungen der negativen Jahresergebnisse im Rahmen der bestehenden haushaltsrechtlichen Möglichkeiten zu begrenzen. Sie lösen jedoch nicht das zugrunde liegende strukturelle Defizit. Die Entwicklung der Jahresergebnisse und der Eigenkapitalausstattung verdeutlicht daher weiterhin einen erheblichen Handlungs- und Konsolidierungsbedarf.

4.12.2 Entwicklung des Finanzplanes- Deckungsbedarf Finanzplan

Auch die Entwicklung des Finanzplanes zeigt die angespannte finanzielle Situation der Stadt Bocholt. Neben den negativen Jahresergebnissen des Ergebnishaushalts entstehen im Finanzhaushalt erhebliche Finanzmittelbedarfe. Insbesondere der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist über den gesamten Finanzplanungszeitraum negativ. Die laufenden Einzahlungen reichen damit nicht aus, um die laufenden Auszahlungen zu decken.

Im Jahr 2027 ergibt sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein negativer Saldo von rund 31,3 Mio. EUR. Auch in den Folgejahren verbleiben negative Salden, die sich bis 2030 auf rund 27,5 Mio. EUR verringern. Zusätzlich entsteht durch die geplanten Investitionsmaßnahmen ein erheblicher Finanzierungsbedarf. Der Finanzmittelfehlbetrag beläuft sich auf rund 65,8 Mio. EUR im Jahr 2027 und rund 97,5 Mio. EUR im Jahr 2028. Für die Jahre 2029 und 2030 werden weiterhin negative Finanzmittelbedarfe von rund 51,0 Mio. EUR bzw. 35,7 Mio. EUR erwartet.

Zur Finanzierung der investiven Maßnahmen sind entsprechende Kreditaufnahmen vorgesehen. Für das Jahr 2027 ist eine Kreditaufnahme für Investitionen von rund 35,2 Mio. EUR vorgesehen; im Jahr 2028 steigt der Bedarf aufgrund des hohen Investitionsvolumens auf rund 68,5 Mio. EUR. Auch in den Jahren 2029 und 2030 sind weitere Kreditaufnahmen eingeplant. Die Kreditaufnahmen dienen dabei insbesondere der Finanzierung der vorgesehenen Investitionstätigkeit.

Trotz der vorgesehenen Kreditaufnahmen führt die Entwicklung des Finanzhaushalts zu einer deutlichen Verschlechterung der Liquidität. Nach der aktuellen Finanzplanung werden liquide Mittel von rund -55,6 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2027, rund -94,9 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2028 und rund -134,6 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2029 erwartet. Für 2030 wird ein negativer Bestand an liquiden Mitteln von rund 174,3 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Entwicklung verdeutlicht, dass neben der Finanzierung der Investitionen insbesondere die Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit zunehmend über weitere Finanzierungsmaßnahmen sichergestellt werden muss. Die strukturelle Unterdeckung des Ergebnishaushalts wirkt sich damit unmittelbar auf die Finanzlage und die Liquiditätsentwicklung der Stadt aus.

Die Entwicklung der liquiden Mittel sowie die vorgesehenen Kreditaufnahmen sind daher auch im Zusammenhang mit der Schuldentragfähigkeit der Stadt zu betrachten. Die hierzu maßgeblichen Entwicklungen werden unter den Ausführungen zur Liquiditätsentwicklung (Ziffer 4.10) und zur Schuldentragfähigkeit (Ziffer 5) näher dargestellt.

Die Finanzplanung zeigt damit, dass neben der Konsolidierung des Ergebnishaushalts auch die Sicherung der laufenden Liquidität eine wesentliche Herausforderung für die mittelfristige Finanzplanung darstellt.

5. Schuldentragfähigkeit

Gemäß § 27 Abs. 1 Hauptsatzung der Stadt Bocholt wird die Tragfähigkeit der Verschuldung der Stadt Bocholt durch die Stadtverordnetenversammlung anhand der Parameter Verhältnis von Tilgungsleistungen und Abschreibungen (relative Grenze) und Maximalwert der Verschuldung (absolute Grenze) festgelegt.

Zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2027 liegen die Wirtschaftspläne der Gebäudewirtschaft Bocholt (GWB) und des Entsorgungs- und Servicebetriebs Bocholt (ESB) noch nicht vor. Eine abschließende Gesamtbetrachtung der Schuldentragfähigkeit unter Einbeziehung des Kernhaushalts, der GWB und des ESB ist daher zum Zeitpunkt der Einbringung noch nicht möglich. Die nachfolgenden Ausführungen und Darstellungen zur Schuldentragfähigkeit beziehen sich daher zunächst auf den Kernhaushalt der Stadt Bocholt. Eine Gesamtbetrachtung kann nach Vorliegen der Wirtschaftspläne ergänzt bzw. im weiteren Haushaltsplanverfahren aktualisiert werden.

5.1 Relative Grenze (§ 27 Abs. 2 Hauptsatzung)

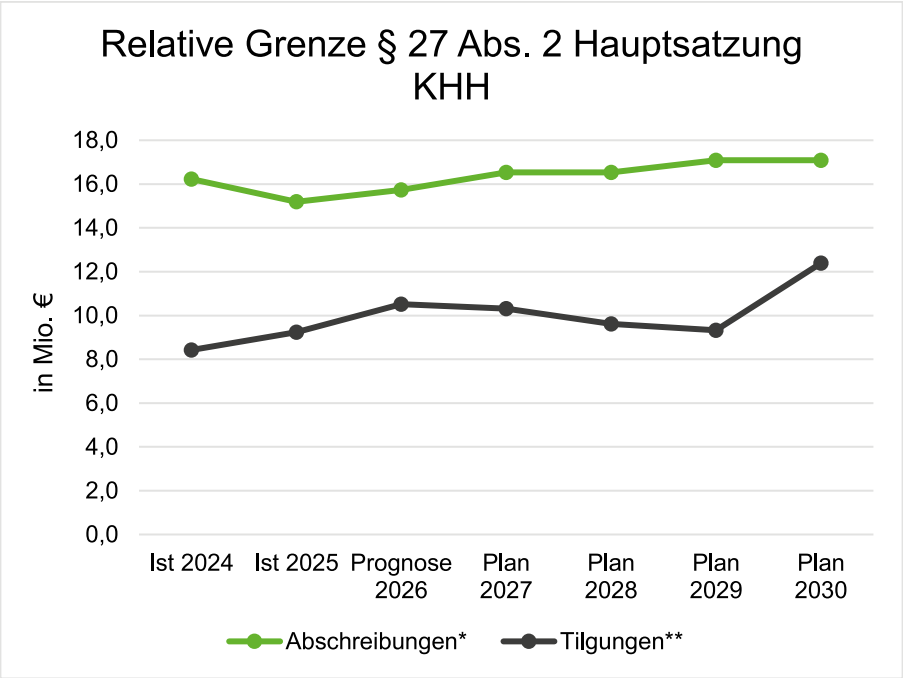
Für die relative Grenze dürfen die planmäßigen Tilgungsleistungen der Investitionskredite eines Haushaltsjahres den Wert der planmäßigen Abschreibungen der Investitionen im Durchschnitt der mittelfristigen Finanzplanung nicht überschreiten.

Tilgungen < Abschreibungen	Liquiditätsaufbau	} Voraussetzungen Abs. 2 erfüllt
Tilgungen = Abschreibungen	Weder Liquiditätsaufbau noch -abbau	} Kreditaufnahme möglich
Tilgungen > Abschreibungen	Liquiditätsabbau	} Voraussetzungen Abs. 2 nicht erfüllt Kreditaufnahme nicht möglich

Betrachtet man die untenstehende Grafik, zeigt sich, dass das Verhältnis zwischen den geplanten Abschreibungen und Tilgungen im Kernhaushalt aktuell und auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum nicht dazu führt, dass die Voraussetzungen für eine Kreditaufnahme nach § 27 Abs. 2 der Hauptsatzung nicht erfüllt sind. Die Tilgungsleistungen liegen im gesamten dargestellten Zeitraum unter den Abschreibungen.

Bis zum Jahr 2029 entwickeln sich Abschreibungen und Tilgungen zunächst mit unterschiedlichen Verläufen. Im Jahr 2030 ist ein deutlicher Anstieg der Tilgungsleistungen vorgesehen. Auch dann bleiben die Tilgungen jedoch unterhalb der Abschreibungen. Insbesondere die geplanten Investitionen im Bereich der Zentralen Liegenschaften, unter anderem für Schulneubauten und das Stadtmuseum, führen zu einem Anstieg der Abschreibungen und Tilgungsleistungen im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Abschreibungen erst mit der Inbetriebnahme der fertiggestellten Vermögensgegenstände anfallen und somit zeitlich nach der Investition entstehen.



Zur Einordnung ist aber hinzuzufügen, dass das Berechnungsmodell der „Relativen Grenze“ davon ausgeht, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen ist. Somit ist die Betrachtung Tilgung zu Abschreibung nur ein Parameter, der Einfluss auf die Liquidität hat. Insoweit ist auf die Ausführungen unter Ziffer 4.10 zur Liquiditätsentwicklung zu verweisen, die u.a. die Auswirkungen der Jahresfehlbeträge auf die Liquiditätsentwicklung darstellen.

5.2 Absolute Grenze (§ 27 Abs. 3 u. 4 Hauptsatzung)

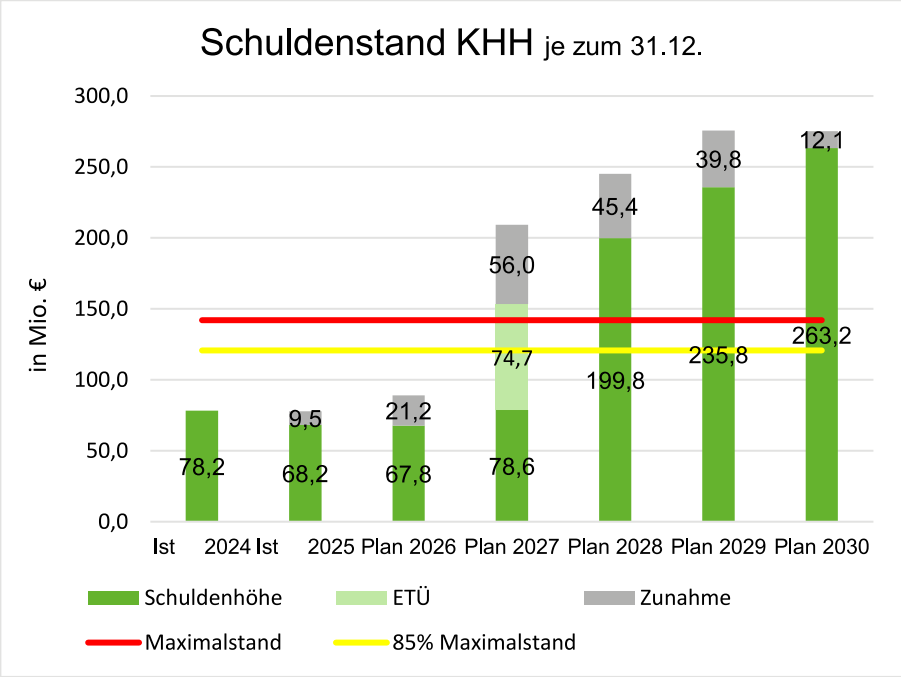
Für die absolute Grenze darf der von Dritten bereitgestellte und ausgezahlte Bestand von Krediten (Ist-Schuldenstand) an die Stadt Bocholt (Kernhaushalt, ESB, GWB) einen tatsächlichen Wert von 343 Mio. EUR (Maximalwert) nicht übersteigen. Der Maximalwert wurde im August 2026 gem. Abs. 5 entsprechend der Veränderungen des Verbraucherpreisindexes angepasst (vorher 333 Mio. EUR).

	2027
Kernhaushalt Stadt Bocholt:	**142 Mio. €**
Gebäudewirtschaft Bocholt:	**194 Mio. €**
Entsorgungs- und Servicebetrieb Bocholt	**7 Mio. €**
	343 Mio. €

Wie oben beschrieben liegen zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2027 die Wirtschaftspläne der GWB und des ESB noch nicht vor. Eine belastbare Prognose des künftigen Gesamtschuldenstandes von Kernhaushalt, GWB und ESB kann daher noch nicht vorgenommen werden. Die nachfolgende Darstellung des geplanten Schuldenstandes bezieht sich deshalb zunächst auf den Kernhaushalt.

Die Grafik zeigt die Entwicklung des Schuldenstandes des Kernhaushaltes auf Grundlage des Ist-Schuldenstandes sowie der vorgesehenen Kreditaufnahmen und Tilgungen. Dabei wird deutlich, dass der Schuldenstand des Kernhaushaltes im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum weiter ansteigt. Die Entwicklung ist insbesondere auf die umfangreichen geplanten Investitionen und deren vorgesehene Finanzierung durch Kreditaufnahmen zurückzuführen.

Eine abschließende Beurteilung der Einhaltung des maximal zulässigen Schuldenstandes von 343 Mio. EUR für die Gesamtbetrachtung kann erst nach Vorliegen und Berücksichtigung der Wirtschaftspläne 2027 von GWB und ESB erfolgen.



Darstellung des Schuldenstandes des Kernhaushaltes ohne Weiterleitungsdarlehn auf Basis des Ist-Schuldenstandes abzgl. Tilgung zzgl. geplanter Schulden

Die Höhe der in 2026 eingerechnete Ermächtigungsübertragung ist vorläufig. Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten erfolgt eine endgültige Festsetzung.

6. Investitionsliste

6.1 Auf die Stadt Bocholt im Haushaltsjahr 2027 zukommende größere Investitionsmaßnahmen

Die Investitionsliste umfasst alle Investitionsmaßnahmen, deren Beginn für das Jahr 2027 vorgesehen ist. Dies betrifft sowohl Maßnahmen, für die eine Verpflichtungsermächtigung (VE) vorgesehen ist, als auch Maßnahmen, für die ein entsprechender Haushaltsansatz in 2027 eingeplant wurde. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel wurden bereits im Rahmen der Haushaltsplanung 2027 sowie der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Die Investitionsliste dient dazu, den politischen Gremien und der Öffentlichkeit einen übersichtlichen Gesamtüberblick über die neu geplanten Investitionsmaßnahmen zu geben. Auf dieser Grundlage besteht für die Stadtverordneten die Möglichkeit, im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechende Anträge zur Durchführung oder Streichung einzelner Investitionsmaßnahmen zu stellen.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit werden die einzelnen Maßnahmen im Anschluss näher erläutert und begründet. Eine ausführlichere Fassung der Investitionsliste mit weiterführenden Angaben, insbesondere zu den voraussichtlichen Folgekosten der einzelnen Maßnahmen, wird den politischen Gremien gesondert zur Verfügung gestellt.

Sustainable Development Goals (SDGs) „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“-

Erstmalig wurden die Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“- die Sustainable Development Goals“ in die Maßnahmenplanung 2023 schrittweise implementiert.

Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ist ein globaler Aktionsplan der Vereinten Nationen für Menschen, den Planeten und den Wohlstand, der von der UN-Generalversammlung im September 2015 verabschiedet worden ist. Es handelt sich um einen „Fahrplan zur Transformation der Welt zum Besseren“.

Bestandteil der „Agenda 2030“ sind 17 globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene. Die sog. Sustainable Development Goals (SDGs) werden durch 169 Unterziele konkretisiert.

Für die Haushaltsplanung und insbesondere für die zukünftige Haushaltsausführung ist zu beachten, dass die Agenda 2030 Grundlage für die im Mai 2021 beschlossene „Sustainable Finance-Strategie“ der Bundesregierung ist. Diese Richtlinie fokussiert sich auf die Finanzmarktpolitik und ist Baustein der nationalen Nachhaltigkeitspolitik. Auch die Stadt Bocholt wird mittelfristig unmittelbar die Folgen der „Sustainable Finance-Strategie“ spüren. Im Rahmen von Anträgen auf finanzielle Förderungen sowie

bei der Beantragung von Darlehen –insbesondere Förderdarlehen- ist zukünftig verstärkt auf die Einhaltung der 17 globalen Ziele (SDGs) zu achten.

Zur Umsetzung und Berücksichtigung der SDGs wurden u.a. die auf die Stadt Bocholt im Finanzplanungszeitraum zukommenden Investitionsmaßnahmen der Investitionsliste einem oder mehreren dieser 17 globalen Ziele zugeordnet.



Weitere Informationen zu den Oberzielen und den dazugehörigen 169 Unterziele können u.a. der folgenden Internetseite entnommen werden: https://www.sdgwatch.at/de/ueber-sdgs/industrie-innovation-und-infrastruktur/

6.2 Investitionsliste 2027

6.2.1 Pflichtinvestitionen

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Realisierung	Bruttobetrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei:	Betroffenes Unterziel(e)
										Lfd. Nr. Ziel	
1	Fachbereich Digitales und IT	031120	006	Kauf von Hardware	2027	230.000	0	230.000	Stromkosten, sowie Personalkosten für die Betreuung der Clients inkl. Lizenzen	4	4.7
2	Allgemeine Sicherheit und Ordnung / Wahlen	022011	006	Maßnahmen im Zusammenhang mit Aufgaben des Krisenmanagements	2027	15.000	0	15.000	Abschreibungen , Personalkosten	9	9.1
3	Allgemeine Sicherheit und Ordnung / Wahlen	022011	005	Mobile Sperrsysteme	2027	25.000	0	25.000	Abschreibungen , Personalkosten	11	11.2
4	Jugend/Familie	062310	001	Erhöhung Baukostenzuschuss TEK	2027	870.000	419.200	450.800	Je (zusätzlichem) Kita-Platz steigen die jährlichen Betriebskosten nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in pauschaler Höhe (Landes- und städtischer Anteil) an. Prognose Folgekosten (städtischer Anteil) bei etwa 40 zusätzlichen Plätzen gesamt: 330.000 € jährlich Aufwand Auflösung ARAP: 174.000 EUR jährlich Ertrag Auflösung PRAP: 83.840 EUR jährlich	4	4.2, 4.a
5	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2027	60.000	0	60.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
6	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2028	30.000	0	30.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
7	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2028	300.000	0	300.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
8	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2028	120.000	0	120.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
9	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2028	100.000	0	100.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
10	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2029	120.000	0	120.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
11	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2029	420.000	0	420.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
12	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2029	100.000	0	100.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Reali-sierung	Brutto-betrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei: Lfd. Nr. Ziel	Betroffenes Unterziel(e)
13	Feuerwehr	022411	004	Beschaffung Feuerwehreinsatzfahrzeuge	2027	66.000	0	66.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile/Wartungsaufand	3,9,11	
14	Feuerwehr	022411	005	Beschaffung Funksprechanlagen	2027	5.100	0	5.100	keine	3,9,11	
15	Feuerwehr	022411	007	Beschaffung feuerwehrtechnischer Ausrüstungsgegenstände	2027 - 2031	50.000	0	50.000	jährliche AfA Ersatz-/Verschleißteile alle 6 Jahre Grundüberholung	3,9,11	
16	Feuerwehr	022411	007	Beschaffung feuerwehrtechnischer Ausrüstungsgegenstände	2027 - 2030	10.000	0	10.000	Ersatz-/Verschleißteile jährliche AfA	3,9,11	
17	Feuerwehr	022411	007	Beschaffung feuerwehrtechnischer Ausrüstungsgegenstände	2027	35.000	0	35.000	Ersatz-/Verschleißteile jährliche AfA (ND 8 Jahre)	3,9,11	
18	Feuerwehr	022411	007	Beschaffung feuerwehrtechnischer Ausrüstungsgegenstände	2027	11.000	0	11.000	Ersatz-/Verschleißteile jährliche AfA	3,9,11	

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Realisierung	Bruttobetrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei: Lfd. Nr. Ziel	Betroffenes Unterziel(e)
19	Feuerwehr	022411	007	Beschaffung feuerwehrtechnischer Ausrüstungsgegenstände	2027	20.000	0	20.000	Ersatz-/Verschleißteile jährliche AfA	3,9,11	
20	Feuerwehr	022411	010	Dienst- und Schutzkleidung	2027	10.000	0	10.000	Reinigungsaufwand jährliche AfA	3,9,11	
21	Feuerwehr	022411	013	Informations- und Kommunikationstechnik	2027	20.000	0	20.000	Wartungsaufwendungen jährliche AfA	3,9,11	
22	Feuerwehr	022411	015	CEUS Feuerwehr	2027	21.500	0	21.500	Wartungsaufwendungen jährliche AfA	3,9,11	
23	Feuerwehr	022411	017	Verwaltungssoftware	2027	3.300	0	3.300	Wartungsaufwendungen	3,9,11	
24	Rettungsdienst	022421	001	Beschaffung Einsatzfahrzeuge	2027	60.000	0	60.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Realisierung	Bruttobetrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei: Lfd. Nr. Ziel	Betroffenes Unterziel(e)
25	Rettungsdienst	022421	001	Beschaffung Einsatzfahrzeuge	2027	16.000	0	16.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
26	Rettungsdienst	002421	001	Beschaffung Einsatzfahrzeuge	2027	180.000	0	180.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
27	Rettungsdienst	022421	002	Geräte Rettungsdienst	2027	150.000	0	150.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
28	Rettungsdienst	022421	002	Geräte Rettungsdienst	2027	22.500	0	22.500	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
29	Rettungsdienst	022421	002	Geräte Rettungsdienst	2028	22.500	0	22.500	Ersatz-/Verschleißteile jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
30	Rettungsdienst	022421	006	Mobile Datenerfassung	2027	6.000	0	6.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
31	Rettungsdienst	022421	012	Erweiterung Software CEVAS	2027	30.000	0	30.000	Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	
32	Rettungsdienst	022421	016	Dienst- und Schutzkleidung	2027	12.000	0	12.000	jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren RD	3	

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Reali-sierung	Brutto-betrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei:	Betroffenes Unterziel(e)
										Lfd. Nr. Ziel	
33	Rettungsdienst	022421	017	Verwaltungssoftware	2027	3.300	0	3.300	Wartungsaufwendungen Refinanzierung über Gebühren RD	3	
34	Schule	032510-032550	001	Schulsachbedarf	2027	94.000	0	94.000	keine	4	4.1, 4.3 4.4, 4.5, 4.6, 4.7
35	Schule	032510-032550	002	Ganztag	2027	147.500	0	147.500	keine	4, 8, 10	4.3, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 8.6, 10.2, 10.3, 10.4
36	Schule	032510-032550	005	Schulbduget investiv	2027	85.200		85.200	keine	4	4.1, 4.3 4.4, 4.5, 4.6, 4.7
37	Schule	032510-032550	001	Schulsachbedarf	2028-2030	94.000	0	94.000	keine	4	4.1, 4.3 4.4, 4.5, 4.6, 4.7
38	Schule	032510-032550	002	Ganztag	2028-2030	147.500	0	147.500	keine	4, 8, 10	4.3, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 8.6, 10.2, 10.3, 10.4
39	Schule	032510-032550	005	Schulbduget investiv	2028-2030	83.600	0	83.600	keine	4	4.1, 4.3 4.4, 4.5, 4.6, 4.7

6.2.2 Freiwillige Investitionen

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Realisierung	Bruttobetrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei: Lfd. Nr. Ziel	Betroffene Unterziel(e)
1	Büro des Bürgermeisters und des Vorstandes	011203	002	Beschaffung von Geräten oberhalb der Wertgrenze	2027	7.000	0	7.000	Personalaufwand	12	12.2
2	Kultur	042121	003	Bocholter Bildtafeln	2027	10.000	0	10.000	0	4	4.3.1
3	Kultur	042121	005	Ausstattung der städt. Bühnentechniker	2027	5.000	0	5.000	AfA	4	4.3.1
4	FRB	022431	001	Beschaffung Vermögensgegenstände	2027	20.000	0	20.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren FRB	3,4,11	
5	FRB	022431	001	Beschaffung Vermögensgegenstände	2027	30.000	0	30.000	Ersatz-/Verschleißteile Wartungsaufwendungen jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren FRB	3,4,11	

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Reali-sierung	Brutto-betrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei:	Betroffene Unterziel(e)
										Lfd. Nr. Ziel	
6	FRB	022431	010	Dienst- und Schutzkleidung	2027	10.000	0	10.000	jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren FRB	3,4,11	
7	FRB	022431	020	Funkausstattung	2027	20.000	0	20.000	jährliche AfA Refinanzierung über Gebühren FRB	3,4,11	
8	Spielräume	082560	001	Spielraummaßnahmen	2027	957.000	0	957.000		11	11.7
9	Sportförderung	082560	002	Beschaffung von Turn- und Sportgeräten	2027	25.000	0	25.000	Personalkosten, AfA	11	3.8 11.7
10	Sportförderung	082560	021	Austausch Kunstrasen 1	2027	350.000	0	350.000	Personalkosten, AfA	11	3.8, 11.7
11	Städtebau/ Umwelt	093011	005	Rahmenplanung Aasee - Sonstige Maßnahmen	2027	80.600	bisher keine; weiterhin Prüfung	80.600	Personalkosten, AfA	11	11.7
12	Städtebau/ Umwelt	093011	005	Rahmenplanung Aasee - Sonstige Maßnahmen	2027	130.000	bisher keine; weiterhin Prüfung	130.000	Personalkosten, AfA	11	11.7

Nr.	Bereich	Produkt	Investition	Überschrift / Bezeichnung	Realisierung	Bruttobetrag	Förderung etc.	Betrag (abzgl. Förderung, etc.)	Neben- / Folgekosten	Die Maßnahme trägt zur Erreichung folgender Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei: Lfd. Nr. Ziel	Betroffene Unterziel(e)
13	Städtebau/ Umwelt	093011	005	Rahmenplanung Aasee - Sonstige Maßnahmen	2027	55.900	bisher keine; weiterhin Prüfung	55.900	Personalkosten, AfA	13	13.1
14	Städtebau/ Umwelt	093011	005	Rahmenplanung Aasee - Sonstige Maßnahmen	2027	70.200	bisher keine; weiterhin Prüfung	70.200	Personalkosten, AfA	11	11.7
15	Städtebau/ Umwelt	093011	005	Rahmenplanung Aasee - Sonstige Maßnahmen	2027	100.750	bisher keine; weiterhin Prüfung	100.750	Personalkosten, AfA	11; 13	11.7; 13.3
16	Mobilität/Umwelt	123311	180	Instandsetzung Brücke TUB	2027	270.000	0	270.000	keine Neben- und Folgekosten, da Ersatzneubau Afa	9	9.1
17	Mobilität/Umwelt	133341	016	Revitalisierung Stadtwald	2027	150.000	0	150.000	keine Neben- und Folgekosten, da Ersatzneubau Afa	11	11.7

6.2.3 Erläuterungen zur Investitionsliste

6.2.3.1 Pflichtinvestitionen

Fachbereich Digitales und IT

Erläuterung:

Aufgrund der Digitalisierung in Schulen sind über 400 digitale Tafeln, 650 Access-Points und 100 Switche in den Schulen installiert worden. Im Rahmen des Förderprogramms DigitalPakt Schule ist in dem Jahr 2022 ein Großteil davon beschafft worden. Der Austausch von bestehenden Systemen ist erforderlich, damit eine Ausstattung nach dem aktuellen Stand der Technik vorhanden ist.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Erhöhung des Anteils mit höherer Bildung, sowie Förderung der Kenntnisse zur nachhaltigen Entwicklung

Alternativen:

Keine Beschaffung. Fördermittel des DigitalPakt 2.0 würden den Haushalt entlasten!

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

Bei Nichthandeln besteht die Gefährdung der IT-Sicherheit und die Erhöhung der Gefahr des Investitionsstaus

Begründung/ Rechtgrundlage für Pflichtinvestitionen*:*

(reine) Pflichtaufgabe

Allgemeine Sicherheit und Ordnung/Wahlen

Nummer 2

Erläuterung:

weitere Anschaffungen für den Ernstfall sowie Ausstattung der Unterkünfte

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufbau einer Infrastruktur für den Katastrophenfall

Alternativen:

Keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

BHKG NRW (Aufgaben der Kommunen im Katastrophenschutz), Erlass des Landes NRW: VüH-SanBt NRW

Begründung/ Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 3

Erläuterung:

Anschaffung einer mobilen Sperre (perspektivisch insgesamt 4) zur Veranstaltungssicherheit

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Ausbau der Veranstaltungssicherheit

Alternativen:

Mieten statt Kaufen

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

OBG NRW, VersG NRW, Orientierungsrahmen des Innenministeriums NRW für Großveranstaltungen im Freien

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Jugend/Familie

Erläuterung:

Um die Versorgung von Kindern mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung sicherstellen zu können, ist es erforderlich, die bestehenden Kitas zu erhalten und neue Kitas zu errichten. Diese Zielsetzung soll durch diverse Baumaßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung erreicht werden. Hierzu sollen städtische Zuschüsse an die Kita-Träger geleistet werden, um die notwendigen Baumaßnahmen und Ausstattungen der Kitas sicherzustellen. Im Jahr 2027 sind folgende Maßnahmen geplant:

Neubau Heilig-Kreuz (A: 280.000; E: 97.200; S: -182.800)
Umbau St. Josef (A: 180.000; E: 40.000; S: -140.000)
Umbau St. Barbara (A: 300.000; E: 210.000; S: -90.000)
Neubau Markgrafenstraße (A: 80.000; E: 72.000; S:-8.000)
Ausstattung Schulkindgruppe (A: 30.000; E: 0,00; S: -30.000)

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Je (zusätzlichem) Kita-Platz steigen die jährlichen Betriebskosten nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in pauschaler Höhe (Landes- und städtischer Anteil) an.

Prognose Folgekosten (städtischer Anteil) bei etwa 40 zusätzlichen Plätzen gesamt: 330.000 € jährlich
Aufwand Auflösung ARAP: 174.000 EUR jährlich
Ertrag Auflösung PRAP: 83.840 EUR jährlich

Alternativen:

Sofern nicht ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen, besteht ein hohes Klagerisiko der Eltern gegen die Stadt Bocholt bei fehlender Bedarfsdeckung (Anspruch ab 1. Lebensjahr auf Betreuungsplatz in Kita oder Tagespflege und ab 3. Lebensjahr auf Kita-Platz). Hierbei kann sich die Stadt Bocholt nicht auf eine Kapazitätsausschöpfung berufen. Sofern die Eltern durch die nicht mögliche Betreuung einen finanziellen Schaden (z. B. Verdienstausfall oder private Betreuungskosten) hatten, können die Eltern diesen Schaden gegenüber der Stadt im Klageverfahren geltend machen.

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

Wie bzgl. der "Alternativen" geschildert, ist die Stadt Bocholt als Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot im Bereich der Kindertagesbetreuung zur Verfügung zu stellen (vgl. § 4 KiBiz und §§ 22 ff. SGB VIII). Hierbei sind auch künftige Entwicklungen im Rahmen eines Bedarfsplanes zu berücksichtigen und vorausschauend umzusetzen. Insofern ist eine zeitnahe Umsetzung der entsprechenden Kita-(Aus-)Baumaßnahmen notwendig (Bedarfsdeckung, Rechtsanspruch).

Begründung Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

Gem. §§ 79, 80 SGB VIII hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung für die örtliche Jugendhilfeplanung. Dies beinhaltet auch die Planung von Kindertageseinrichtungen.

Nummer 5
Erläuterung:
Anschaffung von 2 Tragkraftspritzen
LF 20-3 BOC 1 und LFKatS BOC 2/Suderwick

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 6
Erläuterung:
Anschaffung 1 Tragkraftspritze
GWL 2 BOC 3/Stenern

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine
Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/ Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 7
Erläuterung:
Neuanschaffung
GWL 1 BOC 1
Fahrgestell, Aufbau und Beladung

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 8
Erläuterung:
Neuanschaffung; MTF 5 BOC 1

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 9
Erläuterung:
Neuanschaffung
KdoW 3 BOC 1

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 10
Erläuterung:
Neuanschaffung MTF 6 BOC 1

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 11
Erläuterung:
Neuanschaffung; WLF 26; Fahrgestell, Aufbau, Abrollkipper, Ladekran

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 12
Erläuterung:
Neuanschaffung
KdoW 2 BOC 1

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 13
Erläuterung:
Neubeschaffung PKW/FW BOC 1

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
Brandschutzbedarfsplan

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 14
Erläuterung:
Im Zusammenhang mit dem Austausch alter Funkgeräte sind auch die Ladegeräte auszutauschen aus Gründen der Kompatibilität; zudem sind neue Faustmikrophone anzuschaffen

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 15

Erläuterung:

Austausch 10 Atemschutzgeräte jährlich bis 2031

Aufgrund von Herstellerinformationen läuft die Lieferung von Ersatzteilen für die bisher im Einsatz befindlichen Atemschutzgeräte Ende 2030 aus. Insgesamt sind davon 60 Geräte betroffen. Die Anschaffung der Pressluftatmer soll sukzessive über den Zeitraum von 2027 bis einschließlich 2031 erfolgen. Jährlich müssen 10 Geräte ausgetauscht werden. Sofern ausgetauschte Geräte noch nutzbar sind, werden diese als Übungsgeräte weiter genutzt. Für den Einsatz müssen die Atemschutzgeräte den neuesten Technikstandards entsprechen und für die entsprechende Einsatznotwendigkeit konfiguriert sein.

Kosten jährlich 50.000 EUR

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen; ArbSchG, DGUV, FwDV

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 16

Erläuterung:

Austausch Atemschutzmasken jährlich bis 2030

Aufgrund von Herstellerinformationen läuft auch die Lieferung von Ersatzteilen für die bisher im Einsatz befindlichen Atemschutzvollmasken Ende 2026 aus. Alle Ersatzteile, wie Sprechmembran, Ventile und Dichtungen unterliegen einem Austauschintervall zwischen 2 und 6 Jahren. Ein Austausch durch den Wechsel auf ein neues Modell ist somit unumgänglich. Der Austausch soll bis Ende 2030 abgeschlossen sein.

Kosten jährlich 10.000 EUR

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
ArbSchG, DGUV, FwDV

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 17

Erläuterung:

Prüfgerät SmartCheck mit Zubehör

Beim SmartCHECK der Feuerwehr handelt es sich um einen hochmodernen, kompakten und vollautomatischen Atemschutz-Prüfstand. Er dient den Gerätewarten in der Atemschutzwerkstatt zur zuverlässigen Überprüfung der persönlichen Schutzausrüstung (Vollmasken, Lungenautomaten, Pressluftatmer) nach gesetzlichen Normen.

Das vorhandene Prüfgerät ist von 2019 bei einer Abschreibungsfrist von 8 Jahren, Die Restnutzungsdauer beträgt aktuell 10 Monate. Aufgrund der hohen Auslastung ist es bei dem vorhandenen Prüfgerät vermehrt zu Ausfällen gekommen. Ein Ausfall über einen längeren Zeitraum würde dazu führen, dass die zwingend erforderliche Prüfung der Atemschutzgeräte nicht mehr durchführbar ist und so die ständige Einsatzbereitschaft nicht mehr gewährleistet ist.

Die Neuanschaffung ist somit ohnehin für 2027 anstehend, wobei das erste Gerät weiterhin als Redundanz verbleiben soll, sofern dies funktionsfähig ist.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
ArbSchG, DGUV, FwDV

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 18

Erläuterung:

Trockenschrank Geräte Atemschutz

Ein Trockenschrank für Atemschutzgeräte dient der Reinigung und Desinfektion für eine hygienische und materialschonende Trocknung von Vollmasken und Lungenautomaten, um Keimbildung zu verhindern und die Einsatzbereitschaft schnellstmöglich wiederherzustellen.

Seit 2010 ist ein kleinerer Trockenschrank in Betrieb, der aktuell auch noch voll funktionsfähig ist. Aufgrund der zunehmenden Auslastung, insbesondere auch durch die FRB, ist die Kapazität allerdings nicht mehr ausreichend. Zudem können die Tragegestelle in bisherigen Schrank nicht getrocknet werden, so dass die Neuanschaffung eines Schrankes erfolgen soll, in den 6 Schalen parallel getrocknet werden können.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen
ArbSchG, DGUV, FwDV

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 19

Erläuterung:

Armaturenprüfwagen

Ein Armaturenprüfwagen für die Feuerwehr ist eine mobile Prüfeinrichtung zur gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfung wasserführender Armaturen und Schläuche.

Bisher müssen zur Durchführung der Prüfungen Einsatzfahrzeuge komplett in Betrieb genommen und aus dem regulären Dienst herausgesetzt werden. Dies verursacht einen erheblichen Zeit- und Personalaufwand.

Zusätzlich muss die Fahrzeugpumpe während der Prüfungen dauerhaft ein- und ausgeschaltet werden. Dabei wird die Pumpe häufig für kurze Zeit mit hoher Drehzahl betrieben, was auf Dauer nicht förderlich für die Lebensdauer der Pumpe ist und zu erhöhtem Verschleiß führt.

Auch der Kraftstoffverbrauch ist erheblich, da während der gesamten Prüfzeit der Fahrzeugmotor betrieben werden muss und dadurch unnötig viel Dieselkraftstoff verbraucht wird.

Durch den Einsatz des Armaturenprüfwagens können die Prüfungen deutlich effizienter, platzsparender, leiser und wirtschaftlicher durchgeführt werden. Darüber hinaus kann der Prüfwagen auch an die Standorte der anderen Gerätehäuser transportiert werden, um dort die weiteren Prüfungen durch zu führen.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 20

Erläuterung:

Anschaffung von Dienst- und Schutzkleidung; zusätzlicher Bedarf durch neues Personal und Auszubildende Brandmeisteranwärter

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen; ArbSchG, DGUV, FwDV

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 21

Erläuterung:

Anpassung und Ausweitung Wachalarm

Mit dem Wachalarm erfolgt die gezielte Alarmierung innerhalb der Wache durch akustische und visuelle Signale, beinhaltet die fahrzeugbezogene Gebäudesteuerung und benötigt Schnittstellen zu den Zusatzdiensten wie Groupalarm, um die Einsatzverfügbarkeit sicherzustellen. Für 2027 ist eine notwendige technische Anpassung vorzunehmen sowie die Ausweitung/Einbindung des Systems in die Bereiche Suderwick und Stenern.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 22

Erläuterung:

Im Zusammenhang mit der digitalen Einsatzunterstützung ist die Anschaffung von Tablets inklusive Halterung für die Einsatzfahrzeuge erforderlich, um die für den Einsatz erforderlichen Daten unmittelbar digital zur Verfügung zu haben (11.500 EUR).
Darüber hinaus sind noch nicht alle Einsatzfahrzeuge für die notwendige digitale Einsatzunterstützung ausgestattet, insbesondere für den Bereich Stenern und Suderwick. Damit zusammenhängend ist ein Upgrade der Software CEUS (mobile Einsatzunterstützung) auf die Version 3 zwingend erforderlich (10.000 EUR).

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 23

Erläuterung:

InManSys ist ein spezialisiertes Controlling-, Analyse- und Planungssystem für die Bereiche Feuerwehr und Rettungsdienst, welches den Betrieb, die Bedarfsplanung und das Qualitätsmanagement datengestützt optimiert. Für 2027 ist die Anschaffung eines Moduls für die Einsatzzeitanalyse/Belastungsanalyse erforderlich. Die Gesamtkosten für die Erweiterung belaufen sich auf rd. 6.600 EUR, die anteilig zu je 50 % auf FW und RD aufzuteilen sind.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben BHKG und RettG sowie weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Rettungsdienst
Nummer 24
Erläuterung:
Anschaffung Fahrtrage PowerPro II inklusive Tragesystem Power-Load System
RTW 5 (bisher RTW 1, Inbetriebnahme bereits 2020 erfolgt, Trage ist auszuwechseln)

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 25
Erläuterung:
Anschaffung Tragesessel Raupensystem

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft im Rahmen Brandschutz und Hilfeleistung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 26
Erläuterung:
Neuanschaffung Notarzteinsatzfahrzeug NEF 1

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 27
Erläuterung:
Neuanschaffung 3 Patientenmonitore/Defibrilatoren corpuls c3
Die Gesamtlebensdauer des Corpuls C 3 liegt herstellerseitig bei 10 Jahren. Ersatzbeschafft werden müssen drei Geräte aus den Baujahren 2010, 2011 sowie 2012. Die betreffenden Geräte wurden bei den turnusmäßigen Wartungen als deutlich überfällig zum Austausch gekennzeichnet. Abschreibungstechnisch beläuft sie die Nutzungsdauer auf 84 Monate, so dass auch hier seit Jahren die Vollabschreibung der seinerzeit in Betrieb genommenen Geräte erfolgt ist.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 28

Erläuterung:

Anschaffung 5 Videolaryngoskope

Das Videolaryngoskop ist ein medizinisches Instrument zur Inspektion des Kehlkopfes mit der Möglichkeit der Bildübertragung des Endoskopbildes auf einen Bildschirm.

Diese sollen kreisweit flächendeckend für alle RTW zum Einsatz kommen. Grundlage ist eine Empfehlung aus der S1-Richtlinie “Atemwegsmanagement” aus 2023 und der thematischen Behandlung im Qualitätsmanagementzirkel für des Rettungsdienst des Kreises Borken.

Da ein RTW im Falle einer Narkoseeinleitung als anästhesiologischer Arbeitsplatz anzusehen ist, ergibt sich somit die Notwendigkeit der Beschaffung für die 5 RTW.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 29
Erläuterung:
Anschaffung modularer Rucksacksysteme
7.500 € Rucksäcke RTW "rot"
7.500 € Rucksäcke KTW "blau"
5.000 € Rucksäcke KTW "FiRe"
2.500 € Rücksacksystem "Praxisanleitung"

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 30
Erläuterung:
Technische Aufrüstung und Nachrüstung WLAN Corpuls C 3 Gerätenummer 6/NEF; Integration in die Telemetrie-Systeme

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 31

Erläuterung:

CEVAS ist das Einsatzverwaltungs- und Abrechnungssystem für die Einsätze im Rettungsdienst. Die Aktualisierung der Software ist zwingend erforderlich und ggf. auch nicht mehr revisionssicher.

Um den aktuellen Anforderungen im Rettungsdienst gerecht werden zu können, ist ein Releaseupgrade auf Version 5.0 notwendig (Performancesteigerung, Erweiterung der Plausibilitätsprüfungen, standardisierter Adressaufbau nach DIN Standard, standardisiertes DTA Protokoll, Vollständig überarbeitete Patientenauswahl, letzte 10 Aktenvermerke in der Patientenauswahlmaske CEVAS® Rettungsdienst)

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

Update zwingend erforderlich (rechtliche/tarifliche Konformität, Sicherheitslücken, Kompatibilität Betriebssystem, Bugfixes)
gesetzliche Vorgaben

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 32
Erläuterung:
Anschaffung Schutzhelme Rettungsdienst; Neuanschaffungen erforderlich, aktuelle Helme älter als 10 Jahre

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Vorschriften zur persönlichen Schutzausrüstung; Arbeitsschutz

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 33
Erläuterung:
InManSys ist ein spezialisiertes Controlling-, Analyse- und Planungssystem für die Bereiche Feuerwehr und Rettungsdienst, welches den Betrieb, die Bedarfsplanung und das Qualitätsmanagement datengestützt optimiert. Für 2027 ist die Anschaffung eines Moduls für die Einsatzzeitanalyse/Belastungsanalyse erforderlich. Die Gesamtkosten für die Erweiterung belaufen sich auf rd. 6.600 EUR, die anteilig zu je 50 % auf FW und RD aufzuteilen sind.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Aufrechterhaltung der vorgeschriebenen flächendeckenden rettungsdienstlichen Versorgung

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
gesetzliche Vorgaben Rettungsdienstgesetz NRW, Rettungsdienstbedarfsplan und weitere Ausführungsbestimmungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Schule
Nummer 34
Erläuterung:
Über alle Schulformen hinweg, werden Mittel für die Ausstattung von Fachräumen, Hilfsmittel für sonderpädagogischen Förderbedarf gestellt. Es ist damit zu rechnen, dass der Förderbedarf ansteigt. Durch die Sanierungen diverser Schulen müssen Fachräume neu ausgestattet werden.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
stetige Verbesserung der sachl. Ausstattung für beste Bildungsbedingungen

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Moderne Bildungsbedingungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 35
Erläuterung:
Bei allen Schulformen müssen die Mensen für den Ganztagesbetrieb ausgestattet sein. Dazu kommen im Grundschulbereich Investitionen für die Ausstattungen der OGSen.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
gesunde und nahrhafte Verpflegung, qualitativ hochwertige Betreuung und bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungsplätzen vor dem Hintergrund des Ganztagsanspruchs

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Bedarfsdeckung und Rechtsanspruch auf Ganztag

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 36
Erläuterung:
Bei allen Schulformen haben die Schulen die Möglichkeit aus dem Schulbudget zu inventarisierende Gegenstände anzuschaffen. Dies ist im Budgetierungsleitfaden geregelt.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
stetige Verbesserung der sachl. Ausstattung für beste Bildungsbedingungen

Alternativen:
keine
Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Moderne Bildungsbedingungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:
(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 37

Erläuterung:

Über alle Schulformen hinweg, werden Mittel für die Ausstattung von Fachräumen, Hilfsmittel für sonderpädagogischen Förderbedarf gestellt. Es ist damit zu rechnen, dass der Förderbedarf ansteigt. Durch die Sanierungen diverser Schulen müssen Fachräume neu ausgestattet werden. Durch allgemeine Preissteigerungen wird hier dauerhaft mit Erhöhungen gerechnet.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

stetige Verbesserung der sachl. Ausstattung für beste Bildungsbedingungen

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

Moderne Bildungsbedingungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 38

Erläuterung:

Bei allen Schulformen müssen die Mensen für den Ganztagesbetrieb ausgestattet sein. Dazu kommen im Grundschulbereich Investitionen für die Ausstattungen der OGSen. Durch allgemeine Preissteigerungen wird hier dauerhaft mit Erhöhungen gerechnet.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

gesunde und nahrhafte Verpflegung, qualitativ hochwertige Betreuung und bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungsplätzen vor dem Hintergrund des Ganztagsanspruchs

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

Bedarfsdeckung und Rechtsanspruch auf Ganztag

Begründung/ Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

Nummer 39

Erläuterung:

Bei allen Schulformen haben die Schulen die Möglichkeit aus dem Schulbudget zu inventarisierende Gegenstände anzuschaffen. Dies ist im Budgetierungsleitfaden geregelt. Durch allgemeine Preissteigerungen wird hier dauerhaft mit Erhöhungen gerechnet.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:

stetige Verbesserung der sachl. Ausstattung für beste Bildungsbedingungen

Alternativen:

keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):

Moderne Bildungsbedingungen

Begründung/Rechtsgrundlage für Pflichtinvestitionen:

(reine) Pflichtaufgabe

6.2.3.2 Freiwillige Investitionen

Büro des Bürgermeisters

Erläuterung:
Für die Eigenproduktion von Pressebeiträgen werden Materialien angeschafft um professionell arbeiten zu können (BSP Drohnen ggf. kleines Fernsehstudio etc.)

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Durch die Nutzung der angeschafften Materialien (Drohen, Kameras usw.) können Videos produziert werden, so dass der Reccourcenverbrauch (z.B. Druck von Infobroschüren) verringert wird.

Alternativen:
Keine Beschaffung

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Keine

Begründung für Investition:
Beschaffung von Hardware zur Eigenproduktion von Videos und sonstigen digitalen Medieninhalten zur Sicherstellung eines professionellen und standardisierten Social-Media-Auftritts der Stadt Bocholt. Durch die verstärkte Eigenleistung wird eine Reduzierung der erforderlichen konsumtiven Fremdleistungen (Sach- und Dienstleistungen) erzielt.

Kultur
Nummer 2

Erläuterung:
Im Stadtgebiet soll weiterhin an geschichsträchtigen Orten auf die dort seinerzeit befindlichen Liegenschaften und Gebäude hingewiesen werden. Gesamtansatz 2027 damit 11.500 €.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Bildungspunkte in der Öffentlichkeit

Alternativen:
nur im Internet

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
keine

Begründung für Investition:
Kulturelle Bildung, Tourismus, Identitätsstiftung

Nummer 3
Erläuterung:
Das technische Equipment der Bühnentechniker muss regelmäßig auf dem Laufenden gehalten werden. Gesamtansatz 2027 damit 15.000 €.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Gewährleistung innovativer und hochwertiger Bildungsmöglichkeiten; Sicherstellung des Lehrbetriebes

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Keine

Begründung für Investition:
ohne aktuelle Technik keine adäquaten Veranstaltungen

FRB
Nummer 4

Erläuterung:
Anschaffung 2 Simulationspuppen Reanimation. Die Simulationspuppen zur Reanimation (CPR-Puppe) dienen dem realitätsnahen Erlernen und Trainieren der Herz-Lugen-Wiederbelebung. Es gibt dabei unterschiedliche Trainingsmodelle je nach Einsatzzweck. Die Simulationspuppen zur Reanimation werden an der FRB stark beansprucht. 2027 müssen zwei Puppen aus den Anschaffungsjahren 2018 und 2021 ersatzbeschafft werden.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Gewährleistung innovativer und hochwertiger Bildungsmöglichkeiten; Sicherstellung des Lehrbetriebes

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
§ 4 des NotSanG beschreibt die Ausbildungsziele, zu denen die Auszubildenden durch die FRB als Berufsfachschule befähigt werden sollen. Grundlegend für die Vermittlung der dort geforderten Wissensinhalte und beruflichen Kompetenzen ist die Schaffung möglichst realistischer Trainingsszenarien für die Auszubildenden. Hierzu ist die Anschaffung von geeigneten Simulationsgeräten zwingend erforderlich. Durch diese können die Auszubildenden auf die Bewältigung von Situationen, die im Realfall eintreten werden, optimal vorbereitet werden. Ziel ist dabei immer die bestmögliche Patientenversorgung zu gewährleisten

Begründung für Investition:
Freiwillige Investition

Nummer 5
Erläuterung:
Anschaffung 3 Smartboards. Die derzeit im Einsatz befindlichen Präsentationsgeräte (vier-Quellen Ultrakurzdistanzbeamer) sind seit mehreren Jahren im Einsatz. Ein Ausfall und eine damit verbundene Ersatzbeschaffung ist zu erwarten.
Diese sollen ersetzt werden durch die Anschaffung von Smartboards. Diese nutzen ein interaktives Display und sind im Vergleich zu starren Beamern oder Whiteboard aufgrund der digitalen Anwendungsmöglichkeiten und Konnektivitätsoptionen deutlich flexibler einsetzbar.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Gewährleistung innovativer und hochwertiger Bildungsmöglichkeiten; Sicherstellung des Lehrbetriebes

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Smartboards sind für den Unterricht unerlässlich. Sie ermöglichen multimediale Präsentationen und eine Einbindung von Lern-Apps, die in der FRB zum Einsatz kommen. Insbesondere bei der Wissensvermittlung an einer Berufsfachschule muss die Darstellung von Fachsoftware, eine Plattformunabhängigkeit sowie Multi-Screen-Sharing gewährleistet sein.

Begründung für Investition:
Freiwillige Investition

Nummer 6
Erläuterung:
Anschaffung von Chemieschutzanzügen (CSA). CSA dienen zum Schutz der Einsatzkräfte vor gefährlichen festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen. Im Rahmen der Ausbildung werden damit die notwendigen Handgriffe und der richtige Umgang mit der Spezialkleidung vermittelt

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Gewährleistung innovativer und hochwertiger Bildungsmöglichkeiten; Sicherstellung des Lehrbetriebes

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Die CSA kommen im Rahmen der feuerwehrtechnischen Ausbildung häufig zum Einsatz. Der bisherige Bestand ist auszutauschen bzw. zu ergänzen. Angeschafft werden aus Kostengründen nach Möglichkeit ausgemusterte CSA.

Begründung für Investition:
Freiwillige Investition

Nummer 7
Erläuterung:
Anschaffung von Funkgeräten
Für Ausbildungszwecke sind 12 Funkgeräte neu anzuschaffen. Zudem ist die Anschaffung von Funkgeräten für das im Zulauf befindliche Übungs-HLF der FRB erforderlich.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Gewährleistung innovativer und hochwertiger Bildungsmöglichkeiten; Sicherstellung des Lehrbetriebes

Alternativen:
keine

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Der Austausch der Funkgeräte ist zwingend erforderlich (Ersatz für defekte Geräte)

Begründung für Investition:
Freiwillige Investition

Spielräume
Nummer 8

Erläuterung:
Zur Optimierung der bestehenden Spielflächen stehen in den kommenden Jahren verschiedene Renovierungen von Spielplätzen an. Ursprünglich waren für 2027 660.000 € im Fachbereich 23 geplant.

Ersatzbeschaffungen	170.000 €
Neuanlage Kreuzkamp/Siegeheide	330.000 €
Neuanlage Weberinsel	240.000 €
Gerätetausch Heinrich-von-Bretano-Straße	80.000 €
Gerätetausch Walter-Hallstein-Weg	100.000 €
Erneuerung Kunststoffbahn KuBAai-Spielplatz	37.000 €

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Schaffung sicherer und inklusiver Sport- und Spielflächen als wichtige Bestandteile des öffentlichen Raums

Alternativen:
Verzicht auf Spielgeräte/ neue Spielräume

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Vermeidung von Spielflächensperrungen und gesetzliche Vorgabe für Neuanlagen von Spielflächen in Neubaugebieten.

Begründung für Investition:
Die Maßnahmen dienen der Aufrechterhaltung bzw. Entwicklung der städtischen Spielräume gemäß Spielraumentwicklungsplan

Sportförderung
Nummer 9

Erläuterung:
Ersatz- und Neubeschaffungen von Sportgeräten in Bocholter Turnhallen, damit ein sicherer Schulsport gewährleistet werden kann.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Schaffung sicherer und inklusiver Sport- und Spielflächen als wichtige Bestandteile des öffentlichen Raums

Alternativen:
Verzicht auf Ersatz-/Neubeschaffungen

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Es besteht ein Investitionsrückstand bzgl. Des Schulsports ist die Ausstattung mit Grundsportgeräten zwingend

Begründung für Investition:
siehe Dringlichkeit

Nummer 10
Erläuterung:
Bei den ersten drei in 2015 errichteten Kunstrasenplätzen (TuB Bocholt, SF Lowick, Sportzentrum Am Hünting) steht nach Ablauf der üblichen Haltwertzeit (12-15 Jahre) die Erneuerung des Oberbodens an. Die Entscheidung, welcher Platz wann erneuert wird, wird unter Berücksichtigung der örtlichen Überprüfung durch den ESB erfolgen.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Schaffung sicherer und inklusiver Sport- und Spielflächen als wichtige Bestandteile des öffentlichen Raums

Alternativen:
Verzicht auf die Erneuerung

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Die Maßnahmen dienen der bedenkenlosen Bespielbarkeit des Kunstrasenplatzes.

Begründung für Investition:
Sicherung des Sportangebots, Förderung des Breitensports, Bestandssicherung der Sportvereine

Städtebau/ Umwelt
Nummer 11
Erläuterung:
Hinweis auf die BV 276/2023 und 269/2024 nebst aktueller Kosten- und Finanzierungsübersicht
Mit Blick auf die im Rahmenplan vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen des beschlossenen mittleren Finanzierungspfads hat die Verwaltung geprüft, welche Projekte in den Jahren 2027-2030 personell und finanziell umsetzbar wären.
Hier: Maßnahme Ü. 3.1 des Rahmenplans Aasee = Errichtung eines attraktiven Sitzmobiliars

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Um die Aufenthaltsqualitäten zu stärken, sind rund um den gesamten See neue, qualitativ hochwertige Sitzbänke zu errichten. Sie sollen einen direkten Bezug zur Erlebbarkeit der Eigenarten des Bocholter Aasees herstellen. Ergänzend sind dabei ausreichend Abfallbehälter aufzustellen. Darüber hinaus sollen besondere Aufenthaltsqualitäten an ausgewählten Standorten erzeugt werden. Dazu können Wellenliegen oder Sitzstufen dienen, die sich gestalterisch in die Umgebung einfügen und so Verbundenheit herstellen. Picknicktische, die vielseitig nutzbar und explizit auch zum Gesellschaftsspiele spielen einladen sollen, sollen in der Nähe zur Freizeitanlage positioniert werden.

Alternativen:
Verzicht

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Umsetzung im Wege der durch die Vorlagen 276/2023 sowie 269/2024 beschlossenen Rahmenplanung Aasee als Maßnahme ab 2027

Begründung für Investition:
s. Dringlichkeit

Nummer 12
Erläuterung:
Hinweis auf die BV 276/2023 und 269/2024 nebst aktueller Kosten- und Finanzierungsübersicht
Mit Blick auf die im Rahmenplan vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen des beschlossenen mittleren Finanzierungspfads hat die Verwaltung geprüft, welche Projekte in den Jahren 2027-2030 personell und finanziell umsetzbar wären.
Hier: Maßnahme 2.5 des Rahmenplans Aasee = Grillwiese modernisieren

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Um die heute bereits häufig genutzte Fläche auch langfristig attraktiv zu halten, ist die Grillwiese zu modernisieren. Dazu gehört die Sanierung des Mobiliars. Darüber hinaus ist das Aufstellen von öffentlichen Gas- oder Elektrogrills eine nachhaltige, hygienische und sichere Alternative zu den Kohlegrillplätzen im Bestand. Diese sind durch einen Münzeinwurf zeitlich begrenzt nutzbar. Auch wenn ein erhöhter Unterhaltungsaufwand durch die Schaffung neuer Grills entsteht, ist der Pflegeaufwand niedrig und aus Sicherheitsgründen zu empfehlen.

Alternativen:
Verzicht

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Umsetzung im Wege der durch die Vorlagen 276/2023 sowie 269/2024 beschlossenen Rahmenplanung Aasee als Maßnahme ab 2027

Begründung für Investition:
s. Dringlichkeit

Nummer 13
Erläuterung:
Hinweis auf die BV 276/2023 und 269/2024 nebst aktueller Kosten- und Finanzierungsübersicht
Mit Blick auf die im Rahmenplan vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen des beschlossenen mittleren Finanzierungspfads hat die Verwaltung geprüft, welche Projekte in den Jahren 2027-2030 personell und finanziell umsetzbar wären.
Hier: Maßnahme 6.3 des Rahmenplans Aasee = Integration von Schattenspendenden Elementen (Sonnensegel)

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
In der Badebucht sind mehr Schattenplätze herzustellen. Dafür sind im Bereich des Liegestrands zwischen Fuß- und Radweg punktuell Baumneupflanzungen vorzusehen. Im inneren Bereich der Fußpromenade sind größere Sonnensegel als schattenspendende Elemente zu errichten. Die Sonnensegel sollen dabei bestmöglichst so aufgestellt werden, dass sie mit Veranstaltungen vereinbar sind und feste Standorte besitzen.

Alternativen:
Verzicht

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Umsetzung im Wege der durch die Vorlagen 276/2023 sowie 269/2024 beschlossenen Rahmenplanung Aasee als Maßnahme ab 2027

Begründung für Investition:
s. Dringlichkeit

Nummer 14
Erläuterung:
Hinweis auf die BV 276/2023 und 269/2024 nebst aktueller Kosten- und Finanzierungsübersicht
Mit Blick auf die im Rahmenplan vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen des beschlossenen mittleren Finanzierungspfads hat die Verwaltung geprüft, welche Projekte in den Jahren 2027-2030 personell und finanziell umsetzbar wären.
Hier: Maßnahme Ü 2.3 des Rahmenplans Aasee = Schaffung eines Beschilderungssystems

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Das Beschilderungssystem des Aasees soll erneuert werden, um bedeutsame Räume und Nutzungen auszuschildern. Die Beschilderung soll einheitlich ausgeführt sein und insbesondere an den wichtigen Zugangs- und Kreuzungspunkten Orientierung geben. Die Beschilderung kann zudem durch das Anbringen von QR-Codes zusätzlich auf digitale Informationen zum Aasee hinweisen.

Alternativen:
Verzicht

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Umsetzung im Wege der durch die Vorlagen 276/2023 sowie 269/2024 beschlossenen Rahmenplanung Aasee als Maßnahme ab 2027

Begründung für Investition:
s. Dringlichkeit

Nummer 15
Erläuterung:
Hinweis auf die BV 276/2023 und 269/2024 nebst aktueller Kosten- und Finanzierungsübersicht
Mit Blick auf die im Rahmenplan vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen des beschlossenen mittleren Finanzierungspfads hat die Verwaltung geprüft, welche Projekte in den Jahren 2027-2030 personell und finanziell umsetzbar wären.
Hier: Maßnahme Ü 1.3 des Rahmenplans Aasee = Schaffung eines Naturerlebnispfades

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Der menschliche Einfluss auf die Natursoll insgesamt möglichst niedrig gehalten werden. An einigen Stellen wird ein Eingriff allerdings als notwendig angesehen. Interaktive Naturlehrpfade an der Ost- und Westseite des Aasees mit dazugehörigen Naturbeobachtungsstellenstellen dabei wesentliche Elemente der Naturbildung dar.

Alternativen:
Verzicht

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Umsetzung im Wege der durch die Vorlagen 276/2023 sowie 269/2024 beschlossenen Rahmenplanung Aasee als Maßnahme ab 2027

Begründung für Investition:
s. Dringlichkeit

Nummer 16
Erläuterung:
Die Holzbrücke befindet sich in den Grünanlagen des Sportzentrums. Die Brücke ist in einem schlechten Zustand. Ein Ersatzbaubau ist erforderlich

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Die Dauerhaftigkeit und die Verkehrssicherheit werden hergestellt

Alternativen:
Verzicht auf Brücke

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Diverse Bauteile sind in einem schlechten Zustand. Falls die Brücke nicht erneuert würde, müsste diese gesperrt oder einzelne Bauteile saniert werden. Der Ersatz ist die wirtschaftlichere Alternative.

Begründung für Investition:
Die Brücke ist Teil der Wegeverbindung in der Grünanlage

Nummer 17
Erläuterung:
Der Stadtwald ist ein wichtiges Naherholungsgebiet in Bocholt. Der vorhandene Trimm-Dich-Pfadentspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen und ist nur noch eingeschränkt nutzbar. Das großzügige Rodelbergareal weist ungenutztes Potenzial auf.

Erläuterung der Zielerreichung im konkreten Einzelfall:
Attraktivitätssteigerung des Stadtwaldes als Naherholungsgebiet

Alternativen:
Verzicht auf Maßnahmen

Dringlichkeit (u.a. rechtl. Vorgaben):
Beauftragung der Verwaltung zur Entwurfsplanung durch Beschluss der Vorlage 163/2026

Begründung für Investition:
Durch die Schaffung eines neuen Spiel- und Sportangebotes soll das Rodelbergareal als Naherholungsangebot und Ausflugsziel attraktiviert und die Verbindung zum Kernbereich des Stadtwaldes gestärkt werden.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Abf.	Abführung
AbfG	Abfallgesetz
ABK	Abwasserbeseitigungskonzept
ADV	Allgemeine Datenverarbeitung
AFWoG	Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
AG	Ausführungsgesetz
AGY	Abendgymnasium
ARS	Abendrealschule
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AuslG	Ausländergesetz
außersch.	außerschulisch
AVerwGebO	Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung
AVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift
AWK	Abwasserwirtschaftskonzept
BA	Bauabschnitt
BAB	Betriebsabrechnungsbogen
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauO NW	Bauordnung für das Land Nordrhein-Westf.
Berücks.	Berücksichtigung
Bet.	Beteiligungen
BEW	Bocholter Energie- und Wasserwerke
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BGF	Bruttogrundrissfläche
BM	Bürgermeister
BOH	Bocholt
BtG	Betreuungsgesetz
BtBG	Betreuungsbehördengesetz
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BZA	Bezirksausschuss
DA	Dienstanweisung
DB	Deutsche Bahn
de	Deutschland
DIN	Deutsche Industrienorm
DM	Deutsche Mark
DVD	Digital Versatile Disc
DSchG	Denkmalschutzgesetz
ELW	Einsatzleitwagen (Feuerwehr)
ESB	Entsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb
ESTA	Europäische Staatsbürgerakademie
EWIBO	Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft der Stadt Bocholt mbH
ext.	extern
FB	Fachbereich
FF	Freiwillige Feuerwehr
FGG	Gesetz über die freiwilligen Angelegenheiten der Gerichtsbarkeiten
FRB	Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie Bocholt
FlüAG	Flüchtlingsaufnahmegesetz
FSHG	Feuerschutzhilfeleistungsgesetz
GastBauVO	Gaststättenbauverordnung
GastG	Gaststättengesetz
GastVO	Gaststättenverordnung
GA	Gutachterausschuss
GB	Geschäftsbereich
GebG	Gebührengesetz
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GewO	Gewerbeordnung
GFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
GG	Grundgesetz
GHBG	Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose
GIS	Graphisches Informationssystem
GO	Gemeindeordnung
GPS	Global Position System
GTK	Gesetz über Tagesstätten für Kinder
GuD	Gas- und Dampfkraftwerk
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GWB	Gebäudewirtschaft Bocholt
GZR	Gewerbezentralregister
HE	Hilfeempfänger
HFA	Haupt- und Finanzausschuss
HGB	Handelsgesetzbuch
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HS	Hauptschule
HwO	Handwerksordnung
HWSK	Hochwasserschutzkonzept
int.	intern
Inv.	Investition
IP	Industriepark
IT	Informationstechnik
JAL	Jahresarbeitsleistung
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JÖSchG	Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
JWStd	Jahreswochenstunden
KAG	Kommunales Abgabengesetz
KiBiz	Kinderbildungsgesetz
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KKA	Kleinkläranlagen
KomHVO	Kommunalhaushaltsverordnung
KSD	Kommunaler Sitzungsdienst
KTW	Krankentransportwagen
kvw	Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe
KWH	Kilowattstunde
LadSchlG	Ladenschlussgesetz
LAG	Landesaufnahmegesetz
LeichVO	Leichenwesen-Verordnung
LHV	Landeshundeverordnung
LImSchG	Landesimmissionsschutzgesetz
LPflG	Landespflegegesetz
LPVG	Landespersonalvertretungsgesetz
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
MHG	Miethöhegesetz
NGO	non-goverment organization (Nichtregierungsorganisation)
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKF-CUIG NRW	NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz
NSM	Neues Steuerungsmodell
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Ordnungsbehördengesetz
OBV	Ordnungsbehördliche Verordnung
OFD	Oberfinanzdirektion
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PAK	Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoff
PAngV	Preisangabenverordnung
PK	Pflegekasse
PKW	Personenkraftwagen
PR	Presse
PStG	Personenstandsgesetz
PStVO	Personenstandsverordnung
PsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
RettAssG	Rettungsassistentengesetz
RettG	Rettungsgesetz
RFID	Radio Frequency Identification
RIS	Ratsinformationssystem
RRB	Regenrückhaltebecken
RTW	Rettungstransportwagen
Rücklage	Rücklage
RuStG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
SchwG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SPFH	Sozialpädagogische Familienhilfe
StPO	Strafprozessordnung
StrWG	Straßen- und Wegegesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
SZM	Schulzentrum Mitte
TA	Technische Anleitung
TE	Trennungsentschädigung
TEB	Treuhändische Entwicklungsgesellschaft Bocholt
TSG	Tierschutzgesetz
TUIV	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
umA	unbegleitete minderjährige Ausländer_in
Unterw.	Unterweisung
USG	Unterhaltssicherungsgesetz
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
VB	Versorgungsbereich
Veranst.	Veranstaltung
VermKatG	Vermessungskatastergesetz
VIASIS	visuelle Geschwindigkeitsanzeige
VO	Verordnung
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WBS	Wohnberechtigungsbescheinigungen
WertV	Wertermittlungsverordnung
WESH	Wohneigentumssicherungshilfe
WFB	Wohnraumförderungsbestimmungen
WoBindG	Wohnungsbindungsgesetz
WoFG	Wohnraumförderungsgesetz
WoG	Wohnungsgesetz
WoGG	Wohngeldgesetz
WT	Wochentage
ZweVO	Verordnung über d. Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum
ZUE	Zentrale Unterbringungseinrichtung